



81. Sitzung

Donnerstag, 27. Februar 2014

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden und Vizepräsidentin Antje Möller

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin Fortsetzung der Tagesordnung	6055	Antrag der GRÜNEN Fraktion: Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Eh- renamtskarte stärken – Drs 20/10852 –	6067
Aktuelle Stunde	6055	dazu	
GRÜNE Fraktion: Stadtteilschulen stärken und mit der Inklusion nicht allein lassen!		Antrag der FDP-Fraktion: Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Eh- renamtskarte stärken – Drs 20/10997 –	6067
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	6055, 6063	Katharina Fegebank GRÜNE	6067
Lars Holster SPD	6056, 6064	Doris Müller SPD	6068, 6070
Karin Prien CDU	6057, 6065	Dr. Friederike Föcking CDU	6069
Finn-Ole Ritter FDP	6058	Martina Kaesbach FDP	6070
Dora Heyenn DIE LINKE	6059, 6066	Cansu Özdemir DIE LINKE	6071
Ties Rabe, Senator	6060		
FDP-Fraktion: Ausgespäht und abgefischt: SPD-Senat vernachlässigt Da- tenschutz		Beschlüsse	6071
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)		Antrag der FDP-Fraktion: Zukunftssichere Finanzierung der Versorgungsansprüche der Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Ham- burg (FHH) – Drs 20/10885 –	6072
Fraktion DIE LINKE: ESSO-Häuser und St. Pauli: 100% sozial oder fette Rendite für die Bayerische Hausbau?		mit	
(nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)			

Antrag der FDP-Fraktion:		Beschlüsse	6091
Reform des Pensionswesens der Hamburger Beamtinnen und Beamten		Antrag der CDU-Fraktion:	
– Drs 20/10887 –	6072	Die duale Ausbildung im Hamburger Handwerk stärken!	
Katja Suding FDP	6072, 6079	– Drs 20/10694 –	6092
Jan Quast SPD	6074, 6079	Hjalmar Stemmann CDU	6092, 6096
Thilo Kleibauer CDU	6075	Birte Gutzki-Heitmann SPD	6093
Martin Bill GRÜNE	6076	Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	6093
Christiane Schneider DIE LINKE	6078	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	6094
Heike Sudmann DIE LINKE	6079	Kersten Artus DIE LINKE	6095
Beschlüsse	6080	Beschluss	6096
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Antrag der SPD-Fraktion:	
Tätigkeitsbericht 2013 und erste Arbeitsempfehlungen zu den Beratungsaufgaben 2013 des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (Drs. 19/2896 und 19/4403)		Gesundheitsförderung für Langzeitarbeitslose	
– Drs 20/10785 –	6080	– Drs 20/10869 –	6096
Norbert Hackbusch DIE LINKE	6080, 6086	Gert Kekstadt SPD	6096
Sabine Steppat SPD	6082, 6087	Dr. Friederike Föcking CDU	6097
Dr. Roland Heintze CDU	6084	Katharina Fegebank GRÜNE	6098
Katharina Fegebank GRÜNE	6084	Martina Kaesbach FDP	6098
Robert Bläsing FDP	6086	Kersten Artus DIE LINKE	6099
		Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin	6100
Beschluss	6087	Beschlüsse	6101
Antrag der SPD-Fraktion:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien zukunftsfähig gestalten		"Zu gut für die Tonne!" – Wertschätzung für Lebensmittel auch in Hamburg stärken	
– Drs 20/10868 –	6087	– Drs 20/10863 –	6101
dazu		Beschluss	6102
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Bericht des Eingabenausschusses:	
Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien den tatsächlichen Nutzungsmöglichkeiten anpassen, Urheber/-innen angemessen beteiligen, Rundfunkbeitrag sozial gestalten		Eingaben	
– Drs 20/10950 –	6087	– Drs 20/10547 –	6102
Hansjörg Schmidt SPD	6087	Bericht des Eingabenausschusses:	
Andreas C. Wankum CDU	6088	Eingaben	
Farid Müller GRÜNE	6088	– Drs 20/10691 –	6102
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	6089	Bericht des Eingabenausschusses:	
Kersten Artus DIE LINKE	6090	Eingaben	
		– Drs 20/10692 –	6102

Beschlüsse	6102	Beschluss	6103
Sammelübersicht	6102	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10332:	
Beschlüsse	6102	Planung der S-Bahn-Linie S4 von Hamburg nach Bad Oldesloe unter Verwendung von Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz (Senatsantrag)	
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE:		– Drs 20/10822 –	6103
Situation von älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg			
– Drs 20/10521 –	6102	Beschlüsse	6103
Beschlüsse	6102	Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10413:	
Senatsmitteilung:		Haushaltsplan 2013/2014 – Ergänzung des Beschlusses über die Feststellung des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsbeschluss 2013/2014) für das Haushaltsjahr 2014	
Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012 "Hamburg 2020: Stärkung unserer Polizei vor Ort – Auswirkungen der Polizeistrukturreform für die Polizeikommissariate" (Drucksache 20/6183)		hier: Ermächtigung für eine Rückbürgerschaft zugunsten des Landes Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Beschaffung von 14 Dieseltriebwagen bei der AKN Eisenbahn AG (Senatsantrag)	
– Drs 20/10760 –	6102	– Drs 20/10824 –	6103
Beschluss	6103	Beschlüsse	6104
Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung über die Drucksache 20/10015:		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10574:	
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und zur Anpassung anderer verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)		Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 25. Januar 2012 "Sanierungsfonds Hamburg 2020" – Sanierung der Nordhalle im Deichtorhallen (Drucksache 20/2718) und Freigabe der zweiten Tranche aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 (Senatsantrag)	
– Drs 20/10756 –	6103	– Drs 20/10833 –	6104
Beschlüsse	6103	Beschlüsse	6104
Bericht des Sportausschusses über die Drucksache 20/8793:		Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10414:	
Tradition unterstützen – Vereinsheim des Hamburger und Germania Ruder Clubs an der Alster fördern (Antrag der FDP-Fraktion)			
– Drs 20/10780 –	6103		

Neuausrichtung des Kreuzschiffahrtsgeschäftes im Hamburger Hafen, Haushaltsplan 2013/2014, Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe von 49 Tsd. Euro beim neu einzu-richtenden Titel 7350.831.03: Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg an der Terminaleigentumsgesellschaft mbH & Co. KG sowie Änderungen im Haushaltsplan 2013/2014 (Senatsantrag) – Drs 20/10898 –		Dora Heyenn DIE LINKE	6105
		Karin Prien CDU	6106
		Lars Holster SPD	6106
		Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	6107
	Beschluss		6107
		Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 20/9095:	
		Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Ausbildungskapazitäten an den staatlichen hamburgischen Hochschulen (Ausbildungskapazitätsgesetz – AKapG) (Senatsantrag) – Drs 20/10849 –	6107
Beschlüsse	6104		
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10336:		Beschlüsse	6107
Mehrbedarfe für die Jahre 2013 und 2014 im Einzelplan 8.1 – Produktgruppe Sport (Senatsantrag) – Drs 20/10944 –	6104	Antrag der GRÜNEN Fraktion:	
		Stadtteilschulen stärken. Jetzt! – Drs 20/10731 –	6107
Beschlüsse	6104	Beschlüsse	6107
Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10339:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Mehrbedarf für das Haushaltsjahr 2014 im Einzelplan 8.1 – Produktgruppe 272.03 Sport, hier: Investitionszuschuss für den Umbau der ehemaligen Blumenhalle der igs in Wilhelmsburg zu einer inklusiven Sporthalle (Senatsantrag) – Drs 20/10945 –	6105	Zweitkorrektur bei Abiturprüfungen wieder einführen – Drs 20/10732 –	6108
Beschlüsse	6105	Beschlüsse	6108
Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses über die Drucksache 20/10293:		Antrag der CDU-Fraktion:	
Volksinitiative "G9-Jetzt-HH", hier: Fristverlängerung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft) – Drs 20/10841 –	6105	Für eine wirksame Drogen- und Suchtpolitik – Hamburg muss den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz nutzen – Drs 20/10862 –	6108
		Beschlüsse	6108
		Antrag der CDU-Fraktion:	
		Umweltschutz durch Gasantrieb – LNG-Infrastruktur im Hamburger Hafen richtig machen – Drs 20/10865 –	6108
		Beschlüsse	6108

Antrag der SPD-Fraktion:

Für ein gutes und leistungsfähiges S-Bahn-Netz: S4 nach Bad Oldesloe und S21 nach Kaltenkirchen kommen dazu

– Drs 20/10867 –

6108

dazu

Antrag der FDP-Fraktion:

Bundeszuschüsse für die Elektrifizierung der AKN-Strecke nach Kaltenkirchen sichern und Kostenrisiken minimieren

– Drs 20/10998 –

6108

Beschlüsse

6108

Antrag der FDP-Fraktion:

Rente generationengerecht und zukunftsfest machen – keine Rentenexperimente auf Kosten der Beitrags- und Steuerzahler

– Drs 20/10886 –

6109

Beschlüsse

6109

Beginn: 15.03 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich beginne heute mit Glückwünschen, die sich an unsere Kollegin Katharina Fegebank richten. Liebe Frau Fegebank, im Namen des ganzen Hauses die allerherzlichsten Glückwünsche, alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dann setzen wir die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Ich rufe das dritte Thema auf, das wir gestern wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt haben. Es wurde von der GRÜNEN Fraktion angemeldet und lautet:

Stadtteilschulen stärken und mit der Inklusion nicht allein lassen!

Das Wort bekommt Frau Dr. von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Stadtteilschulen haben ein großes Potenzial, Stadtteilschulen sind Schulen der Vielfalt, Stadtteilschulen bieten modernen Unterricht. Stadtteilschulen verschreiben sich einer Pädagogik, die das einzelne Kind in den Blick nimmt. Stadtteilschulen bieten den Kindern mehr Zeit. Dort kann das Abitur nach 13 statt nach 12 Jahren absolviert werden. Es gibt eigentlich mehr als genug Gründe, um sein Kind auf der Stadtteilschule anzumelden. Wir als Familie haben uns zum Beispiel dafür entschieden, und das ist gut so.

Doch was passiert gerade in der Stadt? Schauen wir uns nur einmal die aktuelle Anmelderunde an. 55 Prozent der Kinder sind an einem Gymnasium angemeldet, 44 Prozent an einer Stadtteilschule. Hier ist ein deutliches Ungleichgewicht. Ein genauer Blick auf die Stadtteilschulen lohnt sich jedoch, denn man merkt, dass es einige Stadtteilschulen gibt, die sich vor Anmeldungen gar nicht retten können und die das volle Vertrauen der Eltern genießen. Aber der Gesamttrend, der sich in unserer Stadt abzeichnet, muss dringend gestoppt werden; das kann und darf nicht so weitergehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum haben viele Eltern kein Vertrauen in ihre regionale Stadtteilschule? Das mangelnde Vertrauen ist ganz klar in der Politik unseres Senators begründet.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von *Dirk Kienscherf SPD*)

Diese Politik ist geprägt von einer Reihe von Fehlentscheidungen. Ich will Ihnen nur die zwei schwerwiegendsten Fehlentscheidungen darlegen. Gleich zu Amtsantritt hat Senator Rabe die Entwicklungsabteilung für die Stadtteilschulen abgeschafft.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Entwicklungsabteilung! Das ist doch kein Unternehmen!)

Kein Unternehmen, das erfolgreich operieren will, würde nach Einführung einer Neuerung sofort die Entwicklungsabteilung abschaffen. Das ist grob fahrlässig gewesen, und das bekommen wir jetzt zu spüren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die noch viel weitreichendere Fehlentscheidung war, die Stadtteilschulen mit der Inklusion allein zu lassen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Die sind nicht allein!)

Inklusion an den Gymnasien? Völlige Fehlanzeige. Wenn die Stadtteilschulen wenigstens angemessen ausgestattet würden, aber das ist nicht so. Der Senator geht einfach von viel zu wenigen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus und ignoriert alle Hinweise aus den Schulen auf die korrekte Datenlage.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Es hat sich verzehnfacht! Anscheinend!)

Der Senator bleibt einfach bei seinem Mantra, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Er glaubt den Zahlen aus den Schulen nicht, und das ist der eigentliche Skandal. Er glaubt nämlich seinen eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht, den Lehrkräften. Während alle anderen Senatorinnen und Senatoren sich bei Kritik vor ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stellen, sagt Herr Senator Rabe, die Zahlen aus den Schulen würden nicht stimmen, und das ist wirklich ein Unding.

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Was wird nun passieren, wenn Senator Rabe weiterhin tatenlos zuschaut und nur Lippenbekenntnisse von sich gibt? Es werden immer mehr Kinder an Gymnasien und immer weniger Kinder an den Stadtteilschulen angemeldet werden. Einige Stadtteilschulen werden sich zu Schulen verändern, die dann den ehemaligen Hauptschulen gleichen. Die soziale Spaltung in der Stadt wird sich verschärfen. Und ganz nebenbei melden sich auch wieder die konservativen Kräfte in unserer Stadt, die die Inklusion am liebsten rückabwickeln wollen. Dem muss dringend ein Riegel vorgeschoben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

(Dr. Stefanie von Berg)

Wir werden wieder in die Situation zurückfallen, die wir vor der Einrichtung der Enquete-Kommission hatten. Die soziale Spaltung in der Stadt wird sich verschärfen, Schulbildung wird wieder stärker an die Herkunft gekoppelt sein und wir haben wieder mehr Risikoschülerinnen und –schüler als jetzt.

Daher haben wir einen breit angelegten Antrag vorgelegt, über den wir heute Abend abstimmen werden. Wir haben viele Lösungsmöglichkeiten angeboten. Wir haben diesen Antrag gemeinsam entwickelt, und er hatte die Unterstützung der Vereinigung der Schulleitungen an Stadtteilschulen und der Gemeinschaft von Elternräten an Stadtteilschulen. Wir haben die gesamten Stadtteilschulen im Rücken. Wir fordern zum Beispiel einen 15 Millionen Euro schweren Inklusionsfonds und viele andere Dinge mehr.

Was aber macht die SPD in dieser kritischen Lage? Sie verschließt Herz und Kopf und verweigert die Überweisung unseres Antrags, über den wir noch abstimmen werden. Das ist fahrlässig, das gefährdet den Frieden in unserer Stadt, das ist eine Ohrfeige für unsere Stadtteilschulen,

(Lars Holster SPD: Warten Sie doch mal ab!)

und vor allen Dingen wird es den Kindern an den Stadtteilschulen nichts Gutes tun, denn sie werden unter dieser fahrlässigen Vernachlässigung der Stadtteilschulen leiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage es erneut: Es wird Ihnen um die Ohren fliegen. Das ist kein guter Tag für Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Holster.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, Frau von Berg, dass ich zunächst auf die Ankündigung der CDU-Fraktion zum Thema Stadtteilschulen und Inklusion eingehe. Wenn wir in dieser Stadt alle Talente fördern wollen und alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Chancen bekommen sollen, dann dürfen wir es nicht zulassen, dass behinderte Kinder wieder in Förderschulen oder, wie es die CDU-Fraktion jetzt nennt, in Inklusionsschulen abgeschoben werden. Damit beschädigen Sie das Elternwahlrecht in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Frau Prien, glauben Sie denn, dass man die enorme Aufbauarbeit für die Inklusion in den Stadtteilschulen sofort stoppen kann oder, wie es Herr Wersich bei Schalthoff Live gesagt hat, dass die

Inklusion gestoppt werden müsse? Dann haben Sie von Schulentwicklung keine Ahnung.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Glauben Sie im Ernst, dass man von heute auf morgen Tausende von Schülerinnen und Schülern, Hunderte von Lehrkräften und viele engagierte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen auf Ihre sogenannten Inklusionsschulen umsetzen kann? Wenn Sie das wirklich glauben, dann haben Sie den Bezug zur Realität verloren.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg und Farid Müller, beide GRÜNE)

Aber die CDU-Fraktion hat schon ihr Wort des Jahres kreierte, nämlich die Kehrtwende. Offensichtlich ist Ihnen dabei schwindelig geworden.

(Gerhard Lein SPD: Eine Pirouette!)

Wenn Sie zumindest irgendeinen Vorschlag unterbreiten würden, wie Sie mehr Ressourcen in die Schulen bringen wollen, aber stattdessen kommt nur der Vorschlag einer Umsteuerung von einer systemischen zu einer schülerbezogenen Ressource. Damit hat noch keine Stadtteilschule mehr Sonderpädagogen für die Inklusion an ihrer Schule gewonnen.

Ich darf einmal darauf hinweisen, dass wir die Ressource für die Kinder im sonderpädagogischen Förderbereich Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung auf 3,5 Unterrichtsstunden erhöht haben. Kein anderes Bundesland stellt solche umfangreichen Personalzuweisungen zur Verfügung. Aber Sie haben recht, Frau von Berg, es gibt Probleme. In einigen Stadtteilschulen haben wir einige Probleme, und wir haben auch die Hinweise dieser Probleme von den Schulleiterinnen und Schulleitern aus Wilhelmsburg sehr ernst genommen. Der Senat hat hier ebenfalls mit einem Unterstützungsprogramm für 23 stark benachteiligte Schulen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt.

(Dr. Anjes Tjarks GRÜNE: Nicht zusätzliche!)

Natürlich nehmen wir auch die Hinweise des Landesverbandes – Frau von Berg hatte eben schon darauf hingewiesen – der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule ernst, auch wenn uns nicht alle Aspekte dazu in der letzten Pressemitteilung gefallen haben. Es ist wichtig, dass sich die Stadtteilschulen in der alten Gesamtschultradition wieder eng zusammenschließen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir anbieten wollen, regelmäßige Gespräche mit dieser Landesvereinigung im Interesse der Stadtteilschulen zu führen.

(Dr. Stefanie von Berg GRÜNE: Das hilft den Kindern aber nicht!)

(Lars Holster)

Ein weiterer Schritt ist, dass die Regelklassen mit nicht mehr als vier Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschult werden sollen, obwohl ich mir bewusst bin, dass die Realität an der einen oder anderen Stadtteilschule noch anders aussieht. Das muss sich ändern.

(Beifall bei der SPD)

Frau von Berg, Sie haben auf Ihren Antrag zu einem Inklusionsfonds hingewiesen. Dazu werde ich dann später in der zweiten Runde kommen. Uns als SPD-Fraktion ist es wichtig, noch einmal festzuhalten, dass wir keinen Rückschritt wollen, im Gegenteil. Die Umsetzung der Inklusion ist eine gesellschaftliche Aufgabe, vor der sich keine Schulform verschließen darf. Die Inklusion kann nur gelingen, wenn alle Schulen in Hamburg ihren Beitrag dazu leisten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Prien das Wort.

Karin Prien CDU:* Es ist ein bisschen viel für fünf Minuten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war wieder einmal ein großartiges Beispiel, lieber Herr Holster, wie man den Versuch unternehmen kann, die eigene Unfähigkeit und Untätigkeit

(*Dr. Walter Scheuerl* CDU: Das ist aber ein bisschen dolle!)

durch Empörungsrhetorik zu vertuschen, das wird Ihnen aber nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU)

Es war und bleibt ein Fehler, dass Sie angesichts der größten Schulstrukturreform seit 20 Jahren, die wir in Hamburg durchführen, nämlich der Einführung der Stadtteilschule, geglaubt haben, gleichzeitig die Inklusion in der Fläche einführen zu können. Das müssten Sie heute zugeben und korrigieren anstatt hier große Worte zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen doch alle, dass Schulentwicklung vor allem eines braucht, nämlich Zeit. Und man fragt sich in diesen Tagen, wie in dem Spannungsverhältnis zwischen Parlament und Volksgesetzgebung eine solche Schulentwicklung eigentlich noch möglich sein soll. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir dieses Thema heute in der Aktuellen Stunde debattieren. Und, wie Thomas Kerstan heute in "Der Zeit" geschrieben hat, Schulreformen von oben seien endgültig passé. So sehr wir alle uns wünschen mögen, dass wir in Hamburg keine neue Schulstrukturdebatte führen, und so sehr wir uns wünschen mögen, dass vor allem keine neue Schulstrukturreform kommt, sind wir doch in Wirklichkeit mitten in dieser Debatte.

Sie, Herr Dr. Dressel, haben angekündigt, verhandeln zu wollen mit der Initiative "G9-Jetzt-HH". Wir halten es für richtig, diese Verhandlungen zu führen, aber Sie debattieren mit der Initiative über die Frage, ob wir an unserer Schulstruktur, die Teil des Schulfriedens ist, etwas verändern wollen. Und wenn Sie darüber tatsächlich reden möchten, wenn Sie die zur Disposition stellen wollen, dann sollten Sie das – und das ist nicht nur eine Frage des guten Stils – mit allen Parteien des Schulfriedens gemeinsam tun und nicht, wie Sie es offensichtlich jetzt vorhaben, mit der Initiative allein. Jedenfalls können Sie nicht davon ausgehen, dass wir am Ende etwas abnicken werden, was Sie allein ausgehandelt haben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Nun aber zu der Panikmache und der Empörungsrhetorik in Bezug auf die Stadtteilschule. Die Stadtteilschule ist Ergebnis eines langwierigen, extrem intensiven Beratungsprozesses in diesem Hause und in der Enquete-Kommission gewesen. Frau von Berg, Sie haben recht, es ging darum, mehr Bildungsgerechtigkeit in diese Stadt zu bringen. Es ging darum, die miserablen PISA-Ergebnisse zu überwinden, und es ging darum, die Anmeldezahlen an den Haupt- und Realschulen – ich darf daran erinnern, im Jahre 2007 waren es noch rund 15 Prozent – zu überwinden und dafür zu sorgen, dass mehr Kinder, ganz egal, welcher Herkunft,

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Vor allem ganz egal, welcher Herkunft!)

egal, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, ein höheres Bildungsniveau erreichen können.

– Frau Heyenn, Sie sind doch gleich dran!

(*Dora Heyenn* DIE LINKE: Ja, genau! – *Finn-Ole Ritter* FDP: Aber erst mal bin ich dran!)

Und um dieses zu erreichen, haben wir uns gemeinsam darauf verständigt, die Stadtteilschule einzuführen.

Meine Damen und Herren! Die Stadtteilschule ist auf dem Weg, dieses Ziel sehr wohl zu erreichen. Sie führt inzwischen über 2500 Kinder im Jahr zum Abitur, und wenn mir ein Schulleiter in Lurup berichtet, dass mittlerweile 120 Kinder die Oberstufe einer Luruper Stadtteilschule besuchen, dann ist das ein großartiger Erfolg. Das sollte uns allen Stolz und Respekt abverlangen, und wir sollten nicht der Versuchung erliegen, die Stadtteilschule nur schlechtzureden.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch gibt es Probleme, Frau von Berg sagte es bereits. Manche Stadtteilschulen sind extrem erfolgreich, sie sind attraktiv, die Eltern wählen sie gern, weil sie vom pädagogischen Konzept überzeugt sind. Aber andere Stadtteilschulen, und das

(Karin Prien)

sind nicht selten solche in sozial benachteiligten Stadtteilen, sind leider weniger erfolgreich und weniger attraktiv. Diese Schulen stehen im Wettbewerb, und zwar im Wettbewerb mit anderen Stadtteilschulen und mit den Gymnasien. Und ich sage ausdrücklich: Das ist auch gut so. Wettbewerb ist nämlich die einzige Chance, tatsächlich Schulentwicklung auf Dauer voranzubringen. Es nützt auch nichts, die Probleme an diesen Stadtteilschulen zu verschweigen oder ein Redeverbot über Schwierigkeiten zu verhängen. Das wird so nicht gehen. Diese Schulen werden überzeugen müssen mit ihrem pädagogischen Konzept, und Eltern werden diese Schulen als die attraktiveren in ihrem Umfeld wieder wählen müssen.

Wenn wir aber – auch da gebe ich Frau von Berg recht – die Stadtteilschulen mit dem Thema Inklusion allein lassen, wenn Stadtteilschulen nicht überzeugend darlegen können, dass Kinder, die tatsächlich zum Abitur geführt werden wollen, auch eine Chance bekommen, in der Mittelstufe schon einen entsprechenden Leistungsstand zu erreichen, wenn diese Stadtteilschulen das nicht nach außen deutlich machen, dann werden die Eltern mit den Füßen abstimmen. Und das werden Sie auch durch alle Rhetorik nicht vermeiden können.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

– Ich habe mir schon gedacht, dass die Zeit zu kurz ist.

Auf das Thema Inklusion komme ich dann gleich noch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Dann hat jetzt zunächst Herr Ritter das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vergangene Woche titelte das "Hamburger Abendblatt": Inklusion überfordert viele Schulen. Damit verdichtet sich unsere Befürchtung zur allgemeinen Erkenntnis. Schulleiter, Lehrer, Eltern und Schüler in der ganzen Stadt sagen, dass die Mangelinklusion des Schulsenators Rabe gescheitert sei, vor allem an den Stadtteilschulen.

(Beifall bei *Robert Heinemann CDU – Dirk Kienscherf SPD*: Die kriegen so viel Geld wie nie!)

Dies bringt das ganze Zwei-Säulen-Modell in die Gefahr zu scheitern. Diese Krise hat allerdings mehrere Ursachen, und wir machen es uns da nicht so ganz einfach.

CDU und GRÜNE, die heute Krokodilstränen über die Probleme vergießen, haben den Grundstein dafür gelegt. Unter ihrer Führung wurde das Schulgesetz um Paragraph 12 ergänzt. Schüler mit Behinderung und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben so Wahlfreiheit zwischen einer

Förderschule und einer allgemeinbildenden Schule erhalten. Nur hat niemand von Ihnen Vorsorge dafür getroffen, dass dieses Wahlrecht breit in Anspruch genommen werden kann. Unterausgestattet und überfordert wurden vor allem die Stadtteilschulen in diesem Prozess alleingelassen. Und Sie, Herr Senator Rabe, haben daran in drei Jahren Amtsführung nichts verändert. Unterausgestattet, alleingelassen und nun auch noch bei der Anmelderunde zunehmend abgemeldet, das ist die verheerende Bilanz Ihrer Politik, Herr Senator Rabe.

(Beifall bei der FDP)

Sie scheitern dabei nicht nur an der Realität, wie es Frau von Berg gesagt hat, sondern Sie missdeuten auch die UN-Behindertenrechtskonvention. Dort heißt es, dass Schüler mit Behinderung ein Recht auf ein inklusives Schulsystem haben, ein Recht, aber keine Pflicht. Genau das, nämlich eine Pflicht, haben Sie jedoch de facto daraus gemacht.

(*Gerhard Lein SPD*: Was ist das denn für ein Quatsch! – *Dirk Kienscherf SPD*: Das stimmt doch gar nicht! Die haben weiterhin Wahlrecht!)

Die Förderschulen werden geschlossen, zusammengelegt und insgesamt vernachlässigt. Die Schüler müssen weite Wege auf sich nehmen, um dann in schlecht ausgestatteten, regionalen Bildungs- und Beratungszentren beschult zu werden. Das aber verlangt keine UN-Konvention, im Gegenteil, sie weist darauf hin, dass es weiterhin gesonderte Einrichtungen für Kinder mit Behinderung geben kann, wenn sie gebraucht werden. Das aber hat schon Schwarz-Grün in seiner Art Tugendgebetenheit übersehen, und die SPD macht aus Gründen der Einsparpotenziale genau das Gleiche.

Sie setzen dann noch eins drauf durch die Vernachlässigung der Stadtteilschule. Auch das begann unter Schwarz-Grün mit der fehlgeleiteten Fixierung auf die Primarschule. Das setzt sich fort. Ressourcen und Kinderzahlen passen überhaupt nicht zusammen, die Zahl der Kinder ist an manchen Schulen mehr als dreimal so hoch wie von der Behörde angenommen. Ihre Reaktion darauf ist an Ignoranz kaum zu überbieten, und Schuld hätten natürlich die Schulen. Sie zählen falsch und sagen, die Diagnosemaßstäbe hätten sich verschoben. Herr Senator Rabe, Sie lassen die Schulen nicht nur mit ihren Problemen allein, Sie verhöhnen sie dann auch noch.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU – Dirk Kienscherf SPD*: Unglaublich!)

Ihre misslungene Ressourcenverteilung führt dazu, dass zwischen Anspruch und Wirklichkeit Welten liegen.

(Finn-Ole Ritter)

Zum Scheitern verurteilt ist auch die Rolle rückwärts, die die CDU jetzt vorschlägt. Ihre Leuchtturmschulen sind nichts weiter als die R-Klassen von früher, Kollegin Prien. Wir brauchen stattdessen dringend wieder die Einzelfalldiagnostik. Sie wird von Schulleitern, Lehrern und Sonderpädagogen verlangt, und die FDP hatte sie im Herbst beantragt. Aber Senator Rabe und die SPD verweigern sich, man könnte fast denken, absichtlich, als wollten Sie die Krise der Inklusion und der Stadteilschule gar nicht lösen, als wollten Sie alles noch schlimmer werden lassen, bis die Einheitsschule als Ergebnis aus den Trümmern von Stadteilschule und Gymnasien entsteht.

Diesem politischen Versagen muss Einhalt geboten werden. Lehrer, Eltern und vor allem Schüler erwarten dies. Nehmen Sie die immer lauter werdenden Proteste endlich ernst, führen Sie die Einzelfalldiagnostik und die fallgerechte Finanzierung ein, bevor Inklusion zum Schimpfwort verkommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Jetzt hat Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 2010 sind wir in dieser Bürgerschaft und in der Stadt gestartet mit dem Zwei-Säulen-System, und es war immer die Rede von Gleichwertigkeit, von gleichwertigen Abschlüssen und zwei gleichwertigen Strängen. Jetzt hören wir jeden Monat entweder, dass wir die Stadteilschule stärken müssen, oder wir hören, dass man aufhören muss, die Stadteilschule schlechtzureden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Vor allem der letzte Punkt ist wichtig!)

Wir haben jetzt eine Situation, in der wir ernsthaft darüber reden müssen, was aus diesem Zwei-Säulen-System eigentlich geworden ist. Warum müssen wir eigentlich ständig darüber reden und warum muss ständig ein Antrag eingebracht werden oder eine Diskussion stattfinden mit der Überschrift "Stadteilschule stärken"?

Der Anteil der Viertklässler, die bei den Gymnasien angemeldet werden, liegt inzwischen bei 55 Prozent. Und ich glaube, keiner in diesem Raum zweifelt daran, dass, wenn dies so weitergeht und nichts geändert wird, diese Zahl bald bei 60 Prozent liegt. Dann ist die Stadteilschule das, was die Hauptschule einmal war, nämlich die Restschule. Das will keiner und deswegen muss etwas passieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Das Problem ist, dass von diesen Schülern, die in den Gymnasien ankommen, 12 Prozent nach der

sechsten Klasse wieder zurückgehen. Das sind über 800 Schülerinnen und Schüler. Und sie kommen nicht in der Stadteilschule an mit einem Hurra, dass sie endlich dort sind und endlich ein neues Schulsystem und moderne Pädagogik genießen könnten, sondern sie kommen dort als Verlierer an. Sie kommen mit dem Wissen im Gepäck an, dass sie für das Gymnasium zu dumm waren. Das muss man einmal ganz deutlich sagen. Und als Lehrer oder Lehrerin brauchen wir mindestens ein halbes Jahr, um diesen Schülerinnen und Schülern wieder Selbstbewusstsein zu geben. Das ist etwas, das unbedingt aufhören muss.

(Beifall bei der LINKEN und bei Gerhard Lein SPD und Christa Goetsch GRÜNE)

Und was ist mit den 45 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die nach der vierten Klasse in der Stadteilschule ankommen? Davon haben im Durchschnitt 9 Prozent eine Gymnasialempfehlung, beim Gymnasium dagegen sind es 91 Prozent mit einer Gymnasialempfehlung. Der Durchschnitt von 9 Prozent bei Stadteilschulen bedeutet aber auch, dass wir Stadteilschulen haben, zu denen nur 2 Prozent der Fünftklässler mit einer Gymnasialprognose kommen. Das bedeutet, wenn diese Schulen eine Oberstufe haben, dann müssen viel Pädagogik und viel Förderung eingesetzt werden, damit man das überhaupt schafft. Im Grunde ist das die Quadratur des Kreises, und das ist eine derartige Herausforderung für die Stadteilschulen und eine Hypothek, die man kaum tragen kann.

In den letzten zwei Jahren haben sich auch durch die Hilfe dieses Parlaments die Bedingungen der Stadteilschulen verschlechtert. Ich erinnere nur daran, dass wir mit Mehrheit darüber abgestimmt haben, dass nach der zehnten Klasse Gymnasium abgeschult werden kann in Klasse 11 der Stadteilschule. Das ist das gleiche System, und es ist wieder so, dass dort Schüler ankommen mit einem gebrochenen Selbstbewusstsein.

Der zweite Punkt ist, dass die Daten der Schulinspektion jetzt veröffentlicht werden sollen. Nun kommt die CDU und hat eine eigene Datenbank ins Netz gestellt. Das hat sie gemacht durch Auswertungen von Schriftlichen Kleinen und Großen Anfragen. Ich habe mir das angeschaut, da ist alles Mögliche enthalten. Es steht dort, wie viele Stunden ausfallen, wie viele Vertretungslehrer es gibt und so weiter.

(Gerhard Lein SPD: Falsch, falsch!)

Aber das Problem ist, dass das für keine einzige Schule zutrifft, weil Sie nämlich veraltete Schriftliche Kleine Anfragen verarbeitet haben. In Ihrer Liste steht beispielsweise über eine Schule, dass sie vier Container habe. Das waren die letzten vier, die nachgenehmigt wurden, eigentlich hat die Schule aber 35 Container. So geht das immer weiter, das ist einfach ein Unding.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD – *Robert Heinemann CDU*: Das sind die Zahlen des Senats!)

Das Ziel dieser Datenbank ist deutlich. Sie wollen jetzt nämlich auch noch diesen gebeutelten Stadtteilschulen ein Ranking aufzwingen. Ehrlich gesagt, wenn Sie mit 91 Prozent der Schüler, die eine Gymnasialempfehlung haben, ankommen, und machen dann in der zehnten Klasse einen Vergleich bei den Noten oder in der 12. beziehungsweise 13. Klasse einen Vergleich bei den Abiturnoten, dann liegt es doch auf der Hand, dass die Noten in den Gymnasien besser sein müssen, weil dort ganz andere Schüler ankommen. Dann sagt Frau Prien, dass Wettbewerb toll sei und Wettbewerb sein müsse. Was ist denn das für ein Wettbewerb mit völlig ungleichen Voraussetzungen? Das ist einfach der Tod der Stadtteilschule.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Gerhard Lein SPD*)

Der CDU ist noch mehr eingefallen. Da sich jetzt so viele Schülerinnen und Schüler bei der Stadtteilschule anmelden, kommen Sie auf die Idee und wollen Aufnahmeprüfungen machen lassen. Haben Sie eigentlich vergessen, was im Volksentscheid stand? Dort stand, dass der Elternwille entscheiden solle und keine Aufnahmeprüfung.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Senator Rabe.

Senator Ties Rabe: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion der letzten Monate sollte uns nachdenklich machen, weil die bewährten Grundlagen unseres Schulsystems in Politik und Öffentlichkeit mit einer gewissen spielerischen Leichtfertigkeit in immer schnellerer Reihenfolge infrage gestellt werden. Beispiele sind das Recht der Eltern auf freie Schulwahl, unser Schulsystem mit vierjähriger Grundschule und zwei gleichwertigen weiterführenden Schulen, die Stadtteilschule als vollwertige Schulform für Kinder aller Begabungen und die Inklusion. Das alles haben wir 2010 zumindest zwischen CDU, GAL und SPD so besprochen. Es irritiert mich sehr, dass immer wieder einzelne Punkte davon infrage gestellt werden.

Die CDU stellt jetzt das Elternwahlrecht mehrfach infrage. Sie schlagen vor, in Zukunft den Zugang zum Gymnasium zu regeln, und das heißt nichts anderes, als dass Eltern künftig nicht mehr frei darüber entscheiden dürfen, ob ein Kind zum Gymnasium kommt oder nicht. Sie haben auch vorgeschlagen, Eltern nicht mehr frei darüber entscheiden zu lassen, ob ihre Kinder eine allgemeinbildende Schule oder eine Sonderschule besuchen. Die-

se freie Schulwahl soll Ihrer Auffassung nach nur noch an bestimmten Schwerpunktschulen möglich sein.

Ich sage Ihnen offen, dass ich solche Überlegungen für brandgefährlich halte. Das Recht auf freie Schulwahl durch Eltern und Kinder ist ein wichtiges Recht in unserem Schulsystem. Es sichert Akzeptanz und Erfolg. Gerade deshalb, das darf ich sagen, haben in dieser Anmelderunde viele Eltern dem staatlichen Schulsystem vertraut, und das müssen sie nicht, sie können auch private Schulen wählen. Die Tatsache, dass sie in großer Zahl staatliche Schulen angewählt haben, ist ein Erfolg für das staatliche Schulsystem, übrigens auch ein Erfolg des Schulfriedens und der SPD-Politik. Deswegen sage ich klar, dass sich die SPD ohne Wenn und Aber zum Recht der Eltern auf freie Schulwahl bekennt. Das ist manchmal unbequem, aber wir wollen mündige Eltern und wir wollen, dass diejenigen, die es betrifft, mitentscheiden. Das ist unsere Garantie.

(Beifall bei der SPD)

Dazu zählt auch das Recht von Eltern, darüber zu entscheiden, ob ihre Kinder, behindert oder nicht, auf allgemeinbildende Schulen oder Sonderschulen gehen.

(*Robert Heinemann CDU*: Sie schließen doch die Sonderschulen!)

Ich bin ein bisschen verwirrt darüber, dass hier alle sagen, das habe die SPD eingeführt. Das macht mich zwar stolz, aber, Herr Heinemann, wir wissen es doch alle besser.

(*Robert Heinemann CDU*: Sie schließen die Sonderschulen!)

Wir wollen darauf hinweisen, dass es die CDU-Bundesregierung unter Angela Merkel war, die die UN-Konvention mit genau diesem Wahlrecht ratifiziert hat. Und wir wollen auch daran erinnern, dass es 2010 die CDU und die GAL in Hamburg waren – 2010 hat die SPD nicht regiert –, die dieses Inklusionsrecht eingeführt haben.

(*Arno Münster SPD*: Hört, hört!)

Jetzt will es die gleiche CDU in Hamburg nach nur drei Jahren schon wieder abschaffen.

Ich sage Ihnen noch einmal sehr klar: Jahrzehntlang wurden Kinder zwangsweise auf Sonderschulen geschickt, darunter viele Kinder, die als Ihre oder meine Kinder vermutlich einen ordentlichen Schulabschluss geschafft hätten, die ausgegrenzt an Sonderschulen aber kaum Bildungschancen hatten. Inklusion wird nicht falsch, weil sie schwierig ist. Lassen Sie uns gern über Erfolgsrezepte streiten, aber betreiben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, keine Geschichtsklitterung und kneifen jetzt nicht. Schicken Sie nicht wieder Kinder zwangsweise auf die Sonderschule zurück,

(Senator Ties Rabe)

(Robert Heinemann CDU: Das will doch keiner!)

denn das ist kein Rezept, sondern eine Kapitulation.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg und Jens Kerstan, beide GRÜNE)

Ich räume ein, dass es ein langer und sehr anstrengender Weg ist, das Recht auf Inklusion umzusetzen. Die notwendige Zeit haben wir alle den Schulen nicht gegeben.

Herr Heinemann, wir müssen nur in alte Bürgerchaftsprotokolle schauen. Sie haben vor Kurzem selber gesagt, dass Sie es damals eingeführt haben, und zwar ziemlich schnell, und im Nachhinein betrachtet auch aus Sicht der CDU ohne das notwendige Konzept und die erforderlichen Lehrkräfte. Ich räume ein, dass seitdem die SPD an diesen Problemen repariert. Wir haben viel gemacht, und ich will darauf hinweisen, dass wir 200 zusätzliche Lehrkräfte und 200 zusätzliche Schulbegleiter nur für die Inklusion eingestellt haben sowie Tausende von Fortbildungsstunden und zahlreiche organisatorische Verbesserungen vorgenommen haben.

Übrigens, Frau von Berg, kann auch hier ein Blick in die letzte Legislaturperiode nicht schaden. Gegenüber Ihren Vorschlägen und Ihrem Modell von 2010 hat die SPD die Förderung für die Kinder mehr als verdoppelt. Das war unsere Antwort auf die Fragen und Probleme, die Sie hinterlassen haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Robert Heinemann CDU)

Trotzdem sollten wir uns fragen, ob jetzt alles getan ist, und wir müssen zweifellos über vorhandene Probleme nachdenken, zum Beispiel das Personal. Denken ist anstrengend, und dazu gehört auch, sich ein paar Wahrheiten in Erinnerung zu rufen.

Erstens: Die Personalausstattung unserer Schulen für die Inklusion ist bundesweit eine der besten überhaupt.

Zweitens: Die Schulen haben heute doppelt so viel Personal gegenüber den Vorschlägen von CDU und GAL von 2010; das sagte ich bereits.

Drittens: In Schleswig-Holstein funktioniert die Inklusion mit weniger als zwei Drittel dieser Ressourcen.

(Robert Heinemann CDU: Ihre Schulleiter sind alles Jammerlappen, oder was wollen Sie sagen?)

Angesichts dieser spannenden Zahlen sollten wir uns bei der Problemanalyse ein bisschen mehr Mühe geben. Es ist natürlich leicht, schlank einfach 20 Millionen Euro mehr zu verlangen wie die GRÜNEN oder den Ausstieg zu fordern wie die CDU.

(Robert Heinemann CDU: Was wollen Sie denn machen?)

– Wenn Sie mir die Zeit lassen, würde ich darauf gern antworten, Herr Heinemann. Sie müssen aber auch die Kraft haben zuzuhören.

(Beifall bei der SPD)

Die Frage ist doch, warum die Inklusion an einigen Schulen hervorragend klappt und an anderen nicht. Und warum funktioniert die Inklusion in Schleswig-Holstein mit zwei Drittel der Ressourcen? Die Antwort lautet, dass sie eher angefangen haben. Inklusion muss man lernen, wollen und können, und das dauert. Das gilt für alle, für Eltern, Kinder, Lehrer, Behörde und Politik. Dafür brauchen wir nicht nur Geduld – die brauchen wir auch –, sondern auch Lernfähigkeit und Verbesserungen

(Jens Kerstan GRÜNE: Und einen starken Glauben!)

sowie den festen Willen, vor unbequemen Kindern und Fragen nicht davonzulaufen. In dieser Phase sind wir jetzt und dürfen die Nerven nicht verlieren, sondern wir müssen Schritt für Schritt handeln. Wir tun das, und ich nenne Ihnen drei Beispiele für die weiteren Wege, die wir gehen.

Erstens: Für 400 besonders förderbedürftige Kinder haben wir Mini-Lerngruppen mit maximal vier Kindern eingerichtet, in denen diese Kinder mit besonders ausgebildeten Pädagogen in einem Schüler-Lehrer-Verhältnis von 1:1 besonders gefördert werden, damit sie nach einer bestimmten Zeit in ihre Schulklasse zurückkehren können.

Zweitens: Wir gestalten das Verfahren für die Schulbegleiter elternfreundlicher und wollen den Schulen künftig mehr Möglichkeiten geben, die Schulbegleiter passgenau dort einzusetzen, wo sie wirklich gebraucht werden.

Drittens: Die Frage nach den Zahlen stellt sich in der Tat, und auch Sie müssen sie beantworten, wenn Sie offen und ehrlich über die Probleme sprechen. Wie ist die Differenz zu erklären, dass in den Förderschulen in vier Jahren 1700 Förderschüler weniger sind, die allgemeinbildenden Schulen aber gleichzeitig 4900 neue melden?

(Zuruf von Robert Heinemann CDU)

Meinen Sie, dass diese Frage mit mehr Personal zu lösen ist? Ich würde erst einmal eine Antwort auf dieses seltsame Phänomen suchen.

(Robert Heinemann CDU: Dann geben Sie sie doch! Das ist doch Ihre Verantwortung!)

Dazu zählt auch, dass wir besser hinschauen müssen. Wir brauchen endlich klare Maßstäbe dafür, ob ein Kind förderbedürftig ist oder nicht,

(Robert Heinemann CDU: Die brauchen wir seit zwei Jahren!)

(Senator Ties Rabe)

und wir brauchen Top-Experten, die im Schulsystem solche Diagnosen stellen können. An diesen Problemen arbeiten wir.

(Robert Heinemann CDU: Wie lange noch?)

Wir sehen diese Probleme und nehmen sie ernst, und wir handeln und laufen nicht weg. Wir flüchten uns nicht in unbezahlbare Millionenforderungen, die Sie, als Sie an der Regierung waren, sogar deutlich unterschritten haben, und in Ausstiegsszenarien, sondern gehen Schritt für Schritt voran. Inklusion muss man lernen, und man kann sie auch lernen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch zwei Gedanken anfügen, wenn es um die Zukunft der Stadtteilschulen geht. Ich bin auch über andere Ideen etwas beunruhigt. Ein Verband von Stadtteilschulleitern, der offensichtlich den GRÜNEN sehr nahesteht, wie wir gerade von Frau von Berg hörten,

(Finn-Ole Ritter FDP: Das ist eine Arbeitsgruppe von den GRÜNEN! – Jens Kerstan GRÜNE: Jedenfalls reden wir mit den Leuten!)

schrieb vor Kurzem in seiner allerersten Pressemitteilung, dass man langfristig das Gymnasium und die Stadtteilschule abschaffen und eine Schule für alle einführen müsse. Diese Meinung kennen wir, und sie ist sicher legitim. Aber wer so denkt, sollte auch wissen, dass genau diese Haltung der Todesstoß für die Stadtteilschule ist, jedoch keineswegs das Ende des gegliederten Schulsystems. Gymnasium und Grundschule sitzen fest im Sattel. Dort kann man über solche Visionen nur lächeln, denn niemand zweifelt an der Zukunft dieser beiden Schulformen. Aber die Stadtteilschule als jüngstes Kind der Schulwelt muss sich den festen Platz in den Herzen und Köpfen der Menschen erst noch erobern. Ich frage mich, wie die Stadtteilschule zu einem Erfolgsmodell werden soll, wenn Teile der Politik und sogar der eine oder andere Schulleiter die eigene Schulform als provisorisches Übergangsmodell bezeichnen und wenn immer wieder öffentlich der Untergang der Stadtteilschule herbeigeredet wird.

Deswegen appelliere ich an Politik, Gewerkschaft und sogar Schulleiter, die gern über ihre Visionen eines neuen Schulmodells sprechen. Visionen sind spannend, aber das ständige Mantra einer Schule für alle macht unsere Stadtteilschule kaputt. Sie braucht ein klares Bekenntnis, und das ist ganz einfach und lautet so: "Wir wollen, dass die Stadtteilschule ein Erfolgsmodell wird. Jetzt." – und nichts weiter.

(Beifall bei der SPD)

Damit komme ich zum Schluss und dazu, was die Schule zum Erfolgsmodell macht.

(Jens Kerstan GRÜNE: Also Augen zu und durch!)

– Zuhören, ich bin gleich fertig.

(Robert Heinemann CDU: Wir haben nur fünf Minuten!)

– Ihr dürft alle noch ein zweites Mal und ich nicht. Aber es ist wahr, dass ich etwas überziehe.

(André Trepoll CDU: Sie dürfen das auch! – Zuruf von Dietrich Wersich CDU)

Schule ist kein Jugendzentrum oder Spielplatz, in der Schule wird gelernt. Das bedeutet, dass die Stadtteilschule dann Erfolg haben wird, wenn wir hohe Anforderungen im Unterricht stellen, wenn es hohe Ziele für die Kinder gibt sowie mehr Lernzeit und mehr Unterricht und, lieber Herr Scheuerl und die CDU, alle Schulabschlüsse bis zum Abitur. Dass die CDU zurzeit alles tut, um die Stadtteilschule als angeblich leistungsfeindliche Schule schlechtzureden, besorgt mich sehr.

(Dietrich Wersich CDU: Herr Rabe, Unsinn!)

Seit Monaten lesen wir in den Pressemitteilungen von Herrn Scheuerl, dass gute Schüler aufs Gymnasium gehörten und schlechte in die Stadtteilschule, und deshalb solle die Stadtteilschule das Abitur nicht so wichtig nehmen. Die Stadtteilschule sei eine Haupt- und Realschule, mehr nicht. Das ist das Problem, dass Sie den Konsens der Parteien über die Stadtteilschulen verlassen haben, und das gehört sich nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN – Dietrich Wersich CDU: Was verbreiten Sie für einen Unsinn?)

Da wir die Stadtteilschule als Schule für besondere Leistungen stärken wollen, haben wir folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht:

Erstens: Wir haben ein zehntes zusätzliches Schuljahr für alle Schüler eingeführt und niemand geht mehr nach Klasse 9 ab.

Zweitens: Es gibt nun kostenlosen Nachhilfeunterricht an allen Schulen als Pflicht.

Drittens: Wir haben die Zahl der Ganztagschulen bei den Stadtteilschulen für mehr Lernzeit verdoppelt.

Viertens: Die Fächer Bio, Chemie, Physik, Informatik und Technik, die Sie abgeschafft haben, haben wir wieder eingeführt.

Fünftens: Das Zentralabitur haben wir gestärkt und ausgebaut.

(Robert Heinemann CDU: Sie haben das Zentralabitur geschwächt!)

Ich will, dass viele Abitur machen, aber die Hürde muss klar sein und unter ihr hindurchkrabbeln soll niemand.

(Senator Ties Rabe)

Sechstens: Anders, als Sie wollen, haben wir die Zahl der Oberstufen an den Stadtteilschulen verdoppelt, was richtig ist. Wo steht eigentlich geschrieben, Herr Scheuerl, dass nur Schüler aus bestimmten Stadtteilen und Elternhäusern Topleistungen erzielen können?

(Robert Heinemann CDU: Wir haben das nie behauptet!)

Wo steht geschrieben, dass nur die angepassten Hausaufgabenkinder zu besten Wissenschaftlern werden und dass der Klassenprimus aus Klasse 4 später immer der beste Rechtsanwalt, Chirurg oder Wissenschaftler wird?

(Zurufe von der CDU)

Ich komme zum Schluss. Ich kann mich kaum noch verstehen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Lassen Sie Herrn Senator Rabe seine Schlussätze formulieren, bitte.

Senator Ties Rabe (fortfahrend): Kinder sind nicht berechenbar. Das Einzige, was wir wissen, ist, dass sie klüger sind, als wir denken, und deshalb brauchen wir eine Schule, die das weiß und diese unerschöpflichen Potenziale entfaltet.

(Robert Heinemann CDU: Und einen Senator, der das auch weiß!)

Unsere Stadtteilschulen wissen das. Bis zum Abitur, liebe CDU, möchten wir die Perspektive aufrechterhalten. Arbeiten wir gemeinsam daran, dass die Stadtteilschule ein Erfolgsmodell wird. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Senator, Sie befinden sich im Irrtum, auch für Sie gilt die Verfassung, nach der Sie hier jederzeitiges Rederecht haben. Vor diesem Hintergrund muss ich Sie außerdem darauf aufmerksam machen, dass Sie die Redezeit, die den Abgeordneten zur Verfügung steht, mehr als dreimal in Anspruch genommen haben.

(Jörg Hamann CDU: ... und nichts gesagt haben!)

Jetzt haben nach der Geschäftsordnung alle Fraktionen noch einmal die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen. Es beginnt Frau Dr. von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Immerhin sind der Senator und ich uns in dem Ziel einig, dass wir die Stadtteilschulen stärken wollen, und das ist schon etwas. Der Weg dorthin scheint aber sehr unterschiedlich zu sein.

Vorhin habe ich gesagt, dass das kein guter Tag für Hamburg und für Hamburgs Kinder an den Stadtteilschulen sei. Ich wiederhole das noch einmal, denn ich habe keinen einzigen finanziellen Vorschlag für die Stadtteilschulen gehört.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie ist denn Ihre Finanzierung?)

Das ist keine gute Nachricht für Hamburgs Stadtteilschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal zu den Ausführungen bezüglich der Ressourcen kommen; das scheint der große Streitpunkt zu sein. Herr Senator Rabe hat gesagt, dass die SPD im Vergleich zu Schwarz-Grün doppelt so viel Ressource hineingebe. Das hört sich erst einmal sehr gut an, das Problem ist nur: Wenn ich so tue, als ob die Hälfte der Kinder nicht da sei, die sonderpädagogischen Förderbedarf haben,

(Robert Heinemann CDU: Genau das!)

dann kommt letztendlich beim Kind überhaupt nicht mehr Ressource an, sondern genau die Hälfte, und wir sind bei der alten schwarz-grünen Planung. Wir wären aber garantiert darüber hinausgegangen, und das ist der große Unterschied.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD – vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Sie können jetzt lachen, rechnen Sie das doch einfach durch.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie haben das doch bei der GBS auch nicht hingekriegt! Das ist doch gelogen, was Sie da sagen! – Glocke)

Ich habe das getan. Nehmen Sie die alten Zahlen aus unseren Planungen und legen sie über die Kinder, die jetzt mit dem Förderplan in die Schulen kommen. Dann werden Sie dabei landen, dass wir viel mehr Ressource in diese Schulen gesteckt hätten. Das ist die historische Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Robert Heinemann CDU – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Dr. von Berg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dressel?

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE (fortfahrend): Ich möchte weitermachen.

Es wird gesagt, dass kein Bundesland mehr investiere als Hamburg, auch das ist falsch. Schauen Sie in den Süden, und zwar direkt zu unseren südlichen Nachbarn nach Niedersachsen. Ich habe mir den Erlass angeschaut, Niedersachsen gibt kindgebundene und systemische Ressourcen in die Schulen hinein, und ich habe es durchgerech-

(Dr. Stefanie von Berg)

net. Pro Kind, das zum Beispiel einen Förderbedarf im Bereich Lernen hat, gibt es drei Stunden zusätzlich, und zwar für die Kinder, die wirklich da sind, und nicht systemisch. Außerdem gibt Niedersachsen noch eine Poolstunde in die Schulen hinein. Ich kann dem Senator diese Rechnung gern vorlegen, und er wird sehen, dass es teilweise doppelt oder dreifach so viel ist wie bei uns. Was der Senator und Herr Holster hier behaupten, ist einfach falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Es ist schön, wenn am Ende nur vier Kinder pro Klasse in einer Fördergruppe sind, aber das Problem ist, dass die Ressourcen nicht nachwachsen. Und es nützt mir überhaupt nichts, wenn ich laut Erlass oder Drucksache nur ein Kind haben darf, dort aber vier sitzen. Die Ressource muss nachgesteuert werden. Es stimmt vorn und hinten nicht bei dieser Debatte.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben Forderungen vorgelegt, die konstruktiv und mit Augenmaß an die Sache herangehen, und kommen nicht mit irrsinnigen, sondern finanzierbaren Forderungen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: So wie Sie sind, konstruktiv!)

Wir fordern einen Inklusionsfonds von 15 Millionen Euro.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Wo kommt das Geld her?)

Sie stecken das Geld in die Polizei, wir in die Prävention, das ist der Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei den GRÜNEN – Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

Machen Sie sich darüber Gedanken.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wenn Sie versuchen, Frau Dr. von Berg niederzubrüllen, haben Sie trotzdem nicht mehr recht. Frau Dr. von Berg hat das Rede-recht, und deswegen würde ich Sie bitten, noch einen Moment zuzuhören.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Präsidentin Carola Veit: Frau Dr. von Berg, bevor Sie fortfahren, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kienscherf?

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE (fortfahrend): Ich bin gerade so gut in Fahrt und möchte gerne weitermachen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Eine Angsthäsin sind Sie!)

Wir fordern Team- und Kooperationszeiten, Fortbildung und Coaching sowie die Wiederbelebung des "Netzwerks Hamburger Hospitationsschulen". Es geht darum, voneinander zu lernen, denn es gibt funktionierende Inklusionsschulen. Wir fordern außerdem die Abschaffung der Grundschulempfehlung. Unsere Nachbarn im Norden, Schleswig-Holstein und Niedersachsen, haben es gerade getan, und dort regiert die SPD – ein großes Wunder.

(Zuruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*)

– Ja, wahrscheinlich, weil Sie dort mit den GRÜNEN regieren, das sorgt für etwas mehr Augenmaß.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ohne euch geht das nicht!)

Wir fordern darüber hinaus die Wiedereinsetzung des Grundsatzreferats.

Als Letztes zur Großbaustelle Inklusion, und das geht an die Adresse der SPD und der CDU. Wir schaffen diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht, wenn Sie weiterhin die Abschaffung des Kooperationsverbotes blockieren. CDU und SPD sind jetzt mit einer satten Mehrheit an der Regierung, und Sie müssen sich im Bund dafür einsetzen, dass das Kooperationsverbot abgeschafft wird. Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Sagen Sie das der CDU!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Holster.

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, was glauben Sie eigentlich, was die Oberstufenschüler der Stadtteilschule Oldenfelde, die dort oben sitzen, denken, wenn Sie ihnen sagen, dass ihre Schule zur Förderschule verkommen oder bereits gegen die Wand gefahren ist? Was erzählen Sie diesen Schülerinnen und Schülern?

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU*: Was soll der Unsinn?)

Ich will an dieser Stelle kurz auf Frau Prien eingehen. Sie hat das Thema G9 angesprochen, und ich möchte für die SPD-Fraktion feststellen, dass wir es für absolut sinnvoll und notwendig halten, dass alle am Schulfrieden beteiligten Fraktionen frühzeitig in die Verhandlungen mit der Volksinitiative eingebunden werden. Das ist unser ausdrückliches Ziel.

(Lars Holster)

(Beifall bei der SPD)

Der Senator hat es eben schon gesagt, Herr Ritter, wir können das Gerede der FDP bezüglich einer Einheitsschule in dieser Stadt nicht mehr hören. Das ist wirklich von gestern.

Frau Heyenn hat etwas Richtiges angesprochen, und ich muss kurz auf die CDU-Datenbank eingehen. Ich habe auch etwas mit einer Schule zu tun und habe geschaut, wie viele Sozialpädagogen ich laut CDU an meiner Schule habe, und zwar gibt es 0,69 Stellen für Sozialpädagogen an einer Stadtteilschule mit über 800 Schülern. Jeder normal denkende Mensch weiß, auch wenn man von Schule keine Ahnung hat, dass solche Zahlen, wie sie dort veröffentlicht werden, Unfug sind.

(Beifall bei der SPD – *André Trepoll CDU*: Die kommen vom Senat!)

Man muss die Schriftliche Kleine Anfrage richtig lesen, das sind Schulsozialarbeiterressourcen und nicht Sozialpädagogenressourcen.

Jetzt zu den GRÜNEN, Frau von Berg, und zu den Forderungen. 15 Millionen Euro für einen Inklusionsfonds sollten zur Verfügung gestellt werden, damit könnte man ungefähr 250 Stellen für ein Jahr finanzieren.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Genau!)

Das klingt zunächst schlüssig und wäre auch sehr hilfreich für die eine oder andere Stadtteilschule – ich weiß, wovon ich rede –, aber wie soll das in der Praxis umgesetzt werden? Darf ich als Schulleiter befristet für ein Jahr je nach Schulgröße drei oder vier Sonderpädagogen einstellen? Und was mache ich dann nach einem Jahr? Wenn ich sie am 1. August 2014 eingestellt habe, muss ich sie am 1. August 2015 wieder entlassen. Wie soll das funktionieren? Die Schüler sind trotzdem noch weiter an dieser Schule. Machen Sie bitte einen Vorschlag für eine strukturelle Finanzierung von Lehrern. Alles andere ist schlichtweg unseriös.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

– Bleiben Sie ganz ruhig, Frau von Berg, ich erkläre es Ihnen.

Die Finanzierung von zusätzlichen Koordinationszeiten würde 4,2 Millionen Euro kosten. Wie soll das strukturell im Haushalt veranschlagt werden?

Mit der Einführung einer Einführungsstufe an den Stadtteilschulen geht es weiter. Gehen wir von 20 neuen Klassen aus, für die wir 21 Lehrer brauchen, dann sind das strukturell noch einmal 1,5 Millionen Euro, die nicht finanziert sind.

Addieren wir zusammen: 15 Millionen Euro für die Inklusion, 4,2 Millionen Euro für Koordinationszeiten, 1,5 Millionen Euro für die Einführungsstufe, das ergibt 20 Millionen Euro.

(Zuruf von *Jens Kerstan GRÜNE*)

Wenn Sie sagen, Frau von Berg, dass Sie das solide finanzieren wollen, warum haben Sie das in Ihrem Antrag dann nicht aufgenommen? Wo sind denn die Finanzierungsvorschläge?

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE*: Bei der Polizei habt ihr das aus der zentralen Reserve geholt!)

Jetzt kommen wir wieder alle zur Ruhe.

Trotzdem haben Sie, Frau von Berg, inhaltlich wichtige Dinge in Ihrem Antrag vorgebracht,

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Wie großzügig!)

und wir sollten das Thema "Stadtteilschulen stärken" auf jeden Fall im Schulausschuss besprechen. Wir werden daher die vorliegende Antwort des Senats zu unserem Ersuchen "Erfolgsmodell Stadtteilschule weiterentwickeln" noch vor der Sommerpause an den Schulausschuss überweisen. Auf dieser Grundlage wird das Thema dann intensiv im Schulausschuss beraten. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Sehr gut!)

Präsidentin Carola Veit: Frau Prien, Sie haben das Wort.

Karin Prien CDU:* Wir haben heute eine Menge gelernt, zum Beispiel, dass es unserem Schulse-nator an der PISA-Kompetenz Leseverständnis elementar mangelt, denn unsere Anträge zu lesen scheint ihm nicht zu gelingen – jedenfalls versteht er sie nicht. In der CDU hat bisher niemand gefordert, das Elternwahlrecht abzuschaffen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Aufnahmeprüfung? Was ist das denn?)

Niemand hat eine Aufnahmeprüfung gefordert, das ist nicht wahr.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Ja, aber hallo!)

Frau Heyenn, wir kritisieren genau wie Sie, dass zu viele Eltern ihre Kinder aufs Gymnasium schicken, die dann nach Klasse 6 abgeschult werden müssen. Sie haben das heute selbst ellenlang ausgeführt. Wir müssen die Eltern besser unterstützen, und das ist das Einzige, was wir wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auf diesen Aspekt im Zusammenhang mit der Debatte um G8 und G9 hingewiesen. Es nützt uns allen, die das Gymnasium in dieser Stadt wollen, doch nichts, wenn am Ende Gymnasium draußen auf der Tür steht und es in Wirklichkeit eine Einheitsschule geworden ist. Das wollen wir als Union jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU)

(Karin Prien)

Sie können unseren Antrag zur Inklusion gern diffamieren, machen Sie das ruhig, aber Sie können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass Sie heute nichts, aber auch gar nichts angeboten haben, um die Situation an den Stadtteilschulen in Bezug auf die Inklusion zu verbessern. Sie haben nichts im Köcher, Herr Holster, und Sie schon gar nicht, Herr Rabe.

(Beifall bei der CDU und den GRÜNEN)

Es war ein Fehler, die Inklusion gleichzeitig mit der Stadtteilschule einzuführen, das hat die Enquete-Kommission damals auch gesagt. Wir alle, das will ich einräumen, Herr Ritter, sind etwas blauäugig an die Sache herangegangen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Aha!*)

Die förderbedürftigen und auch die anderen Kinder haben aber keine Zeit, bis Sie, Herr Rabe, Ihre Schulentwicklung endlich abgeschlossen haben. Diese Kinder wollen jetzt in ein ordentliches Schulsystem gehen.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Wir haben natürlich nicht den Ausstieg aus der Inklusion gefordert, sondern wollen den absurden Zustand ändern, dass die Schulen, die Inklusion können – und davon haben wir eine Menge in dieser Stadt –, diese nicht ordentlich durchführen können, weil sie von Ihnen keine vernünftigen Ressourcen mehr bekommen. Herr Rabe, was Sie mit der Inklusion in dieser Stadt machen, ist ein Skandal.

(Beifall bei der CDU)

Sie selbst wollen Schwerpunktschulen für bestimmte Formen von Behinderungen einführen, diffamieren uns aber wegen unseres Vorschlags mit den Leuchtturmschulen. Das ist billig.

(Beifall bei der CDU – *Lars Holster SPD: Aber warum? Sie vergleichen Äpfel mit Birnen!*)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns mit einer vernünftigen, ruhigen und sachlichen Auseinandersetzung über die Frage beginnen,

(Beifall und Zurufe von der CDU)

wie wir die Inklusion in dieser Stadt besser zum Gelingen bringen können und vor allem darüber, wie wir gemeinsam die Stadtteilschule als Schulform, die wir ausdrücklich wollen, und zwar mit der Möglichkeit zum Abitur, zum Erfolg bringen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Dass diese sachliche Debatte so emotional geführt wird, zeigt natürlich, dass es um viel geht. Es geht um die Kinder, und da wird in dieser Stadt einiges Unzumutbare gemacht. Die Stadtteilschule ist im Zwei-Säulen-System unter sehr ungleichen Bedingungen gestartet, und diese haben sich im Laufe der Zeit weiter verschlechtert. Ich bin der gleichen Auffassung wie Frau von Berg. Ein Punkt ist zum Beispiel, dass es keine Schullaufbahnpflicht gibt, wie es im Schulgesetz steht, sondern eine Schulformempfehlung. Das ist das Erste, was man ändern müsste.

Dann ist eben vom Senator gesagt worden, was er alles Tolles für die Stadtteilschule machen will, unter anderem auch, dass es eine große Errungenschaft ist, dass alle Schülerinnen und Schüler, die nach der neunten Klasse keinen Ausbildungsplatz haben, in die zehnte Klasse gehen. Das ist auch ein Problem, das ist nicht nur toll. Sie müssten vielleicht einmal in die Schulen selbst gehen, und zwar nicht nur zu Empfängen oder wenn die Schulinspektion Zauberstunden vorgeführt bekommt, sondern unter normalen Bedingungen. Und dann werden Sie sehen, was viele Schulen machen, die mehrere zehnte Klassen einrichten müssen, in denen es sehr viele Schüler ohne Ausbildungsplatz gibt, die nicht die Prognose für einen Realschulabschluss haben. Sie richten eine Klasse ein, in der nur die Schülerinnen und Schüler sind, die wahrscheinlich keinen Realschulabschluss bekommen, und die anderen teilen sie auf. Das ist etwas, was überhaupt nicht geht. Das ist ein Rückschritt zur Hauptschule, die wir Gott sei Dank abgeschafft haben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Christa Goetsch, beide GRÜNE*)

Frau Brose hat darauf hingewiesen. Sie zieht zwar andere Schlüsse als ich, aber ich finde, dass man das nicht einfach als Errungenschaft hinstellen kann. Die Problematik ist insgesamt viel zu komplex und zu dramatisch, als dass man das mit Geld alles retten könnte. Das glaube ich überhaupt nicht mehr. Ich will Ihnen einmal eine Zahl nennen. Im Verhältnis gibt es 2014 an den Stadtteilschulen 8,9 Lehrer pro hundert Schüler und an den Gymnasien 6,7 Lehrer. Es sind grundsätzliche Probleme, warum die Stadtteilschule Probleme hat. Ich habe auf diese 9 Prozent der Schüler an Stadtteilschulen mit Gymnasialempfehlung hingewiesen und darauf, dass 12 Prozent zurückkommen. Ich glaube nicht, dass man das mit Geld allein lösen kann. Wir müssen uns mehr Gedanken machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Nun zu Konfuzius: Er hat gesagt, das Lernen durch Erfahrung sei die schwerste, teuerste und längste Art. Ich erlebe zurzeit, dass ich von Leuten in der Stadt angesprochen werde, die intensiv ge-

(Dora Heyenn)

gen eine Schule für alle votiert haben und die jetzt sagen, das sei wohl doch die Lösung. Wenn Sie nichts ändern, wird es genau dazu kommen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Die Einheitsschule! – Zurufe von der CDU)

– Jetzt regen Sie sich schon wieder auf.

Wir glauben, dass das Zwei-Säulen-System, wie es jetzt besteht, gescheitert ist, und es geht wahrscheinlich in die Richtung.

Was die Inklusion betrifft, so ist dieses Problem zu ernst für parteipolitische Spielchen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Ach, Frau Heyenn!)

Das geht überhaupt nicht. Und wenn die CDU mit ihren Leuchtturmschulen kommt, dann wären diese der Sargnagel für die Inklusion und nichts anderes. Sie wollen auf einem Umweg die Förderschulen wieder einsetzen, und das geht überhaupt nicht. Ein Zurück von der Inklusion geht nicht.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und bei Dr. Stefanie von Berg und Jens Kerstan, beide GRÜNE)

Herr Rabe, Sie wollen die Realität in unserer Gesellschaft einfach nicht wahrnehmen. Zwar wollen Sie hier auf dem Podium immer recht haben, und dann Sie reden so lange, bis wir nicht mehr zuhören und Sie alle Probleme weggeredet haben, aber die Probleme bleiben nach wie vor bestehen. Sie können nicht festhalten an dieser systemischen Förderung von 8 Prozent Schülern mit besonderem Förderbedarf, es sind 15 Prozent. Sie wissen ganz genau, warum früher die Zahlen so niedrig waren: Viele Pädagogen an unseren Hamburger Schulen wussten genau – und auch Sie haben es eben angesprochen –, dass ein Kind, wenn es erst einmal auf einer Förderschule landet, von dort nicht mehr herunterkommt. Deswegen haben sehr viele Lehrerinnen und Lehrer versucht, die Kinder so lange wie möglich im allgemeinen Schulsystem zu halten. Hinzu kommt, das ist öffentlich auch mehrmals gesagt worden, dass die Lebensbedingungen der Menschen in dieser sozial gespaltenen Stadt immer härter werden und wir deswegen immer mehr Kinder mit einem besonderen Förderbedarf haben. Deshalb müssen wir uns mehr einfallen lassen, als nur mehr Geld einzusetzen. Wir müssen auf die hören, die das tagtäglich zu bewältigen haben. Es hat keinen Sinn, eine weitere Expertenanhörung durchzuführen, und es hat auch keinen Sinn, noch einmal im Schulausschuss darüber zu reden. Es ist allerhöchste Zeit, dass wir einen Runden Tisch mit Eltern, Schülern, Lehrern, Bildungsexperten, Abgeordneten und Senatsvertretern einrichten. Wir müssen eine Lösung finden und können nicht so tun, als seien die Probleme nicht da. Die Probleme sind so massiv, dass sowohl Lehrer als auch Kinder dabei in die Knie gehen. Wegreden allein hilft nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Wir kommen zu den Debatten und beginnen mit Drucksache 20/10852, einem Antrag der GRÜNEN Fraktion: Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Ehrenamtskarte stärken.

[Antrag der GRÜNEN Fraktion: Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Ehrenamtskarte stärken – Drs 20/10852 –]

Dazu liegt Ihnen als Drucksache 20/10997 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

[Antrag der FDP-Fraktion: Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Ehrenamtskarte stärken – Drs 20/10997 –]

Diesen möchte die FDP-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Die SPD-Fraktion möchte ebenfalls eine Überweisung an den Sozialausschuss. – Das Wort hat Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich ganz herzlich für die Geburtstagswünsche bedanken. Ich habe mich sehr darüber gefreut. Meine Fraktion hat mich mit vier Debatten heute beschenkt, und auch darüber ist die Freude schier grenzenlos.

(Beifall bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE – Heiterkeit im Plenum – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Ich beginne mit der ersten, bei der ich mir sicher bin, dass sie etwas weniger emotional als die gerade in der Aktuellen Stunde geführte Schuldebatte verläuft. Es geht um das Thema Anerkennung des Ehrenamts. Ich weiß, dass wir uns in diesem Hause im Prinzip alle einig sind, dass in Hamburg als Stadt der Bürgerinnen und Bürger mit einem sehr ausgeprägten Gemeinsinn das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement eine zentrale Rolle spielen als Säule und Stütze der Gesellschaft und der menschlichen Metropole. Dieses Engagement trägt immer dazu bei, die Stadt weiterzuentwickeln. Tatsächlich engagieren sich rund 460 000 Menschen – das ist nahezu jeder dritte Hamburger, jede dritte Hamburgerin – in völlig unterschiedlichen Bereichen, sei es im Katastrophenschutz, bei der freiwilligen Feuerwehr, im Bereich des Sports oder der Kultur, in der Seniorenarbeit, in Organisationen für Migranten, im Bereich des Sozia-

(Katharina Fegebank)

len oder auch im Bereich der Wirtschaft. Jeder von Ihnen wird die Heldinnen und Helden des Alltags kennen, die sich neben Job, Familie und vielleicht einer Pflegeverpflichtung überdurchschnittlich in einem Bereich engagieren.

Wir wissen aber auch – dazu haben wir hier schon die eine oder andere Debatte geführt, und der Senat hat sich mit dem Vorschlag auf den Weg gemacht, demnächst eine Freiwilligenstrategie einzubringen –, dass sich laut Freiwilligen survey 25 Prozent der Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren und damit die Bürgergesellschaft in Hamburg stärken, eine bessere, sichtbare Anerkennung wünschen. Da gibt es verschiedene Wege, die schon im Sinne der Freiwilligenstrategie skizziert wurden, durch Empfänge, Urkunden und auch den Hamburger Nachweis, den wir ausdrücklich gut und richtig finden, wo aufgelistet wird, wann sich jemand wo und in welchem zeitlichen Umfang engagiert. Das soll auf jeden Fall weiterentwickelt werden, denn das sind alles richtige Ansätze.

Wir glauben, dass das bürgerschaftliche Engagement darüber hinaus geht und nicht nur eine Anerkennung staatlicher Stellen, also des Senats und der Bürgerschaft, vorsehen sollte, sondern dass es breiter getragen werden sollte im Sinne von "Ich unterstütze dich in deinem Engagement". Deshalb wollen wir nach dem Vorbild von inzwischen mehreren Bundesländern – dazu gehören NRW, unser Nachbarland Schleswig-Holstein, Bayern und Sachsen – eine Ehrenamtskarte einführen und fordern den Senat auf, das auf den Weg zu bringen.

Ich habe hier ein vergrößertes Modell einer Ehrenamtskarte dabei. Diese ist nicht sonderlich handlich, aber sie ist im Original sehr viel kleiner und im Scheckkartenformat dann auch im Portemonnaie mitzuführen. Das ist hier das Beispiel aus Nordrhein-Westfalen, die einfach deutlich schöner ist als die aus Schleswig-Holstein. Bei der Ehrenamtskarte geht es darum, mit Partnern aus der Stadt, mit Theatern, Kinos, Museen, Restaurants und vielleicht auch dem einen oder anderen Laden aus dem Einzelhandel Verabredungen zu treffen, dass diejenigen, die sich ab dem 16. Lebensjahr mit einer bestimmten Stundenzahl in der Woche oder im Jahr engagieren, in den Besitz dieser Karte kommen und damit Vergünstigungen oder Ermäßigungen erhalten als Zeichen der Anerkennung und des Dankes. Das funktioniert in anderen Bundesländern gut. Es ist eine breite Wertschätzung spürbar, die sich jenseits des staatlichen und institutionalisierten Spektrums befindet. Uns ist die Verantwortung der gesamten Gesellschaft für diejenigen wichtig, die sich ehrenamtlich engagieren. Wir wollen die Ehrenamtskarte nicht nur als Symbol nutzen, sondern den Menschen richtig etwas in die Hand geben und eine gesellschaftliche Wertschätzung für diejenigen ausdrücken, die sich oft über die Maßen hinaus viele Stunden in der Woche mit

unterschiedlichen Formen des Ehrenamts auseinandersetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Idee ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer, soziale, kulturelle und sportliche Einrichtungen sagen: Wir bedanken uns bei euch dafür, dass ihr die Stadt ein bisschen zu dem macht, was sie ist. Und da ist Hamburg führend als Stadt der Bürgerinnen und Bürger mit einem sehr ausgeprägten Gemeinsinn. Deshalb diese Ehrenamtskarte, die mehr als reine Symbolik ist. Deshalb beinhaltet unser Antrag auch einen Prüfauftrag an den Senat, ob der HVV sich einbringen könnte, denn wir wissen von vielen Ehrenamtlichen, dass Ermäßigungen im öffentlichen Personennahverkehr von vielen gewünscht sind und als Ausdruck von Anerkennung wahrgenommen werden würden.

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir diese Diskussion im Sinne des gesellschaftlichen Engagements und der Anerkennung dieses Engagements im Sozialausschuss weiterführen könnten, und freue mich auf die Debatte. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Müller das Wort.

Doris Müller SPD:* Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Noch einmal herzlichen Glückwunsch, Frau Fegebank, zum Geburtstag.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Das Spannendste zuerst: Wir werden den Antrag "Gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts durch die Ehrenamtskarte stärken" überweisen, und zwar an den Sozialausschuss, wo er auch hingehört, genauso wie wir es mit dem Antrag der FDP zu der Drucksache 20/10997 machen werden. Warum nicht gleich beschließen? Die Antwort findet sich zum einen in der Antwort des Vorgängersensats auf die Schriftliche Kleine Anfrage des SPD-Kollegen Buschhüter, Drucksache 19/7216: "Einführung einer Ehrenamtskarte?" und zum anderen in einem Antrag der SPD, Drucksache 20/5856: "Hamburg 2020: Eine Freiwilligenstrategie für Hamburg". Ich zitiere aus der Antwort der Vorgängersensats auf die Frage 8:

"Inwieweit erachten der Senat beziehungsweise die zuständige Behörde die Einführung einer Ehrenamtskarte für sinnvoll, welche Vor- beziehungsweise Nachteile sieht der Senat?"

Antwort:

"Im Austausch mit Ehrenamtlichen und Netzwerken wurde kein Bedürfnis nach einer Ehrenamtskarte festgestellt. Als entschei-

(Doris Müller)

dende Form der Wertschätzung wird dort die Bereitstellung von Finanzmitteln für die eigenen Projekte, die öffentliche Anerkennung des Engagements und die Möglichkeiten zur Qualifizierung und Absicherung vor Unfall- und Haftpflichtrisiken gesehen."

So weit die Antwort des von CDU und GRÜNEN getragenen Senats aus dem Jahr 2010. Aktuell wird ein Konzept zur Verbesserung verschiedener Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements entwickelt, in dem es im Besonderen um die Anerkennungskultur geht, die Freiwilligenstrategie 2020. Weiter ins Detail zu gehen, würde hier den Rahmen sprengen. Für ausführliche Informationen kann ich Ihnen die Seite www.hamburg.de/freiwilligenstrategie-2020 empfehlen. Sie ist wirklich sehr gut gemacht, und es wird deutlich, wie viel Engagement dahintersteckt.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitwirkenden des Beteiligungsverfahrens, bei den Teilnehmern der Veranstaltungen des Strategieforums, den Arbeitsgruppen und dem Bürgerforum für die Zeit, die Ideen und die Arbeit, die sie freiwillig in dieses für Hamburg erstmalige Projekt einer bereichsübergreifenden Freiwilligenstrategie investiert haben, herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Egal, ob sie aus dem zivilgesellschaftlichen Engagement, der gewinnorientierten Wirtschaft oder dem gemeinwohlorientierten staatlichen Bereich kommen, dieses trisektorale Vorhaben nähert sich dem Punkt, an dem sich die Bürgerschaft mit dem erarbeiteten Konzept beschäftigen wird. Aus Wertschätzung erfolgt jetzt auch die Überweisung des Antrags, selbst wenn er nur einen Teilaspekt dieser gewaltigen Aufgabe behandelt. Freiwilliges Engagement ist wichtig. Wir können ihnen nur immer wieder zeigen, wie dankbar und erfreut wir über ihr Engagement sind. Ganz besonders möchte ich auch den Beteiligten der federführenden BASFI danken. Wir, unsere Fraktion, wissen alle, wie groß die Aufgabe war, vor der die Mitarbeiter standen und mit wie viel Engagement sie sich in die Arbeit gestürzt haben. Auch dies verdient unsere Wertschätzung und ist nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin sehr gespannt auf das Ergebnis. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN und der FDP, ich schlage deshalb vor, dass wir das Thema Ehrenamtskarte im Licht der Ergebnisse der Freiwilligenstrategie im Sozialausschuss besprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Frau Dr. Föcking.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Müller, ich habe mir die alte Drucksache auch noch einmal angeschaut und erinnere mich, dass damals die Schwierigkeiten mit dem Familienpass Anlass für diese Antwort waren, die auf die Ehrenamtskarte gegeben wurde. Es ist eigentlich eine Binsenweisheit und kann trotzdem nicht oft genug wiederholt werden, welche Bedeutung das Ehrenamt hat. Du, liebe Katharina, liebes Geburtstagskind, hast vor allen Dingen den Bereich freiwillige Feuerwehr, DLRG-Rettungsschwimmer, Vorlesepaten erwähnt, aber unser ganzes Gemeinwesen lebt eigentlich vom Ehrenamt; denken wir an die vielen Beiräte in der Stadt, die Deputationen, die Gewerkschaften, die Kirchen

(Dirk Kienscherf SPD: Die Parteien!)

und nicht zuletzt die Parteien.

(Dirk Kienscherf SPD: Die größte Ehrenamtskarte ist die SPD-Karte!)

Es wird nämlich gerne vergessen, dass auch wir alle davon profitieren, dass es sehr viele Menschen gibt, die arbeiten, ohne für ihre Arbeit und ihre Arbeitszeit Geld zu verlangen. Insofern ist die Unterstützung des Ehrenamts oder des freiwilligen Engagements, wie es auch gerne heißt, für uns alle ein wichtiges Anliegen. Auch die Regierungskoalition in Berlin – darauf kann man hier einmal hinweisen – hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Voraussetzungen für dieses Engagement weiter zu verbessern und für mehr Anerkennung dieses Engagements zu sorgen.

In Hamburg haben wir, das ist auch schon gesagt worden, bereits eine ganze Menge dieser Anerkennungsformen, von Medaillen und Preisen bis hin in die Regionalausschüsse und Bezirksversammlungen, und auch der Hamburger Nachweis, der 2005 unter der CDU eingeführt wurde, gilt als Erfolg, übrigens auch bei der einschlägigen Arbeitsgruppe der schon erwähnten Freiwilligenstrategie. Die Ehrenamtskarte kann durchaus ein weiteres Mittel der Anerkennung sein.

Allerdings, liebe Katharina, muss ich ein bisschen Wasser in deinen Geburtstagswein gießen: Wenn man sich die Zahlen aus Schleswig-Holstein anschaut, dort gibt es die Ehrenamtskarte seit 2009, dann waren es nach einem Dreivierteljahr – lassen Sie mich jetzt nichts Falsches sagen – ungefähr 1000 Karten pro Jahr, die abgegeben wurden. Das ist nicht so furchtbar viel. Allerdings sind auch die Kosten nicht so schrecklich hoch; 10 000 Euro pro Jahr kostet das den Kieler Landeshaushalt. Das wäre jetzt nicht unbedingt ein Grund, gegen die Karte zu sein. Wir werden das im Sozialausschuss ausführlicher behandeln, und dort sollten dann auch die Fragen, die im FDP-Antrag zum Tragen kommen, genauer beraten werden. Übrigens hätten Sie durchaus in die Anfrage Ihres FDP-Kolle-

(Dr. Friederike Föcking)

gen in Schleswig-Holstein schauen können; zumindest für dort sind die Zahlen schon veröffentlicht.

Falls wir die Ehrenamtskarte in Hamburg einführen sollten, haben wir von der CDU allerdings eine zusätzliche Forderung: Dann sollte die Ehrenamtskarte auch in unseren Nachbarbundesländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein gelten. Das wäre sinnvoll. Niedersachsen und Bremen kennen eine solche Kooperation, und auch beim Thema Ehrenamt sollten wir nicht nur von der Metropolregion reden, sondern in der Beziehung auch handeln.

(Beifall bei der CDU)

Handeln beim Thema Ehrenamt – damit komme ich zu der berühmten Freiwilligenstrategie – muss jetzt aber vor allem der Senat.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Wo ist der Senat eigentlich?)

Vor anderthalb Jahren wurde die sogenannte Freiwilligenstrategie 2020 gestartet. Seitdem haben Foren und Arbeitsgruppen getagt, und wichtige Forderungen wie die nach einer Förderung von Seniorengenossenschaften wurden in diese Foren überwiesen und, wie ich fürchte, dort begraben, um sie nicht direkt ablehnen zu müssen.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das war doch ein Witz, inhaltlich war das doch völlig leer!)

Noch immer warten wir auf konkrete Ergebnisse. Frau Müller hat gesagt, wir näherten uns gerade dem Punkt, wo wir damit vielleicht auch rechnen können. Stattdessen – das muss hier auch gesagt werden, wenn wir über Ehrenamt reden – verschlechtert der Senat de facto an ganz vielen Stellen die Rahmenbedingungen für das freiwillige Engagement, nämlich überall dort, wo bei den Zuwendungen vor allem für kleinere Einrichtungen und Träger gespart wird.

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Frau Dr. Föcking, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihrer Kollegin Müller?

Dr. Friederike Föcking CDU: Ja.

Zwischenfrage von Doris Müller SPD:* Sind Sie sich bei den Seniorengenossenschaften, die eigentlich Vereine sind, darüber im Klaren, dass keiner von denen, die dort tätig sind, jemals eine Ehrenamtskarte nach den geltenden Regelungen in Schleswig-Holstein oder auch in Bayern bekommen würde?

Dr. Friederike Föcking CDU (fortfahrend): Soweit ich weiß, sind von der Ehrenamtskarte diejenigen nicht ausgeschlossen, die eine kleine Aufwandsentschädigung bekommen, und nicht anders funktionieren diese Seniorengenossenschaften auch.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Die haben schon ein bisschen mehr gekriegt!)

Und wenn man mit Zeitguthaben arbeiten würde, ist es genauso, aber darum geht es gar nicht. Es geht darum, dass die Freiwilligenstrategie immer noch nicht vorliegt, interessante Ideen einfach dorthin verschoben werden und gesagt wird, dort werde dann schon darüber diskutiert werden, und wir bekommen keine Ergebnisse. Das eine ist die toll angekündigte Strategie, das andere, dass der Rahmen für ehrenamtliche Arbeit in dieser Stadt zunehmend schwierig wird. Es wird bei vielen Einrichtungen gespart, die geringere Zuwendungen erhalten. Das heißt, dort, wo ich keine oder immer weniger Hauptamtliche habe oder wo Einrichtungen schließen müssen, können dann auch keine Ehrenamtlichen mehr tätig werden. Und da nützt mir keine Freiwilligenstrategie etwas.

(Beifall bei der CDU)

Eines der vielen Beispiele, um konkret zu werden, ist die Drogen- und Suchtselbsthilfe, wo vor ungefähr anderthalb Jahren massiv eingespart wurde, sodass die Ausbildung ehrenamtlicher freiwilliger Suchtausstiegsberater, um sie einmal so zu nennen, nicht mehr finanziert werden konnte. Insofern fordern wir den Senat auf, hier umzusteuern. Das freiwillige Engagement muss auch mit ausreichenden Zuwendungen nachhaltig gefördert werden, und eine Ehrenamtskarte kann dann ein zusätzliches Schmankehl sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Kaesbach hat das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrter Herr Bürgerschaftspräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Unsere Fraktion unterstützt das Anliegen dieser Initiative der GRÜNEN Fraktion, allerdings sind wir nicht so optimistisch, was die Umsetzung betrifft; dazu aber später.

Ehrenamtliches Engagement ist aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken. Meine Vorrednerinnen sind auch schon darauf eingegangen, und das kann man nicht häufig genug hier vorbringen. Die zahlreichen, in allen gesellschaftlichen Bereichen tätigen Ehrenamtler bilden eine grundlegende Säule der modernen Bürgergesellschaft, ob es die vielen ehrenamtlichen Trainer und Übungsleiter sind, ich zähle sie auch gerne noch einmal auf, die freiwillige Feuerwehr, die Stadtteilinitiativen, die Leiter von Jugendgruppen oder die Lese- und Bildungspaten. Ohne sie wäre unsere Gesellschaft um einiges ärmer, und ohne sie würde ein wichtiger Faktor des gemeinschaftlichen Erlebens, der persönlichen Unterstützung und damit des gesellschaftlichen Zusammenhalts fehlen.

(Martina Kaesbach)

In Hamburg sind rund ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich aktiv, und ich bin mir sicher, dass noch viel mehr Menschen bereit wären, ehrenamtlich tätig zu werden. Es ist deshalb auch Aufgabe der Politik, Menschen zu ermutigen, sich einzubringen, mitzumachen und die eigenen Talente und Fähigkeiten für andere einzusetzen. Dazu gehört auch, ihnen Anerkennung für ihre ehrenamtliche und freiwillige Arbeit auszusprechen, denn der Freiwilligensurvey – meine Vorrednerinnen sind schon darauf eingegangen – hat gezeigt, dass sich viele Ehrenämter mehr gesellschaftliche Anerkennung für ihr Engagement wünschen, und das passt, Frau Müller, nicht so zu Ihren Worten. Ich habe festgestellt, dass die Nachfrage für zum Beispiel eine Ehrenamtskarte oder mehr Anerkennung vorliegt. Es finden – Frau Föcking ging schon darauf ein – auch in Hamburg zahlreiche Anerkennungsfeiern für Ehrenämter statt, was aber fehlt, wäre hier ein kleiner Bonus für einige Bereiche.

(Beifall bei der FDP)

Dies sollte natürlich an bestimmte Bedingungen geknüpft sein.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Frau Kaesbach hat das Wort.

Martina Kaesbach FDP (fortfahrend): Die Bedingungen, die die GRÜNEN in ihrem Antrag genannt haben, unterstützen wir, denn es muss auch eine Messlatte vorliegen, die erst einmal erreicht werden sollte. Der Vorschlag der GRÜNEN, eine Ehrenamtskarte einzuführen, ist insofern aus unserer Sicht grundsätzlich eine gute Idee. Die Bezirksversammlung Wandsbek hatte in der letzten Legislaturperiode auf Antrag der FDP-Fraktion die Einführung der Ehrenamtskarte schon einmal beschlossen, aber die Umsetzung ist dann irgendwie auf der Strecke geblieben. Das mag damit zusammenhängen, dass man es mit einem hohen behördlichen Aufwand zu tun hat oder dass vielleicht nicht so viele Kooperationspartner gefunden worden sind. Wie so oft steckt der Teufel im Detail. In einigen Städten in Schleswig-Holstein und im Landkreis Harburg gibt es bereits eine solche Karte, aber die Erfahrungen aus diesen Beispielen lassen vermuten, dass ihre Einführung eben nicht so einfach und so schlank vorstättgeht.

(Beifall bei der FDP)

Die Vereine müssen nachweisen, dass die Bedingungen für die Inanspruchnahme tatsächlich erfüllt sind, und die zuständigen Behörden müssen die Karten mit viel Aufwand verwalten und Bonuspartner suchen. Wir sollten deshalb aus diesen Erfahrungen der anderen Bundesländer lernen, was wir in Hamburg besser machen können. Wie kann die

Umsetzung unbürokratischer gelingen, wie viel kostet sie überhaupt, und gibt es in Hamburg interessierte Bonuspartner, die sich beteiligen möchten? All diese Fragen sind aus unserer Sicht noch offen. Deshalb fordern wir den Senat in unserem Zusatzantrag auf, diesen Dingen auf den Grund zu gehen und sie zu klären. Ich bedauere, dass die SPD-Fraktion unserem Zusatzantrag, der eben ein Prüfantrag ist, nicht gleich zustimmt, aber mit der Überweisung des GRÜNEN-Antrags und unseres Zusatzantrags an den Sozialausschuss können wir auch gut leben. Ich freue mich dort auf die Diskussion.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke, Frau Kaesbach. – Frau Özdemir hat das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE: * Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass die gesellschaftliche Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements gestärkt werden muss. Wir können natürlich über die Frage diskutieren, wie man das macht. Wir wissen jetzt nicht genau, ob allein durch die Ehrenamtskarte diese Würdigung gestärkt werden kann. Für uns stellen sich hier einige Fragen: Wie wird die Karte von den Menschen in den Bundesländern angenommen, in denen das schon durchgeführt wird, zum Beispiel in Schleswig-Holstein und Niedersachsen? Wie wird diese Karte zum Beispiel von Migrantenselbstorganisationen angenommen und überhaupt von anderen Gruppen? Kann diese Karte auch andere Menschen motivieren, ehrenamtlich tätig zu sein? Und haben auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, die SGB-II-Leistungen beziehen, ein Recht auf diese Karte? Das sind Fragen, die wir gerne im Ausschuss klären würden, und deshalb finden wir es gut, dass beide Anträge überwiesen werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/10852 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist das überwiesen.

Wer möchte nun die Drucksache 20/10997 ebenfalls an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist das auch überwiesen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zu den Tagesordnungspunkten 66 und 68, Drucksachen 20/10885 und 20/10887, Anträge der FDP-

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

Fraktion: Zukunftssichere Finanzierung der Versorgungsansprüche der Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg und Reform des Pensionswesens der Hamburger Beamtinnen und Beamten.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Zukunftssichere Finanzierung der Versorgungsansprüche der Beamtinnen und Beamten der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH)
– Drs 20/10885 –]**

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Reform des Pensionswesens der Hamburger Beamtinnen und Beamten
– Drs 20/10887 –]**

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. – Frau Suding hat das Wort.

Katja Suding FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat Ihnen heute zwei Anträge vorgelegt, mit denen wir auch zwei Ziele verfolgen. Wir wollen zum einen auf ein gravierendes Problem bei der Versorgung unserer Beamten aufmerksam machen und zum anderen erste Lösungsansätze für dieses Problem anbieten, über die wir mit Ihnen allen in die Diskussion kommen wollen.

Das gravierende Problem sind die sehr hohen Ausgaben für die Versorgung der Hamburger Beamten, die aufgrund der Einstellungspolitik der Siebziger- und Achtzigerjahre in den nächsten zehn Jahren noch weiter wachsen werden. Das lässt sich an den absoluten Zahlen festmachen, die in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent auf heute 1,27 Milliarden Euro gestiegen sind. Das sieht man aber auch am wachsenden Anteil, den die Versorgungsausgaben an den Personalausgaben insgesamt haben. Laut Senat waren das 1985 20 Prozent, 2000 dann schon 26 Prozent und jetzt sind es 33 Prozent, Tendenz steigend. Leider sind in der Vergangenheit keine ausreichenden Rückstellungen für diese zu erwartenden Ausgaben gemacht worden, was für den aktuellen Haushalt eine ziemlich große Herausforderung ist. Aber wie sagte schon der römische Schriftsteller Plinius? "Bei Vergangenen können nicht einmal die Götter Hilfe leisten."

(Beifall bei der FDP)

Auf die Zukunft aber können wir Einfluss nehmen, und das, meine Damen und Herren, sollten wir auch unbedingt tun.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Versorgungsausgaben ungebremst weiter steigen und die Handlungsfähigkeit der Stadt massiv gefährden, denn ab 2019 greift die Schuldenbremse in

der Hamburger Verfassung und steigende Versorgungsausgaben können dann nicht mehr einfach so durch zusätzliche Kreditaufnahme finanziert werden. Gekürzt werden müsste künftig vor allem bei den freiwilligen Ausgaben, und das heißt im Klartext: keine kostenlose Kita, keine Sanierung des Planetariums, weniger Geld für Museen und Theater und noch weniger Geld für die Sanierung von Straßen und Brücken. Oder – das ist die andere Variante – man geht an die Substanz, so wie es der Senat im letzten Jahr gemacht hat, als er 317 Millionen an Vermögenswerten aus dem Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen an das Sondervermögen "Zusätzlicher Versorgungsfonds für die Altersvorsorge der Bediensteten der Freien und Hansestadt Hamburg" übertragen hat. Übertragen wurden aber natürlich keine liquiden Mittel. Um die übertragenen Mittel an die Versorgungsempfänger auszahlen zu können, müssen Immobilien oder Grundstücke der Stadt verkauft werden. Das geht an die Substanz und kann daher nur eine Notlösung gewesen sein, zumal diese Rücklagen auch nur einem Bruchteil der benötigten Mittel entsprechen. Dauerhaft kann und wird der Ausverkauf städtischer Vermögenswerte das Pensionsproblem also nicht lösen.

(Beifall bei der FDP)

Die viel zu niedrigen Rückstellungen der Stadt für Pension und Beihilfe hat meine Fraktion schon mehrfach kritisiert. Spätestens 2015, wenn der Haushalt komplett auf die Doppik umgestellt wird, muss der Senat zwangsläufig eine Anpassung vornehmen. Es gelten dann nämlich andere, viel realistischere Bilanzierungsregeln.

Der Rückstellungsbedarf wird im nächsten Jahr sprunghaft um mindestens 5,6 Milliarden Euro ansteigen, und diese Zahl habe ich mir nicht ausgedacht, der Senat hat sie uns in einer Großen Anfrage, Drucksache 20/5080, aus dem Jahr 2012 genannt. Durch das anhaltend niedrige Zinsniveau dürfte der Rückstellungsbedarf inzwischen allerdings sogar noch weit höher sein. Wir müssen uns also darauf einstellen, dass die Überschuldung der Stadt Hamburg im nächsten Jahr auf einen Schlag von jetzt 3,4 auf mindestens 10 bis 12 Milliarden Euro ansteigt. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber bei mir schrillen da die Alarmglocken, und das ziemlich laut.

(Beifall bei der FDP)

Was wir jetzt brauchen, ist ein kompletter Systemwechsel bei der Finanzierung künftiger Pensionsansprüche. Zwei ganz konkrete Vorschläge liegen Ihnen auf dem Tisch. Der erste, das ist die Drucksache 20/10887, soll den Anstieg der Pensionsausgaben dämpfen. Das starke Wachstum der Versorgungsausgaben ist nicht abzuwenden, wir können es aber abdämpfen. Die Leitlinie dabei muss sein, dass a) die Stadt die Versorgungszusage gegenüber ihren Beamten einhält und b) diese

(Katja Suding)

den verfassungsrechtlichen Mindestanforderungen auch entspricht. Seit der Föderalismuskommission I sind die Bundesländer für das Versorgungsrecht ihrer Beamten verantwortlich, und seitdem werden Reformen bei der gesetzlichen Rentenversicherung kaum noch auf die Beamten übertragen. Der durchaus sinnvolle Nachhaltigkeitsfaktor spielt bei den Pensionen in Hamburg jedenfalls keine Rolle. Zur Erinnerung: Der Nachhaltigkeitsfaktor passt die jährliche Rentenanpassung dem Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentenempfängern an. Ein weiterer Unterschied zwischen Pensionären und Rentnern: Bei den Pensionären werden Ausbildungszeiten von bis zu drei Jahren in voller Höhe auf die Pension angerechnet, bei Rentnern ist das nicht der Fall. Und noch etwas, wovon die Pensionäre profitieren: Als das Versorgungsniveau der Rentner abgesenkt wurde, schaffte man eine steuerliche Begünstigung der privaten Vorsorge, die Riester-Rente. Von dieser steuerlichen Begünstigung profitieren auch die Beamten, allerdings ohne eine vergleichbare Absenkung des Versorgungsniveaus. Überträgt man also die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Beamten, wird ihnen nicht etwa ein Sonderopfer zugemutet, es findet vielmehr eine Gleichbehandlung statt. Gerade weil die Pensionäre aus dem Steuersäckel bezahlt werden, also mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger, halte ich eine solche Gleichbehandlung nicht nur für angemessen, sondern sogar für zwingend geboten.

(Beifall bei der FDP)

Es ergeben sich also Spielräume zur Dämpfung der Pensionsausgaben. Klar sollte dabei aber auch sein, dass die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen den Anstieg der Versorgungsausgaben nicht stoppen, sondern nur um circa 10 bis 15 Prozent absenken können. Die Ausgaben werden also weiter steigen, nur nicht mehr so stark.

Unser zweiter Vorschlag, die Drucksache 20/10885, zielt darauf ab, die zukünftige Versorgung der Beamten nachhaltig zu sichern. Leider muss man sagen, dass die bisherige Rücklagenbildung in Hamburg nur der Tropfen auf dem heißen Stein ist, sie reicht bei Weitem nicht aus. Klar ist aber auch, dass eine Rücklagenbildung über neue Schulden dem Prinzip der Kapitaldeckung widerspricht und unsinnig ist. Das Gleiche gilt für den Erwerb eigener Landesschuldverschreibungen oder für den Kauf von Anleihen des Bundes oder der Länder; eine Rendite ist daraus kaum zu erwirtschaften. Wir schlagen daher eine echte Rücklagenbildung vor, und zwar sobald die Stadt keine neuen Schulden mehr macht, und das ist laut Schuldenbremse in der Verfassung spätestens 2019 der Fall. Wir brauchen einen unabhängigen Versorgungsfonds, auf den die Stadt kein Zugriffsrecht hat, mit Ausnahme natürlich für die Entnahme von Pensionen und Beihilfezahlungen. Für jeden neu eingestellten Beamten zahlt die Stadt

künftig jedes Jahr in diesen Fonds die Summe ein, die für seine oder ihre zu erwartende Pensions- und Beihilfeleistung benötigt wird.

Ein gutes Beispiel für einen solchen Generationenfonds ist Norwegen. Dort existiert ein solcher Fonds bereits seit 1996.

(Jan Quast SPD: Ja, die haben auch Ölvorkommen! Wenn wir auch ein paar Ölquellen entdecken! Selbst in Bergedorf haben die nicht so viel Öl!)

Er ist sehr breit in Aktien angelegt, fast ausschließlich im Ausland. Die Unternehmen und die Anleihen sind nach ganz strengen Grundsätzen ausgewählt. Die Anlagestrategie unterliegt dabei hohen ethischen, sozialen und ökologischen Standards.

Meine Damen und Herren! Mein dringender Appell ist, dass wir uns abgewöhnen, immer nur den nächsten Doppelhaushalt in den Blick zu nehmen. Wir wissen doch genau, was bei den Pensionszahlungen in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommt. Aus der Gegenwart können wir sehr gut auf die Zukunft schließen, und deshalb müssen wir hier sehr langfristig denken.

(Beifall bei der FDP)

Mit unseren Anträgen liegen Ihnen nun ganz konkrete Vorschläge für eine nachhaltige und zukunftssichere Beamtenversorgung vor, und ich bin froh, dass die SPD sich entschlossen hat, wenigstens unseren Antrag zum Versorgungsfonds an den Ausschuss zu überweisen, auch wenn es natürlich viel besser gewesen wäre, auch unseren Antrag auf Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors zu überweisen. Ich bedauere ein bisschen, dass Sie da nicht mehr Mut gehabt haben, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der FDP)

Dennoch ist es gut, dass wir über dieses Thema weiter beraten können. Wir sind uns einig, Herr Quast, dass eine Expertenanhörung im Ausschuss der richtige Weg ist. Dort können wir dann mit allen Beteiligten, den Beamten und auch mit Wissenschaftlern sprechen. Und wenn die anderen Fraktionen unseren Vorschlägen nicht oder noch nicht ganz folgen wollen, dann sollten Sie in den Beratungen eigene Vorschläge machen. Den Kopf in den Sand zu stecken nach dem Motto "Nach mir die Sintflut" ist keine Option, das wäre verantwortungslos.

(Beifall bei der FDP)

Nur wenn wir die Versorgungsausgaben bremsen und sie auch nachhaltig finanzieren, können wir sicherstellen, dass die Stadt auch morgen noch handlungsfähig ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Quast hat das Wort.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es gut, dass Sie schon darauf hingewiesen haben, dass wir dieses Thema ohnehin mithilfe einer Expertenanhörung vertiefen und beraten wollen. Das haben wir bereits im vergangenen Jahr beschlossen. Insofern war es nicht unbedingt nötig, dass die FDP uns noch einmal auf diese auf uns zukommende Problematik hinweist. Sie haben das Problem relativ zutreffend beschrieben, auch wenn wir nicht jede Schlussfolgerung, die Sie ziehen, so teilen wollen.

Auf den Hamburger Haushalt kommen in den nächsten Jahren erhebliche Zahlungen für Pensionen und Zusatzversorgung zu. Die Zahl der Versorgungsempfänger wächst, insbesondere aufgrund der hohen Einstellungszahlen in den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts. Voraussichtlich 2019 wird ein Höchststand mit gut 64 000 Personen in Pension und Zusatzversorgung erreicht, der uns fast das ganze nächste Jahrzehnt auf diesem hohen Niveau erhalten bleibt. Diese Situation, an der wir heute nichts mehr ändern können, wird uns vor erhebliche finanzielle Herausforderungen stellen, die wir zu bewältigen haben werden. Es stellt sich die Frage, wie wir uns für die Zukunft vorbereiten; darauf werde ich gleich eingehen.

Zuvor, Frau Suding, möchte ich aber erst einmal trennen zwischen der bilanziellen Darstellung, für die dramatische Änderungen geschildert werden, und der für uns zuvorderst relevanten Frage, wie wir tatsächlich die Versorgungsleistungen werden zahlen können, also welche Liquidität wir dafür brauchen. Die Bilanz des Konzerns Hamburg hat Bewertungsmaßstäbe angelegt und Informationen genutzt, wie sie uns bisher zur Verfügung standen beziehungsweise wie sie bislang rechtlich vorgegeben sind. Das wird sich ändern, weil es zum Beispiel hinsichtlich des heranzuziehenden Zinssatzes aufgrund der Zinsentwicklung in den letzten Jahren einen niedrigeren Bewertungzinssatz geben wird, der dazu führt, dass insgesamt die Pensionsrückstellungen mit höheren Ansätzen gebildet werden müssen. Sie haben die Zahl genannt, die auch der Finanzsenator im Geschäftsbericht für 2012 schon genannt hat, nämlich rund 5 Milliarden Euro zusätzlich. Außerdem müssen und werden wir ein versicherungsmathematisches Gutachten durchführen, weil wir dank des neu eingeführten Strategischen Haushaltswesens eine Bilanz haben werden – ab 2015 verbindlich –, die dann immer auch die Pensionsrückstellungsbedarfe und die Höhe der Zuführungen aufzeigen muss. Damit werden wir ein neues Instrument bekommen, das uns sehr viel genauer als bisher sagen wird, wie hoch eigentlich die tatsächlichen Pensionsrückstellungen sind, die wir bilden müssen. Insofern ist das eine

neue Qualität, die wir aufgrund des SNH erreichen werden.

Von dieser bilanziellen Darstellung, die zunächst keine Auszahlungen mit sich bringt, müssen wir die in den kommenden Jahren tatsächlich anstehenden Versorgungszahlungen unterscheiden, und zwar unterscheiden im Hinblick auf den Liquiditätsbedarf. Deren Entwicklung ist schon geeignet, uns Sorgen zu machen. Wir haben das übrigens auch in der Vergangenheit schon getan. In der 16. Wahlperiode haben Bürgerschaft und Senat sich Gedanken gemacht. Frau Dr. Stapelfeldt, damals noch Abgeordnete, hat sich sehr dafür eingesetzt, dass wir verschiedene Versorgungsrücklagen schaffen. 1999 wurde erstmals eine Versorgungsprognose erstellt, 1998 eine Versorgungsrücklage gebildet, in die seitdem die lineare Anpassung der Beamtenbezüge eingezahlt wird. Im Jahr 2000 wurde ein zusätzlicher Versorgungsfonds eingerichtet, in dem seitdem die Einsparbeträge aufgrund der Verbeamtung von Lehrern und Lehrerinnen in den Jahren 1997 bis 1999 einfließen. Anders als ursprünglich zulässig und vorgesehen, sind aus diesen beiden Sondervermögen bislang keine Entnahmen erfolgt; die Versorgungszahlungen wurden aus den laufenden Einnahmen finanziert. Daneben haben wir noch das Sondervermögen für die Zusatzversorgung, in das die Angestellten der Stadt monatlich einzahlen. Und gerade einmal vor zwei Monaten – das müsste Ihnen noch in Erinnerung sein – haben wir 370 Millionen Euro aus dem Grundstock für Grunderwerb in den zusätzlichen Versorgungsfonds übertragen. Wir machen unsere Hausaufgaben also und wir haben Vorsorge getroffen. Insgesamt stehen in diesen Sondervermögen fast 1 Milliarde Euro an Liquidität zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD – *Finn-Ole Ritter FDP:* Wie ist denn die Aussicht, wie viel man braucht?)

Diese Mittel – Herr Ritter, dazu komme ich noch, einfach weiter zuhören –,

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Schneller, schneller!)

diese fast 1 Milliarde Euro an Liquidität wollen wir dafür einsetzen, um – ich zitiere die Drucksache 20/9661, weil es so schön klingt – "den Versorgungsberg zu untertunneln", der sich am Ende dieses Jahrzehnts auftürmt. Das heißt, es ist kein Tropfen auf den heißen Stein, sondern es ist richtig Geld da, um überdurchschnittliche Versorgungsbelastungen auszugleichen. Dieser 1 Milliarde Euro stehen bis etwa 2036 rund 850 Millionen Euro an struktureller Mehrbelastung des Haushalts für Versorgung und Beihilfe gegenüber, davon gehen wir heute jedenfalls aus.

(*Katja Suding FDP:* Ohne Tarifsteigerungen!)

(Jan Quast)

Inwieweit die Prognose dann tatsächlich stimmt, werden wir wissen, wenn wir das versicherungsmathematische Gutachten vorliegen haben.

Sie sehen also, wir handeln für die Zukunft. Und das tun wir nicht nur bei der Frage der Liquidität, sondern wir haben mit der Umstellung auf das Strategische Neue Haushaltswesen auch die grundsätzliche Entscheidung getroffen, uns zukünftig schon bei der Haushaltsaufstellung und -bewirtschaftung Gedanken darüber zu machen, welcher Aufwand eigentlich künftig durch Pensionen und Zusatzversorgung entsteht. Das muss Jahr für Jahr verbucht werden, und erst, wenn dieser Aufwand einem entsprechenden Ertrag gegenübersteht, wird der Haushalt doppisch ausgeglichen sein. Wir machen also auch dort unsere Hausaufgaben und versuchen, in der Zukunft die Fehler zu vermeiden, die in der Vergangenheit gemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen den Anträgen der FDP doch eher ablehnend gegenüber, das muss ich sagen.

(*Robert Bläsing FDP*: Das ist überraschend!
– *Dirk Kienscherf SPD*: Er hat gerungen!)

Es wäre unsinnig, einen weiteren Versorgungsfonds einzurichten, wie es im Antrag steht, weil es natürlich Quatsch ist, über Schulden Rückstellungen zu finanzieren, für die wir teure Zinsen zahlen und kaum etwas bekommen. Das macht keinen Sinn, haushaltstechnisch nicht und auch fiskalisch nicht.

(*Katja Suding FDP*: Das habe ich ganz anders dargestellt!)

– Sie haben es jetzt noch einmal etwas anders dargestellt als im Antrag.

Ich frage mich auch, ob es betriebswirtschaftlich oder volkswirtschaftlich Sinn macht, wenn wir tatsächlich ein neues Sondervermögen in voller Höhe der Pensionsbedarfe bilden würden. Es geht doch immer nur darum, was man pro Jahr auszahlen muss. Insofern ist es aus meiner Sicht auch nicht nachvollziehbar, Rückstellungen in dieser vollen Summe zu bilden, wie Sie es dargestellt haben. Das hilft uns in Wirklichkeit nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl überweisen wir den Antrag, weil wir die Anhörung durchführen wollen, und da sollen Sie gerne die Gelegenheit bekommen, die dann gültige Variante Ihres Antrags noch einmal vorzustellen. Dann können wir weiter darüber beraten.

Den zweiten Antrag, der auf eine Kürzung der Beamtenpensionen hinausläuft, werden wir allerdings, das will ich ganz deutlich sagen, hier und heute ablehnen. Ihr Ansinnen ist nicht nur verfassungsrechtlich im Hinblick auf die Pflichten des Dienstherrn gegenüber den Beamten und im Hin-

blick auf das Alimentationsprinzip bedenklich, sondern auch im Wettbewerb um die besten Köpfe nicht förderlich. Wir wollen den Verwaltungsnachwuchs auch weiterhin gewinnen können. Das wird sicherlich mit einem Vorgehen, wie Sie es hier vorschlagen, nämlich einer Kürzung der Beamtenpension, nicht gehen. Wir glauben auch, dass die Beamten sich durch ihre Arbeit ihre Pension verdient haben. Das ist ja kein Almosen, sondern das ist der Lohn für eine lebenslange Leistung,

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Bei der gesetzlichen Rente geht das!)

und wir, die wir Verantwortung tragen, Herr Ritter, haben sicherzustellen, dass dort eine verlässliche Altersversorgung funktioniert. Deswegen lehnen wir das ab.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Kleibauer hat das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir möchten noch einmal betonen, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt; viele Zahlen sind schon genannt worden zum Thema Pensionsbelastung. Wir unterstützen ausdrücklich die Überweisung an den Haushaltsausschuss und eine intensive Befassung mit diesem Thema.

Eine solche Befassung machen wir nicht zum ersten Mal. Herr Quast hat auf die regelmäßige Berichterstattung seit 1999 hingewiesen, die dann natürlich ab 2001 von der Qualität und der Prognoseaussagekraft deutlich besser wurde.

(Beifall bei *Hans-Detlef Roock CDU* – *Jan Quast SPD*: Natürlich!)

Diese Berichterstattung führt eindrucksvoll vor Augen, welche Entwicklung wir vor uns haben, und zwar einen überproportionalen Anstieg bei den Versorgungsausgaben, der anderen Politikfeldern Handlungsspielräume nehmen kann; Frau Suding hat zu Recht darauf hingewiesen. Und wenn man sich den Gesamthaushalt ansieht, dann haben wir in den letzten Jahren natürlich enorm davon profitiert, dass ein anderer Belastungsfaktor nicht ganz so groß ausgefallen ist, nämlich die Zinsen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Die Kreditzinsen!)

Wir haben seit vielen Jahren rückläufige Zinsen und sind jetzt auf einem niedrigen Niveau. Keiner erwartet, dass sich das ganz schnell dreht, aber so ist natürlich ohne unser Zutun eine große Manövriermasse im Haushalt entstanden. Gerade deshalb kann, wenn wir bei den Zinsen keinen weiteren Rückgang haben, ein überproportionaler Anstieg bei den Pensionen zu einer starken Belastung führen. Die Berichte sagen, dass der vor uns

(Thilo Kleibauer)

liegende Berg bis in die Jahre 2020 bis 2023 deutlich wachsen wird.

Es ist richtig – und das war auch die Politik der letzten zehn Jahre –, dass wir in Hamburg auf das Thema Bilanzierung und Doppik setzen und so die Belastungen, die in den Siebziger- und Achtzigerjahren entstanden und in die Zukunft geschoben worden sind, transparent werden.

Es ist in den letzten zwölf, dreizehn Jahren auch einiges passiert im Bereich Versorgungsrücklagen und Sondervermögen. Es ist in der Tat richtig, dass das sicherlich nicht ausreichend ist. Vorsorge kann man immer treffen und das kann man auch noch stärker tun, Herr Quast. In dem Punkt würde ich den Antrag nicht als Quatsch bezeichnen, auch nicht mit den Präzisierungen, die Frau Suding vorgetragen hat. Aber da ist der Weg in die richtige Richtung schon eingeschlagen worden, und den kann man sicherlich noch konkretisieren und erweitern.

Führen Sie sich noch einmal das Thema Aufstockung der Versorgungsrücklagen durch den Grundstock vor Augen. War das eine große Leistung? Sie haben die Reserveposition A in die Reserveposition B geschoben, nichts anderes ist es. Da kann man natürlich sagen, dass wir 300 Millionen Euro Vorsorge haben, aber dafür fehlen im Grundstock 300 Millionen Euro. Das ist ein bisschen linke Tasche, rechte Tasche. Das wäre das Gleiche, wenn Sie privat ein Sparsbuch hätten, das bislang gedanklich immer für die Küche vorgesehen war, und Sie jetzt sagen würden, in zwei Jahren bezahlen Sie Ihr Auto damit. Es ist richtig, dass wir Vorsorge treffen. Es ist richtig, dass wir die Sondervermögen, die Versorgungsrücklagen aufstocken. Aber nur diese Umbuchung, die wir in diesem Haus, wenn ich mich richtig entsinne, einstimmig beschlossen haben, kann es nicht sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Jan Quast SPD: Was wäre die Alternative?*)

Die Einrichtung der Sondervermögen ist immer per Gesetz beschlossen worden. Es wird dann interessant, wenn es in die Entnahmephase kommt. Im Moment steht im Gesetz, dass ab 2018 auf die Versorgungsrücklage zugegriffen werden kann, das wäre genau der Zeitraum, den die Finanzbehörde untertunneln will. Das ist insofern interessant, als die Mehrheit dieses Hauses dann per Haushaltsbeschluss oder Gesetzesänderung festlegen kann, wieviel entnommen werden kann. Die Frage ist – und da habe ich meine Zweifel –, ob man wirklich unabhängige Fonds einrichten kann, auf die wir dann überhaupt keinen Zugriff mehr haben. Das finde ich ein bisschen problematisch.

Das Beispiel Norwegen ist auch ein bisschen problematisch. In Norwegen ist der Fall anders. In Norwegen stehen zwar auch Belastungen in der Zukunft an, aber die haben enorme Einnahmen

aus der Vergangenheit – Stichwort Öl –, die sie erst einmal parken können. Wenn wir in Hamburg größere Ölquellen entdecken, wäre ich auch sehr dafür, dass wir das Geld nicht sofort verkonsumieren, sondern damit Vorsorge treffen. Das Beispiel Norwegen hinkt also etwas.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem zweiten Antrag. Sie sprechen von einem Systemwechsel. Systemwechsel hört sich immer gut an, aber so, wie Sie es schreiben, wäre es eine massive Niveauabsenkung. Und da können wir Ihnen nur sagen: Wir wollen Beamte und Angestellte nicht gegeneinander ausspielen. Wir sollten – ich denke, das ist in weiten Teile dieses Hauses Konsens – ein großes Interesse daran haben, dass beide Systeme, sowohl die Altersversorgung für die Angestellten als auch die Altersversorgung für die Beamten, verlässliche, stabile und leistungsfähige Systeme bleiben. Das sollte unser Hauptinteresse sein.

Das Problem, das wir diskutieren, haben nicht die Beamten verursacht, das Problem haben nicht die Pensionäre verursacht, sondern das Problem hat die Politik in den Siebzigerjahren verursacht. Auch deshalb macht es keinen Sinn zu sagen, wir setzen den Weg der Absenkungen, die es im Beamtenbereich sowohl in Hamburg als auch in anderen Bundesländern durchaus gegeben hat, einfach weiter fort.

Wir sind sehr dafür, beide Anträge an den Haushaltsausschuss zu überweisen und freuen uns auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Bill hat das Wort.

Martin Bill GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nachdem alle Debatteanmeldungen, zu denen ich reden sollte, allabendlich gestrichen wurden, jetzt doch einmal eine Debatte, die stattfindet. Mit einem kleinen Augenzwinkern dafür vorweg ganz unsachlich und persönlich an die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion einen herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Katja Suding FDP: Sehr gerne!*)

In der Sache scheint mir der erste Antrag hinsichtlich der personengebundenen Rückstellungen für eine ganz große Debatte nicht geeignet. Grundsätzlich, das muss man vielleicht einmal feststellen, ist es so, dass diese Pensionsverpflichtungen seitens des Staats bestehen. Die Pensionen wurden in der Vergangenheit gezahlt, und ich gehe davon aus, dass sie auch in der Zukunft gezahlt werden, unabhängig davon, welcher Senat regiert.

(Martin Bill)

(Beifall bei den GRÜNEN – *Finn-Ole Ritter FDP*: Viel Vertrauen in den Senat!)

Klar ist auch, und das haben beide Anträge anschaulich gezeigt, dass wir eine große Aufgabe vor uns haben. Die Aufgabe ist riesig, da kann man mit Faktoren und Milliarden hin und her jonglieren wie man will. Wir alle wissen, sie ist aufgrund der einstellungsintensiven Jahrgänge in der Vergangenheit entstanden, und das Pik wird uns wahrscheinlich Anfang der Zwanzigerjahre erreichen.

Die Frage, die Sie mit Ihrem Vorschlag versuchen zu lösen, ist, wie wir es hinkommen, dieses Problem in der Zukunft zu lösen. Wie bekommen wir eine nachhaltige Beamtenfinanzierung, vielleicht sogar einen Systemwechsel zu einer nachgelagerten Finanzierung hin? Dazu haben Sie Vorschläge gemacht, die es lohnt, im Ausschuss zu beraten. Wenn jetzt angekündigt wurde, eine Expertenanhörung zu diesem Thema zu machen, ist das sicherlich der richtige Weg, denn es sind noch viele Fragen offen. Sie haben beispielsweise in der Presse und auch in Ihrer Rede gesagt, dass dieser Systemwechsel erst erfolgen sollte, wenn die Schuldenbremse greift. Da frage ich mich, wieso Sie das denn nicht gleich in Ihren Antrag hineingeschrieben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Der zweite Antrag hinsichtlich des Nachhaltigkeits- und Demografiefaktors bringt meiner Meinung nach wesentlich mehr Zündstoff in die Debatte. Mir scheint, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie haben immer noch ein altes, längst überholtes Klischee im Kopf, denn der Nachhaltigkeitsfaktor bedeutet schlicht, dass das Pensionsniveau abgesenkt werden soll. Ihr Antrag vermittelt den Eindruck, wir hätten Beamtinnen und Beamte, die nach acht Stunden Dienst nach Vorschrift ihre Bleistifte fallen lassen und sich nach Ende ihres Arbeitslebens mit ihren hohen Pensionen auf Staatskosten ein schönes Leben machen.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Das ist jetzt an Ihre Wähler gerichtet!)

Da können Sie mich staatstragend nennen, ich finde aber, dieses Bild ist falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das sollte man immer wieder betonen. Und ich finde auch, dass wir dieses Bild den Stammtischen überlassen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich mache nun seit zehn Jahren Politik, immer im engen Austausch mit Beamtinnen und Beamten dieser Stadt, und kann Ihnen sagen, die sind hoch-

engagiert, alles andere als faul und scheuen keinesfalls Überstunden.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Wer sagt das denn?)

– Das deuten Sie in Ihrem Antrag an.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Haben Sie die Deutungshoheit, oder was?)

Die Beamtinnen und Beamten, das muss man auch einmal sagen, sind alles andere als übermäßig bezahlt im Vergleich mit dem privaten Sektor. Es ist nicht so, dass jeder Beamte kurz vor Ende seines Berufslebens noch zum Polizeipräsidenten befördert wird.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir haben heute viel über Schulpolitik gesprochen. Lehrerinnen und Lehrer haben zwei Staatsexamina, gehen oft mit A13 in den Schuldienst, arbeiten 30 bis 40 Jahre, gehen mit A13 wieder aus dem Schuldienst heraus und haben dann – das haben Sie richtig geschrieben – 71,75 Prozent Pensionsniveau. Denken Sie auch an die ganzen Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes in den Besoldungsgruppen A6, A7 und A9. Das sind Männer und Frauen, die hochengagiert beispielsweise als Sachbearbeiter in der Verwaltung arbeiten oder als Brandmeister oder Brandmeisterin im Feuerwehrdienst. Da pauschal zu sagen – und genau das suggeriert der letzte Satz Ihrer Lyrik –, die würden zu viel verdienen, ist, freundlich ausgedrückt, eine These. Man könnte auch sagen, das ist schlicht falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ein weiterer wichtiger Punkt wurde angesprochen: Der Staat ist immer im Wettbewerb um hochqualifizierte Nachwuchskräfte. Wenn wir jetzt den Beamtinnen und Beamten sagen, wir wüssten noch nicht, was sie einmal an Pensionen bekämen, dann ist das kein Faktor, der im Wettbewerb punktet.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Grundsätzlich finde ich den Gedanken der Gleichbehandlung der Systeme, den Sie in Ihrem Antrag vorgestellt haben, richtig und sehr verlockend. Man muss nur eben auch schauen, dass man Gleiches mit Gleichem behandelt. Wir haben nun einmal die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamten-tums, und die unterscheiden sich eben in vielen Bereichen von der Wirtschaft. Wenn man jetzt sagt, und da könnte man gerne einmal ins Detail gehen, was ein Nachhaltigkeitsfaktor und ein Demografiefaktor bedeuten, dann frage ich mich zum Beispiel erst einmal, welche Bezugsgrößen Sie da eigentlich einrichten wollen. Ist es die Bezugsgröße aktive zu ruhenden Beamten, oder ist es viel-

(Martin Bill)

leicht die Bezugsgröße ruhende Beamte zu Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern? Die entscheidende Frage ist, und auch die beantworten Sie in Ihrem Antrag nicht, welche konkrete Höhe an Versorgungsbezügen am Ende herauskommt. Sie schreiben selbst in Ihrem Antrag – er wird leider nicht überwiesen, denn sonst hätten wir das auch einmal die Expertinnen und Experten fragen können –, man müsse die verfassungsrechtlichen Grenzen des Berufsbeamtentums einhalten, weil auch eine deutliche Absenkung des Pensionsniveaus möglich sei. Da frage ich mich doch, was Sie den Beamtinnen und Beamten eigentlich in genauen Zahlen zumuten wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Guten Tag, meine Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! 1991 ging ein Hamburger verbeamteter Berufsschullehrer in Pension. Er tat das nach 38 ruhegehaltstfähigen Dienstjahren auf eigenen Antrag im Alter von 63 Jahren. Seine damalige Bruttopension betrug etwas über 4000 Euro. Ein Berufsschullehrer mit der gleichen Erwerbsbiografie, der 2011 in Ruhestand ging, durfte noch mit 3100 Euro Pension rechnen. Sein Kollege, der 2031 in Ruhestand geht, wird mit 2715 Euro auskommen müssen – immer bei derselben Erwerbsbiografie. Warum beginne ich meinen Beitrag mit diesen Zahlen? Weil ich deutlich machen will, dass die Forderung der FDP in ihren zur Debatte stehenden Anträgen zur Reform des Pensionswesens leider schon heute Realität für viele Pensionärinnen und Pensionäre ist. Wir halten diese Realität für schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Konzepte, die die FDP uns hier zur Reform des Pensionswesens offeriert, machen deutlich, dass Sie offenbar aus Ihrer Wahlniederlage im letzten September nichts gelernt haben. Sie setzen immer noch allein und ausschließlich auf Privatisierung und Deregulierung.

(Finn-Ole Ritter FDP: Deregulierung der Rente, oder was?)

Zu Recht weisen Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter in dieser Woche darauf hin, dass die FDP immer wieder die Pensionen von Beamtinnen und Beamten in den Fokus nimmt, wenn ihr die sonstigen politischen Themen ausgehen. Ich will nicht verschweigen, dass DIE LINKE gänzlich andere rentenpolitische Vorstellungen als alle anderen hier vertretenen Parteien hat.

(Katja Suding FDP: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir stehen für eine solidarische Rentenversicherung, was unter anderem heißt, den Kreis der Pflichtversicherten etwa auch um die Beamtinnen und Beamten zu erweitern,

(Beifall bei der LINKEN)

die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben und mittelfristig gänzlich abzuschaffen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Sehr guter Vorschlag!)

Könnten Sie ein bisschen leiser reden? Ich störe Sie wahrscheinlich, oder?

(Finn-Ole Ritter FDP: Sie stören mit Ihrem Beitrag!)

Das würde automatisch zu mehr Beitragseinnahmen bei der gesetzlichen Rentenversicherung führen. Das ist eine ganz andere Strategie als das, was die FDP in ihrem Antrag vorschlägt. Es müsste doch auch der FDP klar sein, dass die Anlage von Geldern für Pensionen in Versorgungsfonds ganz neue Risiken schafft. So hat etwa das Land NRW für die Versorgungsrücklage 2004 und 2005 griechische Staatsanleihen zu einem Nennwert von 332 Millionen Euro gekauft. Zurückgeflossen sind daraus 2012 164 Millionen Euro. Das soll keine generelle Absage an Staatsanleihen sein, aber Fakt ist, dass es aus unserer Sicht überhaupt nicht geht, die Versorgungsrücklagen für die Beamtinnen und Beamten den Risiken der internationalen Finanzmärkte auszusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kann doch wirklich niemand wollen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Sie haben eben ein sehr gutes Beispiel gewählt!)

Offenbar sind an der FDP auch alle Anpassungen der Beamtenversorgung in den letzten Jahren vorbeigegangen – Fragezeichen. 2013 und 2014 zahlten die Beamtinnen und Beamten 0,2 Prozent ihrer Besoldungserhöhung in das Sondervermögen Versorgungsrücklage ein. Zudem lassen sich Renten- und Pensionsberechnungen nur bedingt miteinander vergleichen. Es hilft also nicht weiter, Stammtischparolen zu bedienen, wie die FDP es hier teilweise tut.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE erkennt natürlich auch an, dass die Finanzierung der Versorgungsansprüche der Beamtinnen und Beamten schwierig ist.

(Finn-Ole Ritter FDP: Wie ist Ihr Vorschlag denn? Alle müssen einzahlen!)

– Das habe ich schon gesagt, dann müssten Sie zuhören.

Schuld daran ist aber zum einen eine insgesamt falsch aufgestellte Rentenversicherung und zum anderen natürlich, und das kann ich Ihnen zum Schluss nicht ersparen, die Schuldenbremse, die

(Christiane Schneider)

unsere Stadt auch der letzten finanziellen Steuerungsinstrumente beraubt.

Fazit: Wir werden insgesamt weder den Anträgen noch den Überweisungsbegehren zustimmen, da sie nur darauf ausgerichtet sind, die Beschäftigten weiter zu belasten. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Suding hat das Wort.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal vielen Dank für die Debatte. Für uns war es gut, einen Eindruck zu bekommen, und es war auch in weiten Teilen hilfreich und konstruktiv bis vielleicht auf den Beitrag der LINKEN, den ich als eine Totalverweigerung ansehe. Das finde ich schade, zumal auch Sie gesagt haben, dass Sie das Problem erkannt haben.

(Beifall bei der FDP)

Da hätte ich dann wenigstens den Ansatz eines Lösungsvorschlags oder die Bereitschaft zu einer Debatte im Ausschuss erwartet, aber gut.

(Zurufe von der LINKEN – *Finn-Ole Ritter FDP:* Das Niveau ist konstant niedrig!)

Es ist viel darüber gesprochen worden, was Beamte und was Angestellte am Ende bekommen. Ich möchte nur kurz ein Beispiel zitieren aus einer Großen Anfrage, die wir gestellt haben, Drucksache 20/3005, Seite 44. Wir haben einmal abgefragt, welche Beamtenpension beziehungsweise welche Altersversorgung ein verbeamteter und ein angestellter Gymnasiallehrer, die jeweils 40 anrechenbare Dienstjahre hinter sich haben, die zu gleichen Konditionen eingestellt wurden und auch auf eine gleiche Beförderungslaufbahn zurückblicken können, bekommen. Und da sehen wir, dass das bei gleicher Tätigkeit doch ein riesengroßer Unterschied ist. Da bekommen die Beamten je nach Steuerklasse zwischen 2800 und 3800 Euro ausgezahlt, müssen daraus allerdings, das will ich zugestehen, noch die Beiträge für die private Krankenversicherung bezahlen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Suding, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Sudmann?

Katja Suding FDP: Ja, bitte.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE:* Vielen Dank. – Sie haben gerade den Unterschied zwischen Beamten und Angestellten beschrieben. Deswegen war der Vorschlag der Links-Fraktion, dass alle, auch die Beamten und Beamtinnen, in

die Rentenversicherung einzahlen. Also sind Sie auch dafür, habe ich das jetzt richtig verstanden?

Katja Suding FDP: Dass was bitte?

Heike Sudmann DIE LINKE: Wenn die Beamtinnen und Beamten, die heutzutage nicht in die Rentenversicherung einzahlen, auch einzahlen würden, dann fiel diese Ungleichbehandlung zwischen Angestellten und Beamten weg. Also sind Sie auch für den Vorschlag der Links-Fraktion?

Katja Suding FDP (fortfahrend): Nein, aber wir können andere Wege finden, und die haben wir hier jetzt genau vorgestellt. Wenn Sie zugehört hätten, Frau Sudmann, dann hätten Sie sich diese Frage auch selbst beantworten können.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe Ihnen dargestellt, dass der verbeamtete Gymnasiallehrer am Ende zwischen 2800 und 3800 Euro bekommt und daraus die Beiträge für die private Krankenversicherung zahlt. Derjenige, der angestellt war, bekommt nur zwischen 2200 und 2600 Euro. Das ist ein riesengroßer Unterschied, und ich weiß nicht, wie man da nur annähernd von Gleichbehandlung sprechen kann. Da müssen wir ganz dringend ran. Da sollten Sie alle dann auch weniger auf die Lobbyistengruppen hören, sondern primär auf die Fakten schauen, und das sollte der SPD leichtfallen, denn die Zahlen kommen schließlich von ihrem eigenen Senat. Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Jetzt geht er auf den Vorschlag der LINKEN ein!)

Jan Quast SPD: Liebe Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Beispiel ist so richtig schlecht gewählt, wenn man die Debatte über Beamte und Angestellte führt, weil genau da natürlich deutlich wird, dass wir als Land Hamburg im Wettbewerb um gute Lehrer stehen. Wir haben in den letzten Jahren viele hundert Lehrer zusätzlich eingestellt, weil wir eine gute Schulpolitik machen und kleine Klassen wollen. Sie bekommen gar keine Lehrer als Angestellte. Wir haben das abgeschafft, das Experiment gab es einmal, und auch die anderen Länder haben es abgeschafft. Deswegen zieht Ihr Beispiel nicht, deswegen beraten wir weiter und deswegen ist es auch vernünftig, die Debatte nicht auf dieses Niveau zu bringen und Beamte und Angestellte gegeneinander auszuspielen. Das hilft uns nicht weiter.

(Jan Quast)

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN – *Arno Münster SPD: Bravo!*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer zunächst einer Überweisung der Drucksache 20/10885 an den Haushaltsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag an den Haushaltsausschuss überwiesen.

Wer sodann die Drucksache 20/10887 ebenfalls an den Haushaltsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen. Zur Abstimmung steht der FDP-Antrag aus Drucksache 20/10887.

Wer sich diesem anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen dann zu Punkt 18 der heutigen Tagesordnung, Drucksache 20/10785, der Unterrichtung durch die Präsidentin: Tätigkeitsbericht 2013 und erste Arbeitsempfehlungen zu den Beratungsaufgaben 2013 des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Tätigkeitsbericht 2013 und erste Arbeitsempfehlungen zu den Beratungsaufgaben 2013 des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (Drs. 19/2896 und 19/4403)
– Drs 20/10785 –]**

Ich hoffe, dass diejenigen, die an der Debatte interessiert sind, mich jetzt trotzdem verstehen können, obwohl es im Augenblick ziemlich laut ist. Die Fraktionen der SPD und der FDP möchten diese Drucksache an den Europaausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE hat diesen Tätigkeitsbericht hier nicht angemeldet, um ihn zu diskutieren,

(*Arno Münster SPD: Weil ihr ja nicht da ward!*)

sondern wir werden ihn an den Ausschuss überweisen, wo regelmäßig und gut darüber beraten wird, was im Tätigkeitsbericht gemacht worden ist. Ich möchte Sie auf etwas viel Wichtigeres hinwei-

sen, denn im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht ist der Vorstand des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik geschlossen zurückgetreten. Dieser Vorstand setzte sich aus verschiedenen wichtigen und aktiven Personen dieser Stadt zusammen, die einen Namen in der Entwicklungspolitik haben und die sowohl von der SPD als von der LINKEN und auch von der Senatskanzlei vorgeschlagen worden sind. Dementsprechend ist dieser Umstand ein Punkt, der unbedingt öffentlich debattiert werden muss und der vor allen Dingen natürlich ins Mark der SPD trifft. Deswegen bin ich gespannt auf Ihre Antwort.

(Beifall bei der LINKEN)

Was schreibt der Vorstand des Rates zu seinem Rücktritt? Er schreibt – ich zitiere aus dem Rücktrittsschreiben –:

"Der in uns gewachsene Eindruck, dass die Erwartungen und Zielvorstellungen, die mit der Neuberufung eines Beraterkreises für entwicklungspolitische Themen im Sommer 2010 und dessen Bestätigung durch die neue Landesregierung [den SPD-Senat] im Sommer 2011 signalisiert wurden, leider in vielen Bereichen zunehmend weniger gemeinsames Verständnis finden, nicht zuletzt weil entwicklungspolitische Themen im derzeitigen Senat offenbar auf wenig Interesse stoßen."

Das hat die Mitglieder des 2010 gewählten Vorstands zu der Entscheidung gebracht, mit Übergabe des vierten Jahresberichts den Hamburger Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik zu verlassen, um sich künftig in anderer Weise an den Zukunftslösungen globaler Fragen in der internationalen Kooperation Armutsbekämpfung und soziale Gerechtigkeit zu beteiligen. Ich will noch einmal betonen: Die Mitglieder des Vorstands haben gesagt, dass sie den Rat verlassen, da entwicklungspolitische Themen im derzeitigen Senat offenbar auf wenig Interesse stoßen.

(*Robert Bläsing FDP: Das steht aber in Klammern!*)

Das ist eine Ohrfeige für die entwicklungspolitische Situation in dieser Stadt und für diesen Senat,

(Beifall bei der LINKEN)

vor allem, weil ich noch genau weiß, wie ich hier mit dem Kollegen Frank von der SPD zusammen dafür gestritten habe, dass dieser Rat eingeführt wird und dass er mehr Kompetenzen hat, als unter Schwarz-Grün vorgesehen war. Deswegen bin ich sehr gespannt darauf, was die SPD dazu zu sagen hat, denn diese Diskussion gehört an die große Glocke gehängt.

Aber dann kommen wir zum nächsten Absatz dieses Schreibens, der die politische Dimension deutlich macht. Hier steht:

(Norbert Hackbusch)

"Insbesondere die Senatspolitik in Bezug auf die aktuellen Herausforderungen und um Fragen von Flucht, Asyl und Migration sowie die entsprechende Haltung des Senats gegenüber den Bemühungen der Mitglieder aus Anlass der sogenannten Lampedusa-Debatte, eine beispielhafte Initiative für eine künftige humane und entwicklungspolitisch sinnvolle Gestaltung deutscher und möglichst europäischer Flüchtlings- und Migrationspolitik, zu stärken, haben uns in diesem Beschluss bestärkt."

Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns noch einmal, um was es dabei geht. Wir haben in der Bürgerschaft kräftig um die Frage von Lampedusa gestritten und diskutieren diese Frage gegenwärtig immer noch, und ich möchte alle auffordern, zu dieser Demonstration am 1. März zu gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir streiten uns darüber, ob eine Kontingentlösung für diese Menschen möglich war und ist. Ich bin der Meinung, dass der Senat da gerade im Zusammenhang mit der Kirche eine hässliche Rolle gespielt hat, aber das wollen wir hier nicht debattieren. Der Senat hat gesagt, er werde in dieser Frage nichts unternehmen, aber er werde auf europäischer Ebene und auf Bundesebene seine Initiativen und seine Kraft einsetzen, um dort etwas verändern zu können. Der Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik, der sich aus Vertretern verschiedener Fraktionen und sonstigen Persönlichkeiten zusammensetzt, hat deutlich festgestellt, dass Sie keine Anstrengungen unternommen haben und diese Initiativen, die Sie wenigstens noch versprochen haben, nicht eingelöst haben. Das ist die zweite Ohrfeige für die SPD.

(Beifall bei der LINKEN)

Gucken wir uns das einmal an: Der Bürgermeister ist sehr in der Kritik an diesem Punkt gewesen. Er hat von europäischen Initiativen gesprochen und deutlich gesagt, dass wir etwas in den Ursprungsländern machen müssen. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie auf eine zweite Angelegenheit hinweisen, die dazu leider bestens passt und drittens äußerst peinlich ist, den Rücktritt des entwicklungspolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion, Herrn Dr. Sascha Raabe, Anfang dieses Jahres. Er war zehn Jahre lang entwicklungspolitischer Sprecher der SPD und ist eine durchaus wichtige Autorität in der SPD, wo er in entwicklungspolitischen Zusammenhängen aufgetreten ist und Wichtiges vorgetragen hat. Er hat in seiner Erklärung vom 7. Januar 2014 ausgeführt, dass die Forderung, die Entwicklungshilfe jedes Jahr zu erhöhen, bedeutend sei, um internationale Vereinbarungen zu erreichen, aber auch, um die weltweite Armut zu bekämpfen. Wir brauchen das nicht genauer auszuführen, weil alle wissen, wie wichtig und bedeutend dieses Thema ist. Da stimme ich

ihm völlig zu. Er führt dann aus, dass er in der Lage war, in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU gemeinsam festzustellen, dass diese 0,7 Prozent, die so wichtig sind in der Entwicklungspolitik, auch erreicht werden könnten, und es musste praktisch nur noch von der letzten kleinen Runde in den Koalitionsverhandlungen entschieden werden, ob dies eingeführt werden sollte oder nicht. Er hatte dann ausgeführt – ich will das zitieren –:

"Ich hätte angesichts von insgesamt nur 23 Milliarden zusätzlich zu verteilenden Euro im Ergebnis auch mit der Hälfte unserer Forderung [...] leben können. Aber herausgekommen sind nur 20 Prozent unserer Forderung [...]. Damit lässt sich bestenfalls die bisherige [...] Quote halten [...]."

Das ist, sage ich einmal, keine kriminelle, aber eine entwicklungspolitisch durchaus sehr schwierige Situation. Der Sozialdemokrat sagt weiter:

"Damit keine Missverständnisse aufkommen: Mir ist klar, dass eine Große Koalition unter Führung"

– das ist wichtig mit den Sozialdemokraten, Herr Ritter, das werden Sie gleich merken –

"von Kanzlerin Merkel bedeutet, dass wir als SPD mit nur 25,7 Prozent Wählerstimmen nicht [viel] [...] durchsetzen können."

Er hätte es auch akzeptiert, wenn es deutlich gewesen wäre, dass die CDU und Frau Merkel die Schuldigen gewesen seien, die das nicht umsetzen wollten, aber er sei an der SPD gescheitert. Er schildert dann einiges aus den Verhandlungen und stellt fest:

"Schade und traurig ist nur, dass unsere Parteiführung Entwicklungspolitik nicht mehr als ein sozialdemokratisches Kernanliegen, als 'unser Projekt', wahrnimmt."

Dann sagt der ehemalige sozialdemokratische entwicklungspolitische Sprecher, immer noch Bundestagsabgeordneter der SPD:

"Wenn Bildung in Deutschland von wichtigen Mitgliedern unserer Parteispitze gegen den Hunger in der Welt ausgespielt wird, lässt dies auch für die Zukunft nichts Gutes erahnen."

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und unser Bürgermeister haben ausgeführt, dass sie eine bedeutende Rolle in den Koalitionsverhandlungen gespielt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist richtig, das ist ja auch so gewesen!)

Es war auch so, dass sie das genauso gemacht haben. Es spricht Etliches dafür, dass unser Bür-

(Norbert Hackbusch)

germeister derjenige war, der verantwortlich genau diesen Punkt durchgesetzt hat,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie dafür irgendwelche Anhaltspunkte?)

auch wenn Herr Dr. Raabe das in gewisser Weise nicht sagt. Deutlich ist aber, dass Sie sich in der Diskussion um die Flüchtlinge etwas geleistet haben, was man sich nicht leisten darf. Sie haben gesagt, Sie könnten auf Hamburger Ebene nichts machen, aber Sie würden sich auf Bundesebene kräftig für die Ursachenbekämpfung einsetzen. Sie selbst und Ihr entwicklungspolitischer Sprecher über zehn Jahre haben deutlich gesagt, dass Sie das nicht machen. Ich finde, die SPD hat sich zu entschuldigen oder zumindest zu erklären, was hier geschehen ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Steppat.

Sabine Steppat SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich besonders im Namen der SPD-Fraktion – aber ich bin sicher, dass ich das auch im Namen aller Abgeordneten in der Bürgerschaft tue – sehr herzlich bei den Mitgliedern des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik für den Jahresbericht 2013 und auch insgesamt für ihre bisherige Arbeit bedanken.

(Beifall bei der SPD)

In seinem Bericht über die Arbeit des vergangenen Jahres hat der Rat zum einen erste Empfehlungen zu den Richtlinien der Senatskanzlei der FHH für die Förderung der internationalen Beziehungen Hamburgs gegeben, und zum anderen hat er wichtige Überlegungen zur Unterstützung und Stärkung junger Erwachsener in Süd-Nord-Partnerschaften und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit angestellt. Dieser Punkt ist von besonderer Bedeutung, denn vom gegenseitigen Austausch profitieren stets beide Seiten, und nur so kann eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe gelingen. Wir wissen es sehr zu schätzen, wie sich die Mitglieder des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik mit hohem Engagement und Sachverstand ihrer ehrenamtlichen Aufgabe gewidmet haben und sich ihr auch zukünftig widmen werden. Die SPD-Fraktion wird die Tätigkeit des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik auch weiterhin so unterstützen und begleiten, wie dies bereits in den zurückliegenden Jahren erfolgt ist.

(Beifall bei der SPD)

Wie Sie wissen, geht die Einrichtung des Rates auf eine Initiative der SPD-Fraktion in der letzten Legislaturperiode zurück. Genauer gesagt stammt sie aus dem November 2008. Nachdem der entwick-

lungspolitische Beirat 2004 vom CDU-Senat aufgelöst wurde, haben wir im Jahr 2009 erreicht, dass die Bürgerschaft vom Senat die Einrichtung eines neuen Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik fordert. Ich will nun nicht die Schlachten der Vergangenheit schlagen, diese lassen sich in der Drucksache 19/4840 nachlesen.

Die heutige Debatte ist aber auch eine gute Gelegenheit, insgesamt denjenigen zu danken, die sich neben dem Senat in der Stadt für die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. Das sind viele Vereine, Initiativen, Organisationen, Unternehmen, Kirchengemeinden, das Diakonische Werk, Schulen und Einzelpersonen. Besonders wichtig bei dieser Arbeit ist das "Eine Welt Netzwerk". Derzeit sind dort über 80 NGOs zusammengeschlossen, die auf verschiedensten Politikfeldern eine Klasse Arbeit leisten. Erwähnt werden sollen an dieser Stelle etwa die Entwicklungszusammenarbeit mit Partnern in Ländern des Südens, die Unterstützung von Emanzipations- und Menschenrechtsbewegungen im Süden, die entwicklungspolitische und interkulturelle Bildungsarbeit in Hamburg oder die Förderung des fairen Handels. Auch für ihre Arbeit bedanke ich mich und sichere ihnen weiterhin unsere Unterstützung zu.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hackbusch hat in seinem Beitrag bereits auf die Irritationen hingewiesen, die sich im Zusammenhang mit dem Rücktritt von drei Mitgliedern des Rates ergeben haben.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Der Vorstand!)

– Es waren aber auch Mitglieder.

Es war unter anderem die Rede von fehlendem Interesse an entwicklungspolitischen Themen. Das hat bei uns doch ein gewisses Erstaunen hervorgerufen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Genau!)

Die SPD-Fraktion hat hingegen sowohl im Rahmen der Befragung der Ratsmitglieder im Ausschuss, in persönlichen Gesprächen mit ihnen als auch im Zusammenwirken mit dem Senat eine intensive und fruchtbare Auseinandersetzung zu einer Vielzahl von entwicklungspolitischen Themen wahrgenommen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)

Es wurden dabei etliche Aktivitäten auch aufgrund der Beratungen, Vorschläge und Anregungen des Rates auf den Weg gebracht. Ich möchte Ihnen einige Beispiele nennen.

Erstens: Wir haben zwei neue Fachpromotorenstellen eingerichtet und für ihre Finanzierung gesorgt, eine für den Bereich des fairen Handels sowie eine für das globale Lernen. Im Mai 2013 wurde der Hansestadt erneut für weitere zwei Jahre

(Sabine Steppat)

vom Verein TransFair der Titel Fairtrade-Stadt verliehen. Das sind Zeichen dafür, dass die gute Arbeit auch von außen gewürdigt wird.

Zweitens: Die Außenstelle von ENGAGEMENT GLOBAL ist nach Hamburg geholt worden, und wir haben beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ebenso wie bei der Zentrale von ENGAGEMENT GLOBAL erfolgreich für eine bessere Personalausstattung gearbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Wir konnten zusätzliche Bundesmittel für ein Abwasser- und Klimaprojekt in unserer Partnerstadt Léon mobilisieren.

Viertens: Für unsere Partnerstadt Daressalam wurde bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und dem Centrum für internationale Migration und Entwicklung die Finanzierung einer integrierten deutschen Fachkraft für den Daressalam City Council erreicht.

Fünftens: Außerdem sollte nicht vergessen werden, dass wir seit Ende 2011 gemeinsam mit Daressalam eine von neun deutschen Städten sind, die an der Pilotphase des Projekts "Kommunale Klimapartnerschaften" teilnehmen.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andreas Dressel SPD*: So gut sind wir!)

Sechstens: Letztes Jahr waren beide Bürgermeister unserer Partnerstädte hier in Hamburg zu Gast. Es fanden Gespräche mit unserem Ersten Bürgermeister und mit Abgeordneten der Bürgerschaft statt; ich habe auch unter anderem daran teilgenommen. Dabei kam es zu einer Vereinbarung über weitere konkrete Schritte der Zusammenarbeit.

Siebtens: Staatsrat Wolfgang Schmidt hat im Frühjahr letzten Jahres Nicaragua besucht. Infolgedessen konnte das Wirtschaftsforum Nicaragua im November hier in der Handelskammer mit 100 teilnehmenden Unternehmen sehr erfolgreich stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Achtens: Es ist gelungen, im Oktober 2013 die dreitägige Bundeskonferenz zu kommunalen Partnerschaften mit Afrika in Hamburg durchzuführen und die Beteiligung einer Delegation aus Daressalam sicherzustellen.

Neuntens: Last, but not least möchte ich erwähnen, dass Fairtrade in der öffentlichen Beschaffung der Stadt weiter gestärkt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! All das spricht nicht für Desinteresse an entwicklungspolitischen Themen, sondern im Gegenteil für ein hohes Interesse und ein großes Engagement auf diesem Gebiet.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hackbusch hat sich zu den Diskussionen über die Entwicklungspolitik auf Bundesebene geäußert. Dazu ein Hinweis: Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland wird nicht in Hamburg gestaltet. Hamburg hat aber, wie eben ausgeführt, einen positiven Beitrag in diesem Bereich geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Kritik von Herrn Hackbusch zum Bereich Migration, Flucht und Asyl. Wir in der SPD nehmen unsere Verantwortung für eine humanitäre Flüchtlingspolitik sehr ernst. Wir setzen uns nicht nur für die Unterbringung, sondern auch für die Betreuung und Integration der in Hamburg lebenden Flüchtlinge ein.

(Beifall bei der SPD)

Es erfüllt mich mit Stolz, dass nicht nur wir, sondern auch viele Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt sich um Flüchtlinge kümmern, etwa Deutschkurse anbieten, Spielsachen vorbeibringen und einfach gute Nachbarn sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann da auch aus meinem Wahlkreis in Lokstedt, Niendorf, Schnelsen von der Lokstedter Höhe viel Positives berichten. Wir setzen uns hier vor Ort, aber auch auf Bundesebene dafür ein, dass viele Menschen einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Wir sind in Hamburg Vorreiter in der Beratung zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen auch für Flüchtlinge.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD in Hamburg hat klare Forderungen für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik an die Bundesregierung formuliert, denn dort wird die gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik verhandelt. Hamburg kann und wird seinen Teil beisteuern, indem wir mit unseren entwicklungspolitischen Partnerstädten und Kooperationen Fluchtsachen angehen und hier vor Ort weiterhin eine humane Flüchtlingspolitik gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Die ausgeschiedenen Mitglieder des Rates haben angekündigt, auf anderen Feldern bei der Lösung globaler Fragen der Armutsbekämpfung und sozialer Gerechtigkeit weiterhin mitwirken zu wollen. Das begrüßen wir sehr und freuen uns auf zukünftige Begegnungen und Gespräche.

Die Arbeit des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik wird fortgesetzt. Für ein ausgeschiedenes Mitglied wird die SPD-Fraktion in Kürze eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger benennen. Und wenn die Fraktion DIE LINKE ebenso verfahren wird, dann wird der Rat bald wieder funktionsfähig und vollzählig sein.

(Sabine Steppat)

(Beifall bei der SPD)

Wir halten die Tätigkeiten des Rates für sehr wichtig und freuen uns auf eine fruchtbare und fachkundige Zusammenarbeit auch in diesem Jahr. Zunächst einmal sehen wir den Beratungen des Tätigkeitsberichts 2013 und den darin enthaltenen Empfehlungen im Europaausschuss mit allergrößtem Interesse entgegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Heintze.

Dr. Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Steppat, es ist sehr nett, dass die SPD begrüßt, dass Menschen, die sich zum Teil seit Jahrzehnten für Entwicklungspolitik engagieren, dies auch weiterhin tun. Dazu muss ich persönlich sagen, dass es dieses Beitrags nicht bedurft hätte, denn es ging um eine ganz andere Frage.

(Beifall bei der CDU)

Es ging darum, dass Sie über diese Menschen in einem Bericht, auf den weder Herr Hackbusch noch Sie sonderlich eingegangen sind, geschrieben haben – mit einer erfrischend offenen Form für solch einen Bericht –, dass sie eine Arbeit machen, die in der Stadt keiner abfrage, dass sich der Senat dafür nicht interessiert und ihnen diese Akteure, mit denen Sie zusammenarbeiten, eher ein freundliches Anerkennen entgegenbringen, aber ansonsten nichts bewegt werde. Darauf sollten Sie eingehen und nicht die Linien der Politik der Entwicklungszusammenarbeit der SPD darlegen oder vielleicht noch mit Herrn Hackbusch eine Flüchtlingspolitikdebatte darüber führen, wie man das im Bund besser machen könnte. Das haben Sie leider nicht geliefert und das finde ich schade.

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Fegebank* GRÜNE)

Das konnten Sie leider auch nicht liefern, denn wenn diese ganzen Themen, die Sie fast schon chronologisch aufgeführt haben, in diesem Rat besprochen worden wären, dann wäre er mit den zwei Arbeitssitzungen, die es 2012 leider nur gab, gar nicht ausgekommen. Das zeigt eines: Sie haben sehr viele Themen, die Sie voranbringen wollen, Sie haben einen Rat, den Sie selbst haben wollten, für dessen Einsetzung Sie sogar gestritten haben, aber Sie beschäftigen den Rat mit keinen dieser vielen wichtigen Themen. Er durfte genau zweimal tagen, weil er natürlich nur auf Beratungsauftrag hin tagt. Das verstehe ich nicht mehr. Wenn Sie so viele wichtige Themen haben und sich so intensiv dafür engagieren, dann beschäftigen Sie doch bitte auch das Gremium damit, für dessen Einrichtung Sie sich selbst eingesetzt haben, sonst ist es ungläubwürdig.

(Beifall bei der CDU)

Damit sind wir dann beim Bericht des Rates. Daraus entnehme ich, dass er im letzten Jahr mit zwei Fragen beschäftigt war, mit einer Förderrichtlinie und damit, wie man das Engagement junger Leute im entwicklungspolitischen Kontext fördert; das ist gut. Aber ansonsten hatte der Senat keinerlei Interesse an seinen Diensten. Wir werden sicherlich den Bericht im Ausschuss diskutieren. Mich würde jedoch bei der Regierungsfraktion interessieren, wo denn a) die Perspektive für diesen Rat ist, wie Sie b) Menschen motivieren wollen, die es wirklich ernst meinen mit entwicklungspolitischer Zusammenarbeit, in diesem Rat mitzuarbeiten, und wie Sie es c) schaffen wollen, die vielen guten Ansätze, die auf Ihrem Zettel stehen, vielleicht einmal in die aktive Arbeit der Entwicklungspolitiker in dieser Stadt einzubringen und das zusammen mit Ihrem Rat zu gestalten. Wenn Sie diese Antworten geben können, dann wird es sicherlich eine spannende Ausschusssitzung. Wenn Sie es nicht beantworten können, dann seien Sie ehrlich und sagen, was Sie mit dem Rat wollen beziehungsweise dass der Rat Sie nicht interessiert. Das wäre für alle Beteiligten besser als das, was wir heute gehört haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für den Beitrag von Herrn Dr. Heintze, ich kann dem kaum noch etwas hinzufügen.

(Dirk Kienschert SPD: Dann kannst dich gleich wieder hinsetzen!)

– Den Gefallen tue ich Ihnen nicht, Herr Kienschert, mich sofort wieder hinzusetzen, weil ich mich eigentlich gefreut hatte, als ich sah, dass DIE LINKE den Tätigkeitsbericht des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik angemeldet hat, weil es dann in diesem Haus einmal die Möglichkeit gibt, über Entwicklungspolitik zu sprechen, über entwicklungspolitische Leitlinien und eben auch über Sinn, Zweck und Funktion dieses Gremiums.

(Sören Schumacher SPD: Im Ausschuss sind Sie ja auch nicht!)

Weder Sie, Herr Hackbusch, haben dazu Stellung genommen noch Frau Steppat. Ich weiß nicht, ob dies der richtige Ort für eine Generalabrechnung mit den entwicklungspolitischen Leitlinien der SPD im Bund oder in der Großen Koalition ist. Ich glaube, da haben Sie den Auftrag dieser Debatte etwas großzügig interpretiert und sind etwas übers Ziel hinausgeschossen. Ich habe immer große Sympathien für die großen Linien, aber bei dieser Anmeldung sollten wir uns mit dem Problem be-

(Katharina Fegebank)

schäftigen, das auch Frau Steppat nicht richtig zu fassen bekam.

Das Problem ist – Herr Heintze hat es benannt –, dass wir gemeinsam diesen Rat in der letzten Legislaturperiode eingesetzt haben. Der Rat hat in bestimmten Fragen immer wieder seine Dienste angeboten und hat dies durch Berichte dokumentiert. Es gab offenkundig kein wirkliches Interesse daran, sich intensiv mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen. Das Problem zu verstecken, dass ein gesamter Vorstand zurücktritt, wichtige Menschen, die in der Stadt vernetzt sind und auch ein gewichtiges Wort in entwicklungspolitischen Fragen haben, greift sehr kurz, Frau Steppat, und das zeigt mir, dass Sie das Problem überhaupt nicht erkannt haben. Sie wollen das jetzt kaschieren, indem Sie es so darstellen, als herrsche eitel Sonnenschein und Sie seien sehr aktiv in unterschiedlichen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen einfach einmal diese beiden Ebenen zusammenbringen. Es ist sicher richtig, darüber zu streiten, was der richtige Kurs in der Entwicklungszusammenarbeit ist. Deutlich ist auch zu erkennen, welche geringen Kompetenzen und vielleicht auch, welchen geringen Einflussbereich das Bundesland Hamburg in diesen Fragen hat. Aber der Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik hat mit seiner Expertise die Möglichkeit, bestimmte Dinge anzusprechen, bestimmte Fragen aufzugreifen. Er hat dies in der Vergangenheit sowohl im Bereich der Beschaffung als auch im Bereich der Städtepartnerschaften gemacht, vor allem mit Daressalam, und sich auch bei weiteren Fragen angeboten. Wir müssen über den Konstruktionsfehler sprechen, denn wir müssen überlegen, ob es damit getan ist, Frau Steppat, einfach zu sagen, wir seien froh, jemanden gefunden zu haben, der jetzt bereit ist, in den Vorstand zu gehen. Darum geht es nicht. Es gibt einen Grund dafür, dass die drei Personen zurückgetreten sind, und die sind offenkundig genau mit dem in Einklang zu bringen, was Herr Dr. Heintze sagte, nämlich fehlendes Interesse an der Arbeit des Rates und auch seine fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten. Wir müssen uns auch darüber im Ausschuss verständigen, ob wir eine Ausweitung des Auftrags wollen. Soll der Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik künftig von sich aus aktiv Themen anstoßen, die dann aber auch abgefragt werden müssen und die vielleicht auch zu Kontroversen und unangenehmen Debatten für dieses Haus und auch den Senat führen, oder soll das nicht sein? Und wenn das nicht sein soll, dann kann ich nachvollziehen, dass es Einzelne gibt, die sagen, sie hätten keine Lust mehr, ihre knappe freie Zeit in diesem Gremium zu verbringen und engagierten sich lieber in anderen Bereichen, in denen die Ergebnisse fruchtbarer seien und ihr Urteil und ihre Meinung besser geschätzt würden.

Auf diese Debatte würde ich mich im Ausschuss gern einlassen. Da erwarte ich auch ein ehrliches und offenes Wort vom Staatsrat, wenn wir darüber sprechen, wie das Verhältnis zwischen dem Gremium des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik und dem Senat ist beziehungsweise wie der Rat zur Bürgerschaft steht. Fragen wir bestimmte Dinge ab, beauftragen wir den Rat mit bestimmten Themen oder lassen wir es bleiben? Ich finde, es ist ernst zu nehmen, dass drei Mitglieder zurückgetreten sind. Und es ist ernst zu nehmen, dass in dem Brief, der uns als Obleuten des Europaausschusses zugegangen ist, Themen angesprochen wurden, die gern stärker in den Mittelpunkt dieser Arbeit gerückt werden wollen.

Ich bin nicht unbedingt mit Ihnen einer Meinung, Herr Hackbusch, dass jedes Thema, sei es ein innen- oder außenpolitisches Thema, das uns hier betrifft – Sie haben die Lampedusa-Gruppe angesprochen –, unbedingt eine Aufgabe ist, die von einem Beratungsgremium aufgegriffen werden muss. Da müssten wir in noch ganz andere Bereiche gehen, wir haben beispielsweise gestern über Rüstungsexporte gesprochen. Dann müsste der Rat bei jedem Treffen mit Vertretern des Hafens dabei sein und so weiter. So weit würde ich nicht gehen wollen, aber es muss eine Klarheit darüber bestehen, zu welchen Themen dieses Gremium arbeitet, ob es angefragt und abgefragt wird, in welcher Form die Ergebnisse zur Debatte stehen und ob diese auch vom Senat aufgegriffen und in Teilen umgesetzt werden. Von daher ist es ein Warnschuss gewesen, dass drei Mitglieder ihren Rückzug erklärt haben. Man kann nicht nur einfach schade und vielen Dank sagen, einen warmen Händedruck geben und jemanden nachbenennen. Das löst das Problem nicht.

Wir müssen uns als Parlament und vor allem im Ausschuss die Grundsatzfrage stellen, ob wir solche beratenden Gremien brauchen, die nur erfolgreich sein können, wenn ihre Expertise und ihre Arbeit gewollt sind. Ich kann für meine Fraktion sagen, dass wir das wollen und dass wir uns auch aktiv einbringen, um über diesen – ich nenne es einmal so – Konstruktionsfehler zu sprechen, dass bisher nur eine beratende Funktion und keine aktive initiativrechtliche Funktion des Rates vorliegt. Vielleicht kann es eine Weiterentwicklung geben, aber dafür brauchen wir sowohl vom Staatsrat und vom Senat als auch von den Fraktionen in diesem Haus eine Einigung und eine Verständigung. In diesem Sinne möchte ich es dabei belassen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Bläsing.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich den Mitgliedern des Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik für ihren Tätigkeitsbericht über das Jahr 2013 ganz herzlich. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir am 5. Februar 2013 auch schon eine ausführliche Beratung und einen engen Austausch mit den Mitgliedern des Nachhaltigkeitsrates im Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft im Rahmen einer Selbstbefassung hatten. Soweit ich mich erinnere – ich habe noch einmal in den Bericht geschaut –, habe ich seinerzeit keine Anhaltspunkte für ein schweres Zerwürfnis gesehen.

Umso mehr bin ich doch etwas erstaunt gewesen, dass jetzt Mitglieder dieses Rates, auch der Vorstand im engeren Sinne, zurückgetreten sind. Wir hatten den Vorgänger-Tätigkeitsbericht erst kürzlich im Europaausschuss vorliegen, und in meiner Funktion als Vorsitzender des Ausschusses hatte ich auch gefragt, ob denn Beratungsbedarf bestünde und ob wir noch einmal die Mitglieder einladen wollten. Da war einvernehmlich die Rückmeldung, dass das als entbehrlich erachtet werde. Insofern waren die Rücktritte tatsächlich überraschend. Im Antwortschreiben von Staatsrat Schmidt, der in der Senatskanzlei fachlich zuständig ist, wird dargelegt – das ist ein fünfseitiges Schreiben, das ich auch zeitnah an die Obleute des Ausschusses weitergeleitet habe –, wie denn die Geschäftsgrundlage des Nachhaltigkeitsrates sei. Da wird tatsächlich unter anderem ausgeführt, dass Fragen der Asylpolitik eigentlich nicht unbedingt Beratungskern seien, gleichwohl aber ein Austausch darüber stattgefunden habe.

Insofern denke ich, dass wir gut daran tun, diese Drucksache an den Ausschuss zu überweisen. Meine Fraktion und auch die SPD-Fraktion haben das im Gegensatz zu den anderen drei Fraktionen, die eben doch sehr aufgebracht darüber debattiert haben, auch beantragt. Ich glaube, das ist gut so und da gehört es dann auch hin.

(Beifall bei der FDP und bei *Silke Vogt-Deppe* SPD)

Es ist bei der Gelegenheit dann tatsächlich ratsam, da stimme ich der Kollegin Fegebank zu, einmal über die Ausrichtung und den Funktionsgehalt des Rates zu debattieren. Es ist schon sehr befremdlich, dass wir als Europaausschuss als Letzte davon erfahren haben, dass es wohl eine große Unzufriedenheit innerhalb des Rates gibt. Es wäre wohl besser, wenn der Europaausschuss zukünftig eine engere Begleitung macht. Darüber, inwieweit das ausgestaltet werden sollte, können wir noch einmal beraten.

Was die Bundesebene angeht, Herr Hackbusch, kann ich es natürlich verstehen, dass einige SPD-Mitglieder und der zuständige Bundestagsabge-

ordnete etwas ernüchtert sind nach der hohen Messlatte, die die FDP dort gelegt hatte mit der Führung des BMZ; das ist nicht verwunderlich. Bei allem, was man auch über Dirk Niebel, den ehemaligen Entwicklungsminister, sagen kann, muss man schon feststellen, dass er großen Schwung in die Entwicklungszusammenarbeit gebracht hat. Er hat beispielsweise die Entwicklungshilfeorganisationen schlagkräftig gebündelt. Insofern kann ich es verstehen, dass große Ernüchterung in der Großen Koalition eingekehrt ist.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen sagen, dass diese Debatte mich nicht nur ernüchtert, sondern fast entsetzt hat, auch die Art und Weise, wie man darüber diskutiert. Der Rat ist eine wichtige Institution. Frau Fegebank, es geht nicht um einzelne Mitglieder, denn der gesamte Vorstand ist zurückgetreten. Frau Steppat, wenn der Vorstand insgesamt zurücktritt und explizit sagt, es liege daran, wie der gegenwärtige Senat Politik betreibt – und mit ihm hat der Rat vor allen Dingen zu tun –, dann muss man sich doch mit dieser Kritik der wichtigsten entwicklungspolitischen Akteure in dieser Stadt auseinandersetzen. Man kann sagen, sie hätten einen Fehler gemacht oder bestimmte Dinge seien geschehen, aber stattdessen führen Sie aus, was alles gemacht worden sei, gehen aber auf die Kritik überhaupt nicht ein. Ich finde, das geht nicht, so kann man keine Politik machen. Das ist ignorant, das ist die Arroganz der Macht.

(Beifall bei der LINKEN)

Alles, was ich befürchtet habe, drückt sich dadurch in gewisser Weise aus. Das ist keine Achtung gegenüber diesen drei aktivsten Leuten, die in diesem Bereich etwas getan haben. Und dabei muss man auch eine gewisse Selbstkritik üben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Katharina Fegebank* GRÜNE)

Vielleicht habe ich das nicht deutlich genug gemacht, aber ich habe relativ wenig meiner politischen Auffassungen dort dargelegt, ich habe dagegen relativ viel zitiert, was diese wichtigen Akteure gesagt haben. Sie haben unter anderem die Lampedusa-Diskussion mit hineingebracht. Das habe ich selbst in der Form nicht gemacht, ich habe es nur vorgelesen. Dementsprechend muss man sich doch mit diesen Fragen auseinandersetzen. Und auch beim Europaausschuss, der in gewisser Weise kontrolliert, was wir an Entwicklungspolitik machen, müssen doch alle Alarmglocken klingeln, wenn ein Vorstand zurücktritt. Ich verstehe gar nicht, wie das anders aussehen konnte.

(Norbert Hackbusch)

Wir müssen in dieser Stadt developmentpolitisch noch einiges lernen, aber wenn die Glocken so laut klingeln, müsste selbst die SPD wach werden. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Steppat.

(*Arno Münster SPD:* Jetzt tritt sie auch gleich zurück!)

Sabine Steppat SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Niemand hat gesagt, dass wir über die Gründe des Rücktritts der drei Mitglieder oder des Vorstands nicht sprechen wollen. Bei der letzten Sitzung des Europaausschusses haben wir beschlossen, zusammen mit dem Tätigkeitsbericht 2013 über die Hintergründe des Rücktritts zu sprechen. Bislang haben wir sehr dürftige Informationen über die wahren Gründe des Rücktritts dieser drei Mitglieder.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das haben sie doch geschrieben!)

Niemand hat gesagt, dass das nicht transparent gemacht werden soll. Das wird auf jeden Fall im Europaausschuss geschehen. Aber dies ist eine Auftaktdebatte, wir werden das im Ausschuss detailliert beraten und dann haben wir mehr Klarheit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/10785 an den Europaausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren angenommen.

Punkt 64, Drucksache 20/10868, Antrag der SPD-Fraktion: Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien zukunftsfähig gestalten.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien zukunftsfähig gestalten
– Drs 20/10868 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/10950 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Angebote der öffentlich-rechtlichen Medien den tatsächlichen Nutzungsmöglichkeiten anpas-**

**sen, Urheber/-innen angemessen beteiligen, Rundfunkbeitrag sozial gestalten
– Drs 20/10950 –]**

Beide Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Schmidt.

Hansjörg Schmidt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender produzieren vom Geld der Gebührenzahler, also von unser aller Geld, jede Menge tolle Sendungen; unter anderem berichten sie auch regelmäßig über die Bürgerschaft. Aber ausgestrahlt wird dies nicht immer zu einer Sendezeit, in der jeder Zuschauer oder jede Zuschauerin unbedingt Zeit hat; siehe auch diese Bürgerschaftssitzung. Hinzu kommt aber auch, dass sich die Sehgewohnheiten der Zuschauerinnen und Zuschauer geändert haben. Das lineare Fernsehen, so, wie wir es alle noch aus der Vergangenheit kennen, ist so gut wie am Ende. Fragen Sie einmal Jugendliche von heute, und Sie werden auf absolutes Unverständnis treffen, dass man von ihnen verlangt, die gewünschte Sendung nur zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt anzusehen. Die Generation YouTube hat mittlerweile einfach ein komplett anderes Nutzungsverhalten, und die Sender reagieren auch darauf. Sie bieten ihre Inhalte zusätzlich in Mediatheken an, durch Live-streaming oder nachträglichen Abruf; das alles ist heutzutage kein Problem. Im Hause Schmidt läuft zum Beispiel die "heute-show" samstagsmorgens immer zum Frühstück.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh, oh!)

Allerdings muss man sich spüten, denn nach sieben Tagen verschwinden die Inhalte aus den Mediatheken. Man muss dann schon Glück haben, wenn man die Dokumentation, das Fernsehspiel oder den Krimi, der einem von Freunden empfohlen wurde, noch sehen möchte. Das ist schlichtweg nicht mehr zeitgemäß, und deshalb wollen wir Sozialdemokraten dies mit unserem Antrag beenden.

(Beifall bei der SPD)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss im Internet aufgrund der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung und der steigenden Bedeutung des Internets für seinen Verbreitungsweg mehr Spielraum erhalten. Seine Produktionen müssen besser und länger abrufbar sein. Die Inhalte wurden von der Allgemeinheit finanziert und müssen für die Allgemeinheit verfügbar sein. Das ist das Ziel der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb fordern wir mit unserem Antrag den Senat auf, den Rundfunkstaatsvertrag so zu ändern, dass öffentlich-rechtliche Angebote zeitgemäß,

(Hansjörg Schmidt)

komfortabel, kostenlos und vor allem zeitunabhängig abrufbar sind. Hier nimmt die SPD eine oftmals gehörte Kritik der Nutzerinnen und Nutzer auf.

Dies hat auch die Ministerpräsidentenkonferenz bereits im Oktober anerkannt und deshalb beschlossen, dass der Online-Auftrag der Rundfunkanstalten überprüft und ein Vorschlag für eine zeitgemäße Fortschreibung vorgelegt werden soll. Insbesondere soll eine neue Regelung für die bisherige sogenannte Sieben-Tage-Regelung geprüft werden. Die SPD legt hier einige Eckpunkte vor, die wir dem Senat bei diesen Verhandlungen mit auf den Weg geben wollen. Die Hamburger Medienpolitik zeigt damit einmal mehr, dass sie auf der Höhe der Zeit ist.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einige Worte zum Antrag der LINKEN sagen. So, wie es bisher den Sendern freigestellt ist, ihr Programm im linearen Bereich frei zu gestalten, so sollte es, vor allem auch im Hinblick auf die Kosten, auch im digitalen Bereich freigestellt sein. Es gibt auch bisher keine Verpflichtung hinsichtlich konkreter Sendeminuten. Deshalb halten wir starre Regelungen nicht für sinnvoll.

Eine unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen, so wie Sie es fordern, ist auch nicht sinnvoll. Zunächst sollten wir die Evaluierung des Rundfunkbeitrags abwarten. Dies wird im Laufe des Jahres geschehen, und dann werden wir das zum gegebenen Zeitpunkt im Ausschuss behandeln. Der Gesetzgeber hat sich ganz bewusst entschieden, eine Gebührenbefreiung an den Bezug von Sozialleistungen zu knüpfen, da eine Einzelberechnung so, wie es die Links-Partei fordert, viel zu viel Bürokratie mit sich bringt. Dieser Gesetzgeber war übrigens auch DIE LINKE, auch hier in Hamburg und in anderen Bundesländern. Der Antrag der LINKEN führt uns an dieser Stelle nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der LINKEN abzulehnen und unseren Antrag heute zu beschließen. Die Evaluierung des Rundfunkbeitrags werden wir, wenn die Zahlen vorliegen, im Ausschuss behandeln und dann weiter darüber diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wankum.

Andreas C. Wankum CDU:

(*Dirk Kienscherf SPD:* Großes Kino!)

– Ganz großes Kino bei den Öffentlich-Rechtlichen, Herr Kienscherf.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Allerdings gibt es einen Unterschied zwischen uns, nämlich ob Unterhaltungssendungen, die mit öffentlich-rechtlichen Gebühren teilweise zu Recht produziert werden, nun wirklich länger im Netz stehen und in Konkurrenz zu den Privaten stehen müssen.

(*Sören Schumacher SPD:* Ja, warum denn nicht?)

Das wage ich persönlich zu bezweifeln. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Verfassungsauftrag. Ich selbst zahle meine Abgabe gern, und wir haben auch im letzten Jahr gesehen, dass die Umstellung auf die Abgabe zu einem gerechteren System geführt hat und zu mehr Einnahmen. Ob es unbedingt klug ist, dass wir jetzt so schnell reagieren und die Abgabe senken, wage ich zu bezweifeln, denn wir werden sie dann in Kürze schon wieder erhöhen müssen, und das zu vermitteln wird nicht einfach sein. Aber der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte nicht in Konkurrenz gehen, sondern er sollte seinen ihm von der Verfassung zugewiesenen Aufgaben gerecht werden. Er sollte vor allen Dingen auch im Bereich der regionalen Kulturförderung und der Berichterstattung über regionale, politische und sonstige Ereignisse mehr tun.

Was den Antrag der LINKEN angeht, bin ich auch Ihrer Meinung. Wir haben uns im letzten Staatsvertrag darauf verständigt – dem Staatsvertrag haben auch die LINKEN in den jeweiligen Landesregierungen, denen sie angehören, zugestimmt –, die jetzige Situation Ende dieses Jahres evaluieren zu lassen. Dann werden wir ein Ergebnis haben und uns damit rechtzeitig beschäftigen können.

Für mich ist es wichtig, dass neben der abzuwartenden Evaluation und den daraus folgenden Empfehlungen der KEF auch Transparenz und Sparsamkeit von den Öffentlich-Rechtlichen gefordert werden kann und dass sie ihre Kosten im Griff haben. Wenn wir uns die Zahlen anschauen hinsichtlich der unterschiedlichen Kosten der Talkshows, die heute veröffentlicht werden, dann lässt mich das ein wenig daran zweifeln. Hier ist sicherlich noch etwas zu tun, ansonsten ist alles gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir GRÜNE werden dem SPD-Antrag zustimmen. In der Sache sind nicht mehr allzu viele Argumente hinzuzufügen. Das Medienverhalten ändert sich, es wandert immer mehr ins Netz. Auch wir GRÜNEN möchten, dass der öf-

(Farid Müller)

fentlich-rechtliche Rundfunk mitwandert, denn sonst bleibt er allein, und das wollen wir nicht. Deswegen ist es in der Sache logisch, dass die Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mehr als nur diese sieben Tage abrufbar sind.

Wozu die SPD-Fraktion sich ein bisschen schmalplappig oder gar nicht äußert, ist, dass dies nicht umsonst geschehen kann. Sie sagt auch in einem Satz ihrer Begründungsyrik, es dürfe nicht in irgendeiner Weise zu einer Beitragserhöhung führen. Das ist richtig, trotzdem wird man natürlich, wenn man als Ministerpräsident über so einen neuen Rundfunkstaatsvertrag verhandelt, ehrlicherweise schon sagen müssen, wo das Geld denn herkommen soll. Ich bin auch nicht für eine Beitragserhöhung. Ich bin aber auch nicht dafür, jetzt schon Eckpunkte aufzuschreiben und zu beschließen, dass die Mehreinnahmen, was wir versprochen haben, als wir alle den Rundfunkbeitrag in den Ländern beschlossen haben, auch wieder zurückgezahlt werden. Wir sollten nicht jetzt schon daran rütteln, indem wir woanders Mehrkosten anführen, die dann dazu führen, dass ein Teil doch wieder darin enthalten ist. Ich warne davor, denn ich glaube, das würde unsere Glaubwürdigkeit sehr, sehr beschädigen.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

So sehr ich auch dafür bin, dass wir das tun, was jetzt im Online-Bereich notwendig ist, müssen wir das in den Länderparlamenten sehr genau überlegen. Ich sage das deswegen, weil wir natürlich darüber im Laufe des Jahres entscheiden werden, auch in einem Ausschuss und in diesem Parlament. Das heißt nicht, dass wir heute nicht zustimmen. Wir finden es gut, was hier kommt, aber darüber muss man sich Gedanken machen. Ich möchte nicht, dass sich die Ministerpräsidenten allein darüber Gedanken machen, denn wenn wir etwas bestellen, dann müssen wir auch ein bisschen darüber nachdenken, wie wir es hinterher bezahlen.

Beim Antrag der LINKEN werden wir den meisten Punkten zustimmen, aber bei Punkt 2 werden wir uns enthalten. Ich sage Ihnen auch warum, wie schon meine Kollegen vor mir. Nicht, weil man sich einmal dazu entschieden hat, die Beitragsbefreiung daran festzumachen, wer bedürftig ist in diesem Land und wer dann den Rundfunkbeitrag zu bezahlen hat, denn man kann immer wieder alles neu überdenken. Aber mit diesem sehr schlanken Satz, dass es eine Beitragsbefreiung für die Leute geben soll, die weniger verdienen in diesem Land, machen Sie es sich wirklich zu einfach. Dabei kommt dann diese Einzelfallprüfung heraus, und irgendjemand wird festlegen müssen, was zu wenig Geld überhaupt bedeutet. Sie gehen dieser Diskussion aus dem Weg, indem Sie das einfach so lapidar und pauschal in den Antrag schreiben. Das

ist populistisch und führt uns nirgendwo hin, außer zu einer Neiddebatte.

Es gibt momentan immer noch sehr viele Leute, die sich über diese Umstellung beschweren und denen wir auch noch Rechenschaft darüber ablegen müssen, dass die Umstellung sich am Ende für alle Beteiligten rechnet, und zwar für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in seiner Qualität, aber auch für die Leute, die es nutzen. Und da sollten wir momentan keine zweite Neiddebatte darüber führen, wer das noch bezahlen kann und wo es aufhört, in diesem Land gut zu verdienen, und wo es nicht mehr dafür reicht, den Rundfunkbeitrag zu bezahlen. Deswegen werden wir uns bei diesem Punkt enthalten. Wenn Sie einen besseren Vorschlag machen, wie man diese Neiddebatte umgeht, dann können wir gern noch einmal darüber reden. Heute finden Sie dafür nicht unsere Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss offen zugeben, ich hatte eben den starken Verdacht, dass der Kollege Wankum mit Halbwahrheiten argumentiert. Dass er die Rundfunkabgabe zahlt, will ich nicht in Abrede stellen, aber dass er es gerne tut, sprengt mein Vorstellungsvermögen.

(Beifall bei Robert Bläsing FDP – Heiterkeit im Plenum)

Aber nun im Ernst: Die Bedeutung der Massenmedien für die politische Meinungsbildung und dem vorgelagert die Herausbildung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses über gemeinsame Werte und Ziele ist sicherlich hier im Hause zwischen den Fraktionen unumstritten. Das gilt auch für die elektronischen Medien, wie sie im Mittelpunkt des Antrags der SPD-Fraktion stehen. Mit der von der SPD geforderten Ausweitung des Programmangebots soll auf die zunehmende Bedeutung der neuen Medien reagiert werden. Jedoch ist das, was im ersten Moment plausibel erscheinen mag, in Wahrheit das Vordringen in einen privatwirtschaftlich organisierten Wettbewerbsmarkt. Die Online-Expansion der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten geht an und teilweise auch über die Grenzen des Programmauftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hinaus. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk dringt mit seiner Finanzierungsgarantie in Bereiche vor, die von Unternehmen aus dem privatwirtschaftlich und pluralistisch geprägten Pressemarkt heraus gleichermaßen bedient werden oder bedient werden können. Das soll nicht heißen, dass sich öffentlich-rechtliche Medien aus den neuen Medien zurückziehen sollen, das sicherlich nicht. Was wir fordern, ist eine Schärfung des Pro-

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

grammauftrags, denn nur wenn klar ist, welche Inhalte für eine Grundversorgung notwendig sind, ist auch klar, welche Inhalte im Internet für jeden jederzeit und kostenlos abrufbar sein sollten.

Der Antrag der SPD-Fraktion hat jedoch noch einen zweiten wesentlichen Aspekt. Auch wenn es nicht direkt angesprochen wird, will die SPD den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus dem Beihilferecht der Europäischen Union ausklammern, denn die hieraus folgenden Anforderungen wären eindeutig. Danach müssen Rundfunkanstalten darlegen, dass ihr Angebot erstens zum öffentlichen Auftrag gehört, zweitens einen publizistischen Mehrwehrt bietet und drittens der Aufwand verhältnismäßig ist. Dieser Dreistufentest soll einen Verdrängungswettbewerb gegenüber privaten Angeboten verhindern, denn der mit Zwangsbeiträgen ausgestattete öffentliche Rundfunk darf nicht seine privatwirtschaftliche Konkurrenz aus dem Pressebereich verdrängen.

(Beifall bei der FDP)

Ohne dass diese Anforderungen erfüllt sind, wäre nämlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk nichts anderes als Zwangs-Pay-TV für alle. Und damit ist klar, dass auch Online-Inhalte, wie sie Gegenstand des SPD-Antrags sind, diesen Dreistufentest erfüllen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auf einen weiteren Aspekt vertieft einzugehen, den publizistischen Mehrwert oder, wie es das Bundesverfassungsgericht 2007 gefordert hat, eine hinreichende programmliche Unterscheidbarkeit der öffentlich-rechtlichen von den privaten Rundfunkanbietern.

(Sören Schumacher SPD: Ist gegeben!)

Da stellt sich mir doch die Frage, ob Unterhaltungssendungen an Samstagabenden wirklich dazugehören, wenn gleichzeitig das private Free-TV ebenfalls Unterhaltungssendungen überträgt. Über Geschmäcker lässt sich nicht streiten, aber unterscheidbar sind diese beiden Programme objektiv nicht, und ein publizistischer Mehrwehrt ist auch nicht erkennbar.

Ich möchte auch den Antrag der LINKEN nicht unerwähnt lassen, denn er greift einen wichtigen Aspekt auf. Wir müssen das aktuelle Rundfunkbeitragsmodell verändern. Ich muss leider selbstkritisch sagen, dass die FDP für dieses Modell zum Teil mitverantwortlich ist. Das Modell sollte kein Mehraufkommen generieren – das war nicht die Zielsetzung der Systemänderung –, sondern es sollte einfacher werden, aber das ist so nicht eingetreten. Das Mehraufkommen, das wir festgestellt haben, stammt wesentlich aus dem Bereich der Kraftfahrzeuge und der Filialunternehmen; deshalb muss nachgesteuert werden. Daher wäre es auch verkehrt, den Rundfunkbeitrag schlicht pauschal zu senken, denn damit würde die Chance für eine

sinnvolle Nachsteuerung, sozusagen eine Re-adjustierung des neuen Modells, verpasst.

Wir finden es gut, die Anträge weiter zu debattieren und unterstützen daher die Überweisung an den Wirtschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Seit ewigen Zeiten trommeln die Verleger und ihre Zeitungen gegen die staatlich geregelte Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems. Besonders stark trommeln sie, seit es Privatfernsehen und Privatrundfunk gibt. Extrem stark aber trommeln sie, seit das Internet zum Massenmedium geworden ist. Sie stoßen mit ihrem Trommeln gegen die öffentlich-rechtlichen Angebote auf einen gewissen Nährboden, denn diese geben natürlich oft genug Anlass zu Kritik. Nicht selten kann zu Recht der ineffiziente Einsatz von Geldern beklagt werden. Allerdings ist das Trommeln der Verlage und privaten Radio- und Fernsehanbieter weniger kulturgetrieben, sondern es geht, wie so oft, ums Geld. Es geht um Marktanteile, Absatzmärkte und Verdrängungswettbewerb. Außen vor bleibt, warum es wichtig ist, dass wir unabhängig finanziertes Radio und Fernsehen haben, wie sich das historisch als Lehre aus der Gleichschaltung der Medien im Hitler-Faschismus erklärt, und warum deren Angebote auch im Internet über sieben Tage hinaus abrufbar sein müssen. Dass der einst gefundene Kompromiss, TV-Produktionen nur sieben Tage online zur Verfügung zu stellen, dem Charakter des Internets und den Nutzungsgewohnheiten der Menschen überhaupt nicht entspricht und auch noch nie entsprochen hat, wird schon lange als untragbarer Zustand empfunden.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher ist es wichtig, das so schnell wie möglich zu beenden, und das nicht nur wegen der Rundfunkbeitragspflicht, sondern auch aus kulturtechnischen Gründen.

Ihr Antrag, verehrte SPD-Fraktion, ist nicht von Ihnen erfunden worden. In Nordrhein-Westfalen haben die Fraktionen von GRÜNEN und SPD im Januar einen Antrag an den dortigen Landtag gestellt, der im Wesentlichen das enthält, was Sie jetzt hier in Hamburg einbringen. Aber ich finde das nicht weiter schlimm; man schreibt lieber Gutes ab, als es schlecht selbst zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aufgefallen ist mir aber schon, dass zwei wesentliche Punkte fehlen. Das ist zum einen die konkrete Heraushebung der Erweiterung der Siebentagefrist

(Kersten Artus)

für Internetangebote der öffentlich-rechtlichen Anbieterin, und das ist zum anderen die Forderung nach angemessener Beteiligung der Urheberinnen und Urheber. Außerdem fehlt mir in beiden Anträgen, sowohl in dem aus Nordrhein-Westfalen als auch in dem der hiesigen SPD, ein sach- und anlassbezogener Vorstoß, den Rundfunkbeitrag endlich sozial zu gestalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Verehrte Abgeordnete! Etliche Eingaben an die Hamburgische Bürgerschaft haben deutlich gemacht, dass die Bevölkerung nicht einverstanden ist mit dem jetzigen Modell. Und da es um die Grundversorgung der Bevölkerung an Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung geht, die gewährleistet sein muss, und diese von der Bevölkerung finanziert wird, muss man auf die Menschen hören, anstatt sie fortlaufend zu ignorieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das tut die Bürgerschaft aber leider seit Monaten, mit Ausnahme der Links-Fraktion.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE* – Zurufe von der SPD: Ah!)

Nein, Moment: Ein einsamer Abgeordneter der CDU stimmte anfangs ebenfalls noch dagegen, dass Eingaben zum neuen Rundfunkbeitrag mit "nicht abhilfefähig" beschieden wurden, aber irgendwann schief dieser kleine Protest gegen seine eigene Fraktion ein – schade, Herr Haufler.

Die ersten Erhebungen haben gezeigt, dass mit dem neuen Rundfunkbeitrag sehr viel mehr Geld eingenommen wird als vorher. Die Mehreinnahmen betragen, diese Summe ist bislang noch nicht genannt worden, 1,15 Milliarden Euro. Man könnte jetzt den Rundfunkbeitrag senken, das wird auch empfohlen, man könnte aber auch in die Programmqualität investieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Man könnte auch einmal einen konkreten Blick in die Rundfunkanstalten werfen. Personalräte haben mir berichtet, dass in erheblichem Umfang Personal abgebaut, dass in der Ausbildung gekürzt wird und massiv freie und Leiharbeitsverhältnisse zunehmen. Ich finde aber, dass Anstalten des öffentlichen Rechts nicht nur eine Vorbildfunktion für die Wirtschaft haben müssen, sondern dass gute Arbeit und gute Angebote nur dann gewährleistet sein können, wenn auch die Arbeitsbedingungen gut sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Man kann und sollte außerdem endlich Anstrengungen unternehmen, um diejenigen, die wirklich kein Geld überhaben, von der Beitragspflicht zu befreien, und das betrifft eben auch diejenigen Menschen, die knapp über der Grundsicherung liegen. Es betrifft viele Rentnerinnen und Rentner, es

betrifft frühverrentete Menschen, von denen es immer mehr gibt.

(*Farid Müller GRÜNE*: Was heißt denn knapp?)

Leider wird die bereits jetzt mögliche Befreiung nicht so einfach gemacht, dass sie problemlos vorgenommen werden kann. Wir alle denken schon viel zu sehr an die Bequemlichkeiten des Internets und der Suchfunktionen, wenn es darum geht, etwas zu finden, zum Beispiel das Formular für die Befreiung vom Rundfunkbeitrag. Ob Sie es glauben oder nicht, jeder siebte Deutsche und jede siebte Deutsche war noch nie online.

Es hat sich auch gezeigt – nicht zuletzt an den vielen Petitionen, die die Bürgerschaft im letzten Jahr und auch schon in diesem Jahr wieder erreicht haben –, dass das System des Rundfunkbeitrags nicht verstanden wird. Es ist unbedingt an der Zeit, die Informationsarbeit zu verbessern, und ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen, dass die wenigsten Petitionen, die wir im Eingabenausschuss erhalten haben, den Rundfunkbeitrag ganz ablehnen. Es handelt sich auch nicht um kampagnenartige, gleichlautende Petitionen, die uns erreichen. Es sind Petitionen, die ein absolutes Unverständnis darüber ausdrücken, wie ungerecht das derzeitige Rundfunkmodell ist.

Lassen Sie uns daher die Forderung nach einer Verbesserung der Nutzung von öffentlich-rechtlichen Angeboten zusammen mit einer sozialeren Ausgestaltung des Beitragsmodells anschieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher fordere ich Sie auf, unsere Inhalte mit zu denen der SPD hinzuzunehmen und unserem Antrag zuzustimmen. Wenigstens der Ziffer 1 könnten Sie sich anschließen, Herr Schmidt, das ist nämlich O-Ton SPD Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, deswegen kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt zunächst einer Überweisung der Drucksachen 20/10868 und 20/10950 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Dann lasse ich nun über beide Anträge in der Sache abstimmen. Zunächst zum Antrag der LINKEN aus Drucksache 20/10950. Hier möchte die GRÜNE Fraktion Ziffer 2 separat abstimmen lassen.

Wer möchte dem Antrag aus Drucksache 20/10950 mit Ausnahme der Ziffer 2 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist abgelehnt.

(Vizepräsidentin Antje Möller)

Wer möchte Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls abgelehnt.

Nun zum SPD-Antrag aus Drucksache 20/10868.

Wer möchte diesem folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 47, Drucksache 20/10694, Antrag der CDU-Fraktion: Die duale Ausbildung im Hamburger Handwerk stärken!

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Die duale Ausbildung im Hamburger Handwerk stärken!
– Drs 20/10694 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Handwerk ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Hamburg. Unsere 15 000 Handwerksbetriebe erzielen mit ihren 130 000 Mitarbeitern einen Jahresumsatz von 14 Milliarden Euro und bilden 29 Prozent aller Auszubildenden in unserer Hansestadt aus. Doch durch jüngste Pläne der Europäischen Kommission gerät das Handwerk unter großen Druck. Die Handwerksbetriebe bangen um den Bestand der dualen Ausbildung durch Aufhebung der Meisterpflicht unter dem Deckmantel der Deregulierung. In ihrem Entwurf für eine "Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2013" sieht die Kommission im deutschen Meisterbrief eine Beschränkung, die Wettbewerb und Wachstum behindere. Dabei ist doch das genaue Gegenteil der Fall. Gerade die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist unmittelbar auf unsere erfolgreiche duale Berufsausbildung zurückzuführen. Kurze Notiz am Rande: An anderer Stelle vertritt interessanterweise auch die EU-Kommission eben diese Auffassung.

Die geplante, jedenfalls von der Kommission erhoffte Herausnahme weiterer Handwerksberufe aus der Meisterpflicht gefährdet unsere gewachsenen Ausbildungs- und Qualitätsstandards. Dabei weisen von Meistern geführte Handwerksbetriebe Qualifikation, Zuverlässigkeit und Stabilität auf. Es wäre wahnwitzig, in Zeiten von Fachkräftemangel und schwindendem qualifiziertem Nachwuchs durch eine Absenkung der Qualifikationsstandards dem Handwerk eine zusätzliche Last aufzubürden – geradezu ein Bärenienst für unsere Betriebe,

für unser Wirtschaftswachstum und für unseren Arbeitsmarkt.

Apropos: Bei von Meistern geführten Handwerksbetrieben sind prekäre Geschäftsmodelle nicht möglich. Einmannbetriebe und Subunternehmer, die als Scheinselbstständige arbeiten, gibt es dort nicht. Die Vorstellung der EU-Kommission wiederum würde die Entwicklung prekärer Geschäftsmodelle befördern und verstärken, wie wir es bei den Fliesenlegern und im Trockenbau feststellen können.

Meine Damen und Herren! Als ich zum ersten Mal von den Plänen der Kommission las, musste ich schon den Kopf schütteln. Es kann doch nicht angehen, dass ganz Europa, die Vereinigten Staaten von Amerika und viele andere Nationen Deutschland für seine Berufsausbildung loben, gleichzeitig aber eine Aushöhlung ihres Standards von Brüssel billigend in Kauf genommen wird. "DIE WELT" schrieb vor wenigen Tagen:

"Seit Jahren klopfen immer mehr Länder in Deutschland an, die sich schlau machen wollen, wie das duale Berufsbildungssystem funktioniert."

Und weiter:

"Das duale System wird bereits als 'Export-schlager' gehandelt."

Derzeit liegen beim Bundesinstitut für Berufsbildung, kurz BIBB, offizielle Regierungsanfragen aus Ecuador, den Philippinen, Thailand und Mexiko vor. Mit sechs europäischen Staaten, mit China, der Türkei, Indien, Russland und Südafrika gibt es bereits bilaterale Arbeitsgruppen, und vor einem Jahr schwärmte US-Präsident Barack Obama während seiner Rede zur Lage der Nation im amerikanischen Kongress von der deutschen Berufsausbildung. Weltweit beneidet man uns um das duale System Berufsausbildung.

Die Berufsausbildung und der Meisterbrief sind Garanten für Qualität und Arbeitsplätze, für Wachstum und für Wohlstand. Damit das auch so bleibt, fordere ich den Senat auf, sich im Bund und in Europa für unsere duale Ausbildung und gegen eine Herausnahme weiterer Handwerksberufe aus der Meisterpflicht einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Dass die Meisterpflicht keine Abschottung darstellt, zeigt die erfolgreiche Umsetzung der Anerkennungsrichtlinie. In über 500 Verfahren konnte ausländischen Antragsstellern geholfen werden, dass sie für Hamburg eine Anerkennung bekommen.

Ich freue mich, dass die SPD eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt hat, sodass wir das Thema dort vertiefen können, und freue mich jetzt auch auf die Debattenbeiträge der anderen Kollegen und Kolleginnen. – Vielen Dank.

(Hjalmar Stemmann)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Gutzki-Heitmann.

Birte Gutzki-Heitmann SPD:* Verehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Wenn man den CDU-Antrag liest, dann wird deutlich, dass er nicht ganz schlüssig ist. Die Überschrift des Antrags lautet: "Die duale Ausbildung im Hamburger Handwerk stärken!" Nun, gegen eine Stärkung der dualen Ausbildung kann niemand etwas haben. Daher war, als ich weiterlas, meine Spannung sehr groß, was konkret die CDU beitragen will, damit unser hervorragendes duales Ausbildungssystem verbessert werden kann. Jeder gute Vorschlag, der der Stärkung des Handwerks dient, verdient Unterstützung. In Ihrem Antrag, liebe CDU, findet sich aber kein einziger Vorschlag, wie denn nun diese Verbesserung erreicht werden soll. Der Beschlusstext von Ihnen lautet:

"Der Senat wird aufgefordert, sich auf europäischer Ebene und über den Bundesrat ausdrücklich für den Bestand der dualen Ausbildung im Handwerk und gegen eine Herausnahme weiterer Handwerksberufe aus der Meisterpflicht einzusetzen."

Darum geht es Ihnen also, um die Herausnahme der Meisterpflicht. Liebe CDU, warum schreiben Sie nicht gleich in die Überschrift, worum es Ihnen geht? Warum reden Sie drumherum? Warum tun Sie vor allem so, als würden Sie tatsächlich einen Beitrag zur Verbesserung der dualen Ausbildung leisten?

Nun muss ich Ihnen, liebe CDU, auch noch sagen, dass die EU-Kommission nicht beabsichtigt, die Meisterpflicht abzuschaffen, schon gar nicht soll unser duales Ausbildungssystem geschwächt werden. Das sind Hirngespinnste, die Sie aufbauen.

(Dr. Roland Heintze CDU: Ja, ja, ja!)

Die EU-Kommission hat die Mitgliedsstaaten aufgerufen, die Zugangsschranken für die regulierten Berufe zu begründen und zu hinterfragen. Somit soll alles transparenter und vergleichbarer werden. Ferner soll eine Karte erstellt werden, von der Fachkräfte mit einem Blick ablesen können, welche Voraussetzung für die Ausübung ihrer Tätigkeit in welchem Land gefordert wird.

(Beifall bei der SPD)

So kann und soll auch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden.

Wir, die SPD, haben mit unserem Masterplan Handwerk den hohen Stellenwert des Handwerks unterstrichen. Vielleicht zu Ihrer Verwunderung muss ich noch einen letzten, aber doch sehr wichtigen Punkt ausführen, warum Ihr Antrag ein Schuss

ins Blaue ist. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag geschrieben – ich zitiere –:

"Wir werden allerdings unverändert darauf hinwirken, dass der Meisterbrief nicht durch Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt wird und erhalten bleibt."

(Jörg Hamann CDU: Sehr gut! und Beifall)

Ich freue mich auf eine anregende Debatte im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort hat nun Herr Dr. Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben einen Antrag von Herrn Stemmann vorliegen – sozusagen ein bisschen Lobbyismus in eigener Sache –, der zum großen Teil in die richtige Richtung zielt. Und dann haben wir die SPD, wo man merkt, es harmoniert noch nicht so ganz in der Großen Koalition in Berlin.

Materiell halten wir den Antrag für richtig – die Überweisung finden wir gut –, und ich stimme Ihnen zu, dass der Beschlusstext natürlich nicht das Wichtigste ist, was man für die Stärkung des Hamburger Handwerks tun kann, aber grundsätzlich sollte sich das Parlament auch nicht kleiner machen als es ist. Wenn die Hamburgische Bürgerschaft beschließt, dass ihnen der Meister ein wichtiges Anliegen ist, dann ist das auch ein Statement, und wir sollten nicht so tun, als ob das irrelevant wäre.

In der Tat weisen Sie, Herr Stemmann, zu Recht auf ein Paradoxon in den Ausführungen der Europäischen Kommission hin. Zum einen sagt die Europäische Kommission, die duale Ausbildung würde dazu führen, dass die Bundesrepublik mit 7,4 Prozent die niedrigste Jugendarbeitslosigkeitsquote aller europäischen Länder habe und empfiehlt das duale Ausbildungssystem, das europaweit quasi Best Practice ist und implementiert werden soll, und gleichzeitig soll dieses duale Ausbildungssystem dadurch untergraben werden, dass mehr Berufe aus dem Meisterzwang herausgenommen werden, denn letztlich ist klar: Ohne einen Meister gibt es keine Ausbildung. Deswegen ist Ihr Antrag das richtige Signal, und deswegen stimmen wir ihm materiell in der Sache zu.

Unter Rot-Grün hat es eine Reform der Handwerksberufe mit Meisterpflicht gegeben. Zwar halten wir weiterhin daran fest, dass ein Änderungsschneider nicht unbedingt einen Meister braucht, man muss aber, wenn man über diese Reform noch einmal nachdenkt, einiges kritisch hinterfragen. Im Bäckerhandwerk zum Beispiel sind die Brötchen jedenfalls in Hamburg nicht günstiger ge-

(Dr. Anjes Tjarks)

worden und die Qualität auch nicht besser. Und vor diesem Hintergrund kann man überlegen, ob alles, was herausgenommen worden ist, auch sinnvoll war.

Warum wollen wir den Meister? Ein Meister ist besser in der Betriebsführung, er hält seinen Betrieb länger am Laufen, er geht seltener insolvent, er kann ausbilden. Wir haben zwei wesentliche Kriterien, wofür wir einen Meisterzwang brauchen, die Gefahrengeneigtheit des Berufs und die Ausbildungsleistung. Ich glaube, wir sollten uns weiter dafür einsetzen, dass die duale Ausbildung dem Hamburger Handwerk und dem deutschen Handwerk dort erhalten bleibt.

Ein weiterer Punkt ist uns wichtig, das sage ich in Richtung Handwerkskammer, die sich nicht nur rhetorisch, sondern auch inhaltlich im Hauptamt – im Ehrenamt vielleicht noch nicht – in dieser Richtung aufstellt. Natürlich darf ein Meisterzwang nicht dazu führen, dass man das Handwerk abschottet. Gerade im Handwerk brauchen wir eine Öffnung in Richtung Migranten und in Richtung Frauen. Es ist auf der hauptamtlichen Ebene immer sehr deutlich zu spüren, dass Bemühungen in diese Richtung gehen; im Ehrenamt scheint das noch nicht so gleichmäßig angekommen zu sein. In dem Moment, wo der Meisterzwang zu einer Diskriminierung von anderen, insbesondere von zugewanderten Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt, führt, kann dies zu einem Problem werden.

(Birgit Stöver CDU: Darum geht es doch!)

Wir werden im Ausschuss weiter diskutieren, ich weiß allerdings nicht worüber; wir könnten dem Antrag auch zustimmen. Aber wenn die SPD das überweisen will, dann werden wir auch einer Überweisung zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Hjalmar Stemann CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wovon sprechen wir eigentlich, wenn wir über duale Ausbildung diskutieren? Wir meinen eine Berufsausbildung, die sowohl im Betrieb als auch in der Schule erfolgt und damit beispielhaft praktisches und theoretisches Wissen miteinander verknüpft. Der Berufsabschluss wird dabei, unabhängig von der Gesellenprüfung, zuerkannt und kann auch einen fehlenden Hauptschulabschluss ersetzen und unter bestimmten Voraussetzungen auch als Fachoberschulreife anerkannt werden. Herr Stemann hat völlig recht, diese Form der Berufsausbildung hat sich in Deutschland bewährt und hat auch international einen hervorragenden Ruf. Die

Meisterpflicht wiederum gilt historisch als Gütesiegel dieser Form der Ausbildung, als ein Zeichen für Kompetenz und Qualität.

Herr Tjarks hat es schon erwähnt: Mit der Handwerksnovelle im Jahr 2004 ist erstmals der sogenannte Meistervorbehalt, der das Bestehen einer Meisterprüfung für selbstständige Handwerksbetriebe voraussetzte, für eine Vielzahl von Gewerken aufgehoben worden und auf nunmehr 41 zulassungspflichtige Gewerke beschränkt worden. Ziel dieser Reform war die wirtschaftliche Stärkung des Handwerks, eine Erleichterung von Existenzgründungen und auch die Bekämpfung von Schwarzarbeit. Gegner des Meisterzwangs plädieren für eine Liberalisierung des Marktes, argumentieren mit möglichen Versorgungsengpässen, die sonst entstehen könnten, und unterstellen, dass die Gründung besonders effizient arbeitender Spezialbetriebe anderenfalls behindert werden würde. Die Befürworter wiederum verweisen auf die hohen Anforderungen an handwerkliche Berufe, vor allem im Hinblick auf Verbraucherschutz und Sicherheit. Auch innerhalb der FDP werden diese Argumente immer wieder ziemlich kontrovers diskutiert. Ohne Zweifel gilt, dass der Meisterbrief ein hohes Qualitätsmerkmal für die Verbraucher ist.

Wie ist es nun, wenn man sich die Auswirkungen der Handwerksrechtsnovelle 2004 anschaut? Man wird zunächst einmal feststellen, dass sich in der Tat die Zahl der Betriebsgründungen zwischen 2004 und 2007 mehr als verdoppelt hat. Die abgeschlossenen Meisterprüfungsverfahren des deutschen Handwerks mit bestandener Prüfung entwickeln sich dementsprechend seitdem rückläufig. Es gibt also mehr Gründungen in den Bereichen, die nicht mehr dem Meisterzwang unterliegen, und insgesamt einen rückläufigen Trend in den Meisterprüfungsverfahren, nachzulesen – sehr interessant – in der Bundestagsdrucksache 17/7313. Bisher liegen keine Erkenntnisse vor, wie sich die teilweise Abschaffung der Meisterpflicht tatsächlich auf die Qualität des Handwerks ausgewirkt hat, und auch nicht, wie sie sich ausgewirkt hat auf die Qualität der Ausbildung.

Die Europäische Kommission sieht die Anzahl der Berufe mit Reglementierung innerhalb der Europäischen Union als zu hoch an und fordert daher eine weitere Überprüfung ungerechtfertigter Beschränkungen. Im Hinblick auf die Meisterpflicht in Handwerksberufen vertritt die FDP jedoch die Einschätzung, dass ein weiterer Abbau zum jetzigen Zeitpunkt der falsche Weg wäre. Ich halte es in der Tat auch für richtiger, wenn zunächst die Wirkung der Auflösung des Meisterzwangs im Rahmen der letzten Handwerksrechtsnovelle evaluiert werden würde, denn nur eine solche Evaluation kann die Auswirkungen auf die Qualität von Ausbildung und Leistung klären. Erst danach wären vor dem Hintergrund des europäischen Dienstleistungsmarktes

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

gegebenenfalls weitere Schritte in Richtung einer Liberalisierung zu prüfen.

Das Ziel der EU, den Zugang zu reglementierten Berufen zu erleichtern, geht nach unserer Auffassung grundsätzlich in die richtige Richtung. Jedoch darf es dadurch nicht zu einem Aufweichen von deutschen Qualitätsstandards kommen. Wie auch der Diplomingenieur ist eben der deutsche Handwerksmeister ein Qualitätsbegriff für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Meisterbrief verfügt über eine lange Tradition und steht bei Verbrauchern für eine fachlich gute Beratung und die verlässliche Ausführung von Leistung. Unser duales Ausbildungssystem basiert auf hoher Qualifikation der Meister und sorgt entscheidend für gut ausgebildeten Nachwuchs und eine im europäischen Vergleich sehr geringe Jugendarbeitslosigkeit.

Die FDP-Fraktion stimmt der Ausschussüberweisung des Antrags zu und unterstützt das Petition des CDU-Antrags auch in der Sache. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Der CDU-Antrag hat eine missverständliche Überschrift. Es geht im Kern nicht um die Sicherung der dualen Ausbildung. Es geht darum, dass weitere Handwerke von der Meisterpflicht ausgenommen bleiben. Das begründet die CDU mit prekären Geschäftsmodellen und damit, dass die duale Ausbildung gesichert bleiben muss. Was hat nun das eine mit dem anderen zu tun? Ich finde, wenig.

DIE LINKE findet eine Meisterqualifikation durchaus sinnvoll. Sie ist vertrauenerweckend und steht für Qualität. Wir finden aber auch, dass sie nicht länger Zwangsvoraussetzung zur Eintragung in die Handwerksrolle sein darf.

(Beifall bei der LINKEN)

Historisch war diese Maßnahme sicherlich sinnvoll, um die Qualität der handwerklichen Arbeit, die Ausbildung des Nachwuchses und auch die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterführung sicherzustellen und hochzuhalten. In unserer globalisierten Welt, konkret der Europäischen Union, hat sich diese Restriktion mittlerweile jedoch zu einem entscheidenden Wettbewerbsnachteil für regionale Handwerksbetriebe entwickelt. Der Nachteil liegt ganz einfach darin, dass Handwerksgezellinnen- und -gesellen aus anderen europäischen Staaten ohne eine solche Qualifikation und somit deutlich preiswerter handwerkliche Leistungen anbieten und vorhalten können.

Seit 2004 gibt es in 53 Handwerken, darunter Fliesenleger und Schuhmacher, die Möglichkeit, ohne Meisterbrief einen Betrieb zu führen. Was das genau für Folgen hatte und wie diese Folgen mit der Deregulierung vieler Arbeitsschutzgesetze zusammenhängen, muss umfassend geprüft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorschnelle Zusammenhänge herzustellen finde ich unseriös. Zehn Jahre nach der Teilaufhebung der Meisterpflicht ist eine gute Zeit, um eine Bilanz zu ziehen. Dazu gehört meiner Meinung nach dann aber auch zu hinterfragen, wie sich die Kammerpflicht auswirkt und wie das Kammerwesen praktisch gelebt wird. Schauen Sie sich an, was die Handelskammer jetzt erlebte, vielleicht hat Sie das auch schon zum Nachdenken gebracht.

DIE LINKE fordert, die Handwerksnovelle von 2004 – Herr Kluth, da stimme ich Ihnen zu – zu evaluieren und die Handwerkskammer zu demokratisieren, verehrte Abgeordnete.

(Beifall bei der LINKEN)

In kaufmännischen Berufen gibt es übrigens keinen Meisterzwang. Hier reichen Gehilfenbeziehungsweise Gehilfenbriefe aus, um selbstständig arbeiten zu können. Zur Ausbildung von Nachwuchs gibt es hier die Ergänzungsqualifikation Ausbildereignungsprüfung. Und nun sagen Sie mir nicht, dass die Ausbildung im kaufmännischen Betrieb kritikwürdig ist, weil es dort keine Meisterin beziehungsweise keinen Meister gibt. Den kaufmännischen Meister beziehungsweise Meisterin, nämlich die Zusatzqualifikation zur Fachwirtin beziehungsweise zum Fachwirt gibt es auch schon seit vielen Jahren. Sie ist jedoch keinem Zwang unterworfen.

Der Meisterbrief im Handwerk ist eine Hürde und aus meiner Sicht eine zu hohe Hürde auf dem Weg in die Selbstständigkeit. Er hindert nach meiner Einschätzung auch Frauen, sich im Handwerksgewerbe selbstständig zu machen. Wir regen daher dringend an, den Handwerksmeisterzwang zu überdenken. Österreich hat ihn übrigens bereits 1999 abgeschafft.

Der Strukturwandel im Handwerk ist dramatisch. Seit Jahren klagt das Handwerk über Fachkräftemangel und schiebt das auf die mangelnde Qualität von Bewerberinnen und Bewerbern. Dass die Anzahl der prekär Beschäftigten zugenommen hat, ist eine objektive und auch bedrohliche Tatsache. Man wird das aber sicherlich nicht durch die Aufrechterhaltung des Meisterzwangs stoppen können, sondern vielmehr dadurch, dass die Verwahrlosung des Arbeitsmarkts endlich beendet wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer Minijobs befürwortet und gegen Mindestlöhne ist, muss sich doch nicht wundern, wenn dadurch

(Kersten Artus)

Konkurrenzen geschaffen werden, die traditionellen Handwerksbetrieben das Wasser abgraben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist einfaches, volkswirtschaftliches Einmaleins. Aus Sicht der LINKEN geht es der CDU daher nur darum, Konkurrenzen auszuschalten, indem die Hürde des Meisterzwangs aufrechterhalten bleibt. Sie erreichen das damit aber nicht, Sie verschlimmern sogar die Situation.

Einer Überweisung an den Ausschuss stimmen wir daher zu. Dort können wir die Thematik vertieft diskutieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf Herrn Tjarks nur mit einigen wenigen Zahlen antworten.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Jetzt langweilen Sie uns nicht mit Zahlen!)

Das nimmt auch den Argumenten von Frau Artus ein bisschen die Grundlage weg, es geht nämlich um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Da hat es nach Anerkennungsgesetz in Hamburg 171 Anträge gegeben, davon sind 71 voll anerkannt worden, 49 sind mit einer Teilanerkennung gelaufen. Aber es wurde gleichzeitig in der Beratung auch aufgezeigt, wie man nachqualifizieren kann, um auch da zu einer Vollanerkennung zu kommen. 36 Anträge sind noch in der Bearbeitung. Das ist, gemessen an der Zahl der Meisterprüfungen, die in Hamburg abgelegt werden, ein sehr, sehr hoher Wert. Und, um dieser Frage vorzubeugen, rund 27 Prozent der Antragsteller waren Frauen. Das entspricht ungefähr dem Wert, den wir auch bei den Meisterprüfungen haben.

Ländermäßig deutlich an der Spitze lag Polen, gefolgt von der Türkei, Iran und Russland. Die übrigen europäischen Staaten dümpeln so ein wenig dahin, aus den Ländern kommt nicht sehr viel. Aber das Argument, dass der Meisterbrief als Abschottung genutzt wird, ist mit diesen Zahlen ad absurdum geführt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Wenn nun keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte einer Überweisung der Drucksache 20/10694 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 65, Drucksache 20/10869, Antrag der SPD-Fraktion: Gesundheitsförderung für Langzeitarbeitslose.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Gesundheitsförderung für Langzeitarbeitslose
– Drs 20/10869 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion federführend an den Gesundheitsausschuss sowie mitberatend an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen. Wer wünscht dazu das Wort? – Herr Kekstadt.

Gert Kekstadt SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! In der Wissenschaft, in der Fachwelt und damit insbesondere auch bei den Krankenkassen besteht mittlerweile Konsens darüber, dass zwischen Langzeitarbeitslosigkeit beziehungsweise prekärer Beschäftigung und gesundheitlichen Einschränkungen eine Korrelation besteht. Darüber hinaus ist im Februar 2012 auf Bundesebene die Empfehlung zur Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und der gesetzlichen Krankenversicherung zum Thema Arbeitslosigkeit und Gesundheit verabschiedet worden. Darin heißt es unter anderem, dass neben weiteren Ursachen wie mangelnder Qualifikation die gesundheitliche Leistungsfähigkeit von Arbeitslosen eine bedeutsame Ursache für das Scheitern von Integrationsbemühungen und den Verbleib der Menschen in den sozialen Sicherungssystemen sei. Aktuelle Untersuchungen zufolge weisen circa 35 Prozent der Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende gesundheitliche Einschränkungen auf.

Auch wenn die Bundesagentur für Arbeit und die gesetzlichen Krankenversicherungen in dieser Aufgabe ein wichtiges Handlungsfeld sehen, so ist es nach meinem Kenntnisstand auf Bundesebene bisher nur in wenigen Ausnahmefällen zu einer systematischen Umsetzung der Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und gesundheitsfördernden Angeboten gekommen. Ein solches Beispiel befindet sich in Köln. Dort wurde eine sogenannte Kölner Lösung in Form einer Rahmenvereinbarung mit einigen Krankenkassen zum Modellprojekt Gesundheitsförderung für arbeitslose Menschen im Sommer 2012 abgeschlossen. Beteiligte Partner sind neben einem zentralen Träger insbesondere vier Krankenkassen: AOK Rheinland/Hamburg, Barmer, BKK und IKK und das dortige Job-Center. Das Kölner Konzept besteht im Wesentlichen aus zwei Elementen: individuelle Gesundheitsberatung und Präventionskurse. Dieses Konzept soll arbeitslosen Menschen einen niedrigschwelligen Zugang und Angebote insbesondere im Rahmen der Primärprävention ermöglichen.

(Gert Kekstadt)

Auch wenn dieser Projektansatz nicht 1:1 auf Hamburg zu übertragen ist – so fehlen hier zum Beispiel die Kammern und die Gewerkschaften in der Kooperation –, stellt dieser Ansatz gleichwohl ein Beispiel einer gelungenen Kooperation zwischen Krankenkassen dar.

(Beifall bei der SPD)

Daher soll dieser Ansatz eine Grundlage für das Modellprojekt in Hamburg sein. Vor diesem Hintergrund möchte die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag einen Beitrag für eine unterstützende Gesundheitspolitik leisten, um die negativen Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Krankheit im Rahmen eines Setting und individuellen Ansatzes zu mildern.

(Beifall bei der SPD)

Den Überweisungsantrag der FDP lehnen wir ab.

(Beifall bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Die inhaltliche Zielrichtung dieses Antrags ist richtig und unstrittig, und eine zusätzliche Belastung – das ist nicht unwichtig – des Haushalts ist nicht erforderlich.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir noch eine abschließende Anmerkung. Neben der unbestrittenen Korrelation von Langzeitarbeitslosigkeit beziehungsweise Armut und der gesundheitlichen Situation der Menschen lässt sich feststellen, dass zwischen sozial benachteiligten Stadtteilen gemäß dem Sozialmonitoring der Stadtentwicklungsbehörde und der bestehenden medizinischen Versorgung in den Stadtteilen gleichfalls eine Korrelation besteht. Daher könnte ein Ergebnis dieses Modellprojekts auch sein frei nach dem Motto: Wenn der Prophet in weiß nicht zum Berg kommt, muss der Berg zum Propheten kommen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Dr. Föcking.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kekstadt, da können wir gleich im Bilde bleiben mit dem Berg, denn als ich Ihren Antrag las, war mein erster Eindruck, der Berg kreißt und er gebiert eine Maus.

(Beifall bei der CDU und bei *Martina Kaesbach FDP* und *Tim Golke DIE LINKE* – *Dirk Kienscherf SPD*: Dann haben Sie noch einmal nachgelesen!)

Sie sagen in Ihrem Antrag, dass Hamburg eine Offensive zur Verbesserung der Situation von langzeitarbeitslosen Menschen starte. Offensive, das klingt ambitioniert und der geneigte Leser erwartet Großes. Diese Offensive gilt, so erfahren wir dann,

der gesundheitlichen Situation von Langzeitarbeitslosen. Die ist tatsächlich schwierig, und gerade Langzeitarbeitslose werden bisher von Gesundheitsangeboten nur sehr schlecht erreicht.

Warum ist das ein wichtiges Thema? Sie haben es schon ausgeführt. Im Vergleich zu anderen Versicherten sind Langzeitarbeitslose länger krank, bekommen häufiger Medikamente verschrieben und sind länger im Krankenhaus. Arbeitslosigkeit selbst, das weiß man mittlerweile, kann krank machen, und umgekehrt sind es oft gerade gesundheitliche Probleme, die dafür sorgen, dass der oder diejenige keine Arbeit bekommt. Insofern ist das Thema wichtig, und das hat auch schon 2001 die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung erkannt und deshalb einen Kooperationsverbund initiiert. Auf der Homepage dieses Kooperationsverbundes, lieber Herr Kekstadt, gibt es übrigens mittlerweile weit über 100 Projekte in ganz Deutschland.

(*Gert Kekstadt SPD: 109!*)

– 109, immerhin.

Und die zeigen, dass da schon einiges in Bewegung geraten ist.

Allerdings zeigt diese Homepage auch, dass diese Projekte durchaus unterschiedlichen Erfolg haben. Die Gesundheit vieler Arbeitsloser verbessert sich, solange sie in dem Gesundheitskurs oder Ähnlichem sind, aber was passiert nach Kursende? Darauf macht übrigens auch der Träger des Kölner Modells, auf das Sie eingehen, aufmerksam, denn die Zahlen sind noch nicht sehr überzeugend. Nach einem Dreivierteljahr waren ganze 110 arbeitslose Menschen erreicht worden.

Da will die SPD mit ihrer Offensive, so habe ich zunächst gedacht, doch sicher ganz andere Dimensionen erreichen. Doch wer die zwei Seiten Begründung gelesen hat und zum Petitum kommt, ist enttäuscht. Sie fordern nämlich nur ganz allgemein ein modellhaftes, mehrjähriges Projekt, das ein niedrigschwelliges Beratungs- und Leistungsangebot bereitstellen soll. Dass es dabei um Gesundheitsförderung gehen soll, steht in dem Antrag an der Stelle nicht einmal mehr drin. Genauso wenig wird gesagt, wann das Projekt gestartet werden soll, welche Langzeitarbeitslosen erreicht werden sollen und wie viele, von möglichen Kosten ganz zu schweigen.

Diese Fragen hätten wir gern mit Ihnen im Sozial- oder im Gesundheitsausschuss geklärt. Zum Beispiel auch die Frage, ob man nicht weitere Akteure wie die Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung oder die von Ihnen initiierte Hamburger Fachkräftestrategie und deren Träger hätte einbeziehen können, aber Sie wollen keine Überweisung. So bleibt Ihr Antrag denkbar unkonkret, Ihre große Offensive hat eher die Dimension einer Maus. Aber seine Absicht ist richtig, und so

(Dr. Friederike Föcking)

stimmen wir, wenn auch enttäuscht, zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort hat nun Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GRÜNE:*

(Zuruf aus dem Plenum: Du hast Geburtstag heute!)

– Volle Dröhnung heute. Aber ich habe gerade erfahren, dass die letzte Debatte gestrichen ist, wunderbar.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde es vorwegnehmen, wir werden uns bei diesem Antrag enthalten.

(Zuruf aus dem Plenum: Mutig!)

– Sehr mutig.

Ich kann mich in der Bewertung des Antrags vielen Punkten anschließen, die Frau Dr. Föcking gerade dargelegt hat. Ich würde gern das Thema noch um zwei Schleifen weiterdrehen, und vielleicht wird dann auch klar, warum wir diesen Vorstoß, der natürlich ein richtiges Anliegen beinhaltet, nämlich die bessere Gesundheitsförderung von Langzeitarbeitslosen – ich denke, das wollen wir alle – noch für etwas unausgegoren und vielleicht nicht so richtig in das System passend halten.

Es ist völlig klar, dass Menschen, die lange vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, diejenige Bevölkerungsgruppe ist – das wird auch in allen Studien deutlich –, die am stärksten von körperlichen und psychischen Erkrankungen bedroht ist. Gesundheitsprävention ist dann am effektivsten, wenn sie dazu führt, dass man in den Arbeitsmarkt zurückkehrt. Wir haben schon oft darüber gesprochen, dass Arbeit krank machen kann, aber genauso haben wir sehr viele Fälle – in Hamburg sind es 68 000 Langzeitarbeitslose, um die wir uns kümmern müssen, mit denen gearbeitet werden muss –, bei denen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt teilweise auf eine lange Perspektive, vielleicht sogar für immer, absolut versagt bleibt.

Deshalb hätten wir uns erhofft, wenn ein solcher Vorstoß kommt, bei dem es darum geht, langfristigen Krankheiten vorzubeugen und das für eine Gruppe, die ohnehin schon, wie es so schön heißt, sich in diesen komplexen Profillagen befindet, also multiple Probleme hat, dass es hier größere Anstrengungen gibt, auch vonseiten des Senats, den sozialen Arbeitsmarkt stärker in den Mittelpunkt zu rücken und ein richtiges Angebot zu machen, diese Menschen in Arbeit zu bringen und das als starke Gesundheitsprävention zu begreifen.

Der zweite Punkt, auch das haben wir in diesem Haus schon häufiger besprochen, ist, dass Ihr Vorstoß relativ unaufmerksam am Parlament vorbei eine Neuausrichtung der psycho-sozialen Beratung und Betreuung von Arbeitslosen auf den Weg bringt. Das bedeutete eine drastische Einschränkung von Unterstützung für Langzeitarbeitslose. Das ist in unseren Augen ein Abbau des Systems von Prävention gewesen, und zwar von niedrigschwelligen und vertraulichen Zugängen. Wir hätten uns gewünscht, dass man hier aufsattelt und das Problemfeld und die Herausforderung der Gesundheitsprävention an das bestehende System andockt, dass man auf bewährten Strukturen aufbaut, diese nicht völlig wegwischt und auf ein Modellprojekt aus Köln zurückgreift, von dem überhaupt nicht klar ist, wie viele Menschen es tatsächlich erreicht hat, wie viele Menschen es danach geschafft haben und inwiefern es überhaupt als tragfähig evaluiert wurde. Sie meinen, jetzt damit den großen Vorstoß in der Gesundheitsprävention von Langzeitarbeitslosen zu machen. Die Zielrichtung muss also der soziale Arbeitsmarkt sein.

Die zweite Forderung, die sich für uns daraus ableitet: Warum gibt es diese Neuausrichtung der psycho-sozialen Betreuung und Beratung, die in etwas mündet, was uns jetzt noch nicht so plausibel erscheint? Und warum gibt es hier neue Modellprojekte zu bestimmten Feldern? Warum integriert man das nicht in eine Struktur, die es gegeben hat und die jetzt von Ihnen zerschlagen wurde? Sie nehmen ein Modellprojekt, dessen Ausgang ungewiss ist und von dem wir nicht wissen, ob es in anderen Städten erfolgreich gewesen ist. Wir würden uns wünschen, dass man hier ganzheitlicher denkt und diese Gruppe der Menschen ernsthafter wieder in Richtung Arbeitsmarkt zurückführt. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Frau Kaesbach.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne nicht ganz so lyrisch wie Frau Dr. Föcking, aber meine Kritik geht in eine ähnliche Richtung. Es ist ein großer Aufschlag, aber zumindest zurzeit wenig dahinter. Arbeitslosen wird schon heute eine Vielzahl arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zur Qualifizierung und Reintegration angeboten. Diese Angebote haben sich in der Regel auch bewährt, aber leider werden dabei noch immer die Aspekte der Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung zu wenig berücksichtigt.

Wie schon meine Vorredner ausgeführt haben, zeigen zahlreiche Studien erhebliche negative Auswirkungen der Langzeitarbeitslosigkeit auf die Gesundheit der Betroffenen. Psychische und körperliche

(Martina Kaesbach)

che Erkrankungen, Angstzustände, Depressionen, Bluthochdruck, Herzinfarkt oder Schlaganfall treten bei Langzeitarbeitslosen nachgewiesenermaßen verstärkt auf.

Auch wenn die Gesundheitsförderung für Arbeitslose in den letzten Jahren einen größeren Stellenwert erhalten hat, ist in diesem Bereich noch einiges zu verbessern. Von daher begrüßt die FDP den Vorschlag, auch in Hamburg ein modellhaftes Projekt zu initiieren, bei dem den Betroffenen ein niedrigschwelliges Beratungs- und Leistungsangebot bereitgestellt wird. Jedoch ist uns der SPD-Antrag inhaltlich noch viel zu dünn, Herr Kekstadt.

(Beifall bei der FDP)

In Ihrem Antrag sind weder konkrete Angebote benannt, noch ist klar, wie die Finanzierung dieser Maßnahmen aussehen soll. In der Antragsbegründung wird zwar auf ein Projekt in Köln verwiesen. Ob aber dieses Beispiel wirklich so gut gewählt ist – meine Vorredner sprachen es auch schon an –, wage ich zu bezweifeln. So hängt dort nämlich die Teilnahme an den Maßnahmen von der Einschätzung der Jobcenter-Mitarbeiter ab. Es ist fraglich, ob diese Mitarbeiter wirklich den gesundheitlichen Förderbedarf richtig einschätzen können. Zudem werde in Köln häufig individuelle Gesundheitsberatung angeboten. Das klingt gut, aber nach einem Artikel im Deutschen Ärzteblatt haben diese individuellen Beratungen nur sehr geringe gesundheitliche Effekte gezeigt. Es zeigt sich einmal mehr, liebe SPD: Gut gemeint ist noch längst nicht gut gemacht.

Wir bedauern, dass sich die SPD unserem Überweisungsbegehren verweigert. Wir können somit leider nicht mehr dem Antrag die erforderliche inhaltliche Tiefe verleihen oder spezielle Regelungen diskutieren. Wir werden uns bei dem Antrag enthalten

(Dirk Kienscherf SPD: Ach!)

und den Verlauf des Modellprojekts mit anderen parlamentarischen Mitteln begleiten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Frau Artus, Sie haben das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE: * Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Die Analyse der SPD stimmt. Langzeitarbeitslose haben eine kürzere Lebenserwartung, sie haben ein höheres Risiko für bestimmte Erkrankungen, und richtig wird auch die Feststellung aus dem Deutschen Ärzteblatt zitiert, dass Arbeitslose eine gesundheitliche Risikogruppe darstellen. Natürlich schlussfolgern Ärztinnen und Ärzte aus ihrem Verantwortungsbewusstsein heraus, dass für die gesundheitliche Förderung

von sozial benachteiligten Menschen daher in besonderem Maße Angebote zur Vorsorge von Erkrankungen verfügbar gemacht werden müssten.

Heruntergebrochen auf die Hamburger Situation stellt die SPD fest, dass es 67 900 Menschen sind, die sogenannte komplexe Profillagen aufweisen, und 81 800 der erwerbslosen Hilfebedürftigen schon länger als zwei Jahre SGB-II-Leistungen beziehen. Und für diese Menschen will die SPD-Fraktion Hamburg jetzt etwas tun. Und was will sie tun? Sie will ein mehrjähriges Projekt in Hamburg initiieren, ein Beratungs- und Leistungsangebot bereitstellen. Verehrte SPD-Abgeordnete, wir werden Ihren Antrag ablehnen,

(Beifall bei der LINKEN)

und zwar deswegen, weil kein anderer Antrag wie dieser deutlich macht, wie sich die SPD als Ärztin an das Krankenbett des Kapitalismus setzt.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der SPD und der FDP: Oh, oh!)

DIE LINKE steht für grundsätzliche Veränderungen in der Beschäftigungspolitik.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE (fortfahrend): DIE LINKE steht für grundsätzliche Veränderungen in der Beschäftigungspolitik. Sie steht dafür, Arbeitsplatzvernichter in die Pflicht zu nehmen.

(Zurufe von der CDU: Jawohl!)

Sie steht dafür, Hartz IV abzuschaffen

(Beifall bei der LINKEN)

und stattdessen eine repressionsfreie Grundsicherung für alle Menschen einzuführen, die nicht in der Lage sind, durch Erwerb ihren Lebensunterhalt zu sichern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Caritas und auch die gesetzlichen Krankenkassen beschäftigen sich schon lange mit der Thematik, was man tun kann, um die Gesundheitsgefährdung infolge von Langzeitarbeitslosigkeit zu mindern. Beispielsweise sollen gesundheitliche Präventionskurse für Langzeitarbeitslose endlich kostenlos sein. Und auch der Deutsche Gewerkschaftsbund kommt in einer Studie über die Gesundheitsschädigung, die vor allem psychischer Natur und oft irreparabel sind, zu dem Ergebnis, dass Präventionsmaßnahmen der Krankenkassen Erwerbslose überhaupt nicht erreichen.

Und was soll jetzt ein mehrjähriges Pilotprojekt? Es wird das Gleiche dabei herauskommen. Dieser An-

(Kersten Artus)

trag ist ein Schaufensterantrag erster Güte. Sie müssen sich doch ernsthaft fragen, verehrte SPD, wo der letzte Rest Ihrer Glaubwürdigkeit geblieben ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Hartz-Gesetze haben doch erst bewirkt, dass Menschen in Erwerbslosigkeit verhaften.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Verehrte Abgeordnete! Seit diese Gesellschaft mit den Hartz-Gesetzen leben muss, also seit über zehn Jahren, hat sich die Situation für Erwerbslose massiv verschlechtert. Es ist nachgewiesen, dass man sich mit dem Hartz-IV-Satz nicht gesund ernähren kann. Das hat das gut verdienende SPD-Mitglied Thilo Sarrazin schon dazu gebracht, zynische Vorschläge zu machen, wie man sich mit 4,52 Euro am Tag wertstoffreich ernähren kann.

(Dirk Kienscherf SPD: Stimmt! – Finn-Ole Ritter FDP: Wer hat das erwiesen?)

DIE LINKE fordert deswegen, den Hartz-IV-Regel-satz endlich auf zunächst 500 Euro heraufzusetzen

(Zuruf von Dirk Kienscherf SPD)

und mittelfristig eine Mindestgrundsicherung von 1050 Euro einzuführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Schauen wir uns einmal die weiteren Ursachen an, die Erwerbslose krank machen. Wenn Sie alle einmal konkret ertragen müssten, wie das ist, wenn ein Job-Center Sie sanktioniert, dann würden Sie es wissen. Es sind die Leistungskürzungen.

(Finn-Ole Ritter FDP: Woher wollen Sie das wissen?)

Es gibt zuhauf Berichte von Menschen, die Eingliederungsmaßnahmen nicht einhalten konnten und denen deswegen ihre Mindestgrundsicherung gekürzt wurde. Dann bleiben noch nicht einmal 4,52 Euro am Tag, um sich Essen zu kaufen. Depressionen bei Arbeitslosen kann vor allem dadurch begegnet werden, dass in den Job-Centern endlich aufgehört wird, willkürlich kranke Menschen zu sanktionieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beschäftigten müssen endlich geschult und sensibilisiert werden, wie mit depressiven Menschen umzugehen ist. Dafür sollte endlich genügend Geld in die Hand genommen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Doch stattdessen, Frau Fegebank erwähnte es, dampfen Sie die unabhängige, psycho-soziale Beratung von Erwerbslosen in Hamburg sogar weg.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Pfui!)

Verehrte Abgeordnete! 30 Prozent der Hartz-IV-Empfängerinnen und –empfänger sind psychisch krank. Der Anteil steigt von Jahr zu Jahr, stellte das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung fest. In einem Bericht betonte der für Hartz IV zuständige Vorstandsmann der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, die Wechselwirkung zwischen Arbeitslosigkeit und psychischen Problemen – ich zitiere –:

"Diese können sowohl Ursache als auch Folge sein. Heute haben wir eher psychische Belastungssituationen in der Arbeitswelt, und ebenso kann natürlich auch Arbeitslosigkeit Depressionen und andere psychische Erkrankungen auslösen oder verstärken."

Wir wissen also auch über die Folgen der Stressbelastungen in den Betrieben gut Bescheid. Stattdessen aber doktern Sie als SPD an den Symptomen herum. Sie stellen mal hier und mal dort eine Diagnose, operieren und schnibbeln sinnlos mit politischen Initiativen herum. DIE LINKE steht hingegen für konsequente Lösungen in der Beschäftigungs-, Arbeitsmarkt- und auch in der Gesundheitspolitik.

(Finn-Ole Ritter FDP: Da muss ich mal ganz laut lachen!)

Ich fordere Sie auf: Ziehen Sie Ihren Antrag umgehend zurück und nähern Sie sich endlich unseren Positionen an.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Senatorin Prüfer-Storcks.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei der Gesundheitsförderung – und ich glaube, das war das Thema, über das wir jetzt sprechen wollten – gibt es eigentlich schon fast eine eherne Regel, nämlich die Regel, dass diejenigen, die es am nötigsten haben, am schwersten zu erreichen sind. Deshalb ist aus meiner Sicht jeder Beitrag, der dazu geeignet ist, Langzeitarbeitslosen den Zugang zu Präventions- und Gesundheitsförderungsmaßnahmen zu eröffnen und auch neue, spezielle Maßnahmen für sie aufzulegen, ein guter und dringend notwendiger Ansatz.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Gesundheit von Langzeitarbeitslosen ganz besonders gefährdet ist, ist heute schon vielfach erwähnt worden. Hamburger Arbeitslose stufen ihren Gesundheitszustand in Befragungen dreimal häufiger als mittelmäßig oder schlecht ein, als das Erwerbstätige tun. Langzeitarbeitslose haben ein höheres Risiko, viele Erkrankungen zu bekommen, insbesondere auch Depressionen oder Such-

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

terkrankungen, sie haben ein höheres Sterberisiko. Der schlechte Gesundheitszustand und die Arbeitslosigkeit bedingen sich auch gegenseitig. Arbeitslosigkeit kann sowohl Folge als auch Ursache einer Erkrankung sein. Und ganz besonders die Dauer der Arbeitslosigkeit beeinflusst die Gesundheit.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat die Lebenszufriedenheit von Langzeitarbeitslosen erhoben und festgestellt, dass sie so niedrig ist wie die der Pflegebedürftigen und damit deutlich niedriger als die der Allgemeinbevölkerung. Gesundheitsförderung und Prävention täte also not, und wir wissen, dass dies am allerbesten in Lebenswelten wie Kindergarten, Schule und Betrieb bis hin zum Pflegeheim funktioniert. Aber bei den Langzeitarbeitslosen ist die Lebenswelt Betrieb verschwunden. Deshalb müssen wir uns große Mühe geben, sie regelhaft und systematisch mit dem Angebot zu erreichen. Wir wissen aus den Erfahrungen zum Beispiel der "hamburger arbeit", dass Langzeitarbeitslose dazu neigen, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen, und dass sie die Motivation verlieren, etwas für sich und ihren Gesundheitszustand zu tun nach dem Motto: Wozu?.

Erhalt und Verbesserung des Gesundheitszustands von Arbeitslosen müssen deshalb genauso systematisch betrieben werden wie Investitionen in ihre Qualifikation, um ihre Erwerbsfähigkeit zu erhalten. Arbeitslosen mit konkreten Maßnahmen zu helfen, und das ist das Ziel des SPD-Antrags, ist deshalb notwendig, und ich begrüße diesen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in Hamburg gute Grundlagen, um hier an unsere Regelsysteme anzuknüpfen. Wir haben die psychosoziale Beratung und Betreuung, die eine ganzheitliche und umfassende Betreuung bietet. Die Beratungsleistungen der BASFI sind eng mit den Leistungen des Job-Centers verknüpft, und künftig sollen dort gesundheits- mit arbeitsmarktpolitischen Hilfestellungen Hand in Hand gehen. Denselben Ansatz einer besseren Kooperation der Leistungssysteme verfolgt auch das von der BASFI finanzierte Sozialberatungsprojekt Navigator. 40 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen kümmern sich um Langzeitarbeitslose. Sie vermitteln sie nicht nur in Arbeitsgelegenheiten, sondern auch in flankierende Leistungen wie Suchtberatung der Gesundheitsbehörde oder psychosoziale Beratungsinstitutionen. Mit diesem Regelverfahren und diesen Einrichtungen lassen sich sehr gut auch die Themen Gesundheitsförderung und Prävention verbinden. Es ist sehr sinnvoll, hierbei die Präventionskurse der Krankenkassen einzubeziehen, die diese finanzieren, und diese gerade für arbeitslose Menschen zugänglich zu machen. Die Job-Center können hier den Kontakt herstellen und

durch gezielte Ansprache von Arbeitslosen die Teilnahme fördern.

Daneben sollten auch spezielle wohnortnahe und sozialräumliche Präventionskurse speziell für Langzeitarbeitslose angeboten werden. Auch das geht nach dem SGB V und sollte sicherlich im Bereich Bewegung, Ernährung, Sucht und Stress erfolgen,

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

immer aber auch die Stärkung des Selbstwertgefühls der Arbeitslosen mit im Blick haben. Ein Modellprojekt, das sich an Köln orientieren kann, ist für Hamburg gut auflegbar und wird auch schon im Rahmen des Pakts für Prävention auf den Weg gebracht. Wir haben dort schon Kontakte geknüpft zwischen den Krankenkassen, den Beschäftigungsträgern und dem Job-Center, um eine solche Rahmenvereinbarung auf den Weg zu bringen.

Wir wären in Hamburg mit einem solchen Projekt auch gut aufgestellt im Hinblick auf die neuen Möglichkeiten, die uns das Bundespräventionsgesetz eröffnen soll. Wir bemühen uns seit Jahren darum, alle Sozialversicherungsträger und ganz ausdrücklich auch die Arbeitslosenversicherung in die Präventionsaufgabe einzubeziehen. Wir wollen, dass systematisch und dauerhaft finanziell abgesichert Mittel zur Verfügung stehen für Prävention und Gesundheitsförderung von Langzeitarbeitslosen, und das sollen dann keine befristeten Projekte sein, sondern das soll auf Dauer angelegt sein. Mit diesem Projekt wären wir gut aufgestellt und könnten alle Chancen eines neuen Gesetzes nutzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Da das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache federführend an den Gesundheitsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte dem SPD-Antrag seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich so beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 59, Drucksache 20/10863, Antrag der CDU-Fraktion: "Zu gut für die Tonne!" – Wertschätzung für Lebensmittel auch in Hamburg stärken.

[Antrag der CDU-Fraktion:

(Präsidentin Carola Veit)

"Zu gut für die Tonne!" – Wertschätzung für Lebensmittel auch in Hamburg stärken
– Drs 20/10863 –]

Die Drucksache soll an den Gesundheitsausschuss überwiesen werden. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass die Debatte dazu entfällt.

Wer stimmt also der Überweisung an den Gesundheitsausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das so überwiesen.

Wir kommen zu den Berichten des Eingabenausschusses, Drucksachen 20/10547, 20/10691 und 20/10692.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 20/10547 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 20/10691 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben
– Drs 20/10692 –]

Ich beginne mit Bericht 20/10547, zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte der Empfehlung zur Eingabe 13/14 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte sich der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 66/14 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch das mehrheitlich so beschlossen worden.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Von Ziffer 2 haben wir Kenntnis genommen.

Weiter zum Bericht 20/10691.

Wer möchte hier der Empfehlung zur Eingabe 25/14, weitere Duldung der Großmutter, folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Schließlich kommen wir zum Bericht 20/10692, auch hier zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte sich der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 20/14 abgegeben hat? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Von den Ziffern 2 bis 5 haben wir Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht**

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass wir die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen haben.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war auch das einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 6, Drucksache 20/10521, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Situation von älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE: Situation von älteren Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg
– Drs 20/10521 –]

Diese Drucksache möchte die Fraktion DIE LINKE an den Sozialausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Es wird Besprechung angemeldet, dann wird diese für die nächste Sitzung vorgesehen.

Punkt 15, Drucksache 20/10760, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012 "Hamburg 2020: Stärkung unserer Polizei vor Ort – Auswirkungen der Polizeistrukturereform für die Polizeikommissariate".

[Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 13. Dezember 2012 "Hamburg 2020: Stärkung unserer Polizei vor Ort –

(Präsidentin Carola Veit)

**Auswirkungen der Polizeistrukturreform für die Polizeikommissariate" (Drucksache 20/6183)
– Drs 20/10760 –]**

Die FDP möchte die Drucksache an den Innenausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Überweisungsbegehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Begehren abgelehnt.

Ich stelle fest, dass wir von der Senatsmitteilung Kenntnis genommen haben.

Punkt 27, Drucksache 20/10756, Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und zur Anpassung anderer verfahrensrechtlicher Vorschriften.

[Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung über die Drucksache 20/10015:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und zur Anpassung anderer verfahrensrechtlicher Vorschriften (Senatsantrag)
– Drs 20/10756 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Verwaltungsverfahrensgesetzes und zur Anpassung anderer verfahrensrechtlicher Vorschriften aus Drucksache 20/10015 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war das einstimmig.

Es bedarf aber einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit haben wir das Gesetz auch in zweiter Lesung einstimmig und somit endgültig beschlossen.

Punkt 31, Drucksache 20/10780, Bericht des Sportausschusses: Tradition unterstützen – Vereinsheim des Hamburger und Germania Ruder Clubs an der Alster fördern.

[Bericht des Sportausschusses über die Drucksache 20/8793:

**Tradition unterstützen – Vereinsheim des Hamburger und Germania Ruder Clubs an der Alster fördern (Antrag der FDP-Fraktion)
– Drs 20/10780 –]**

Wer folgt der Ausschussempfehlung? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen worden.

Punkt 36, Drucksache 20/10822, Bericht des Haushaltsausschusses: Planung der S-Bahn-Linie S4 von Hamburg nach Bad Oldesloe unter Verwendung von Zuweisungen des Bundes gemäß Paragraf 5 Regionalisierungsgesetz.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10332:

**Planung der S-Bahn-Linie S4 von Hamburg nach Bad Oldesloe unter Verwendung von Zuweisungen des Bundes gem. § 5 Regionalisierungsgesetz (Senatsantrag)
– Drs 20/10822 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Punkt 38, Drucksache 20/10824, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltsplan 2013/2014 – Ergänzung des Beschlusses über die Feststellung des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014, hier: Ermächtigung für eine Rückbürgschaft zugunsten des Landes Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Beschaffung von 14 Dieseltriebwagen bei der AKN Eisenbahn AG.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10413:

Haushaltsplan 2013/2014 – Ergänzung des Beschlusses über die Feststellung des Haushaltsplans der Freien und Hansestadt Hamburg für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsbeschluss 2013/2014) für das Haushaltsjahr

(Präsidentin Carola Veit)

2014

hier: Ermächtigung für eine Rückbürgerschaft zugunsten des Landes Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit der Beschaffung von 14 Dieseltriebwagen bei der AKN Eisenbahn AG (Senatsantrag)

– Drs 20/10824 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das war einstimmig.

Punkt 39, Drucksache 20/10833, Bericht des Haushaltsausschusses: Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 25. Januar 2012 "Sanierungsfonds Hamburg 2020" – Sanierung der Nordhalle der Deichtorhallen und Freigabe der zweiten Tranche aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10574:

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 25. Januar 2012 "Sanierungsfonds Hamburg 2020" – Sanierung der Nordhalle der Deichtorhallen (Drucksache 20/2718) und Freigabe der zweiten Tranche aus dem Sanierungsfonds Hamburg 2020 (Senatsantrag)

– Drs 20/10833 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Es bedarf auch hier einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte den soeben gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch hier einstimmig und endgültig beschlossen.

Punkt 39a, Drucksache 20/10898, ebenfalls Bericht des Haushaltsausschusses: Neuausrichtung des Kreuzschiffahrtsgeschäftes im Hamburger Hafen, Haushaltsplan 2013/2014, Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe von 49 000 Euro beim neu einzurichtenden Titel 7350.831.03: Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg an der Terminaleigentumsgesellschaft sowie Änderungen im Haushaltsplan 2013/2014.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10414:

Neuausrichtung des Kreuzschiffahrtsgeschäftes im Hamburger Hafen, Haushaltsplan 2013/2014, Einzelplan 7 Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Nachforderung von Kassenmitteln in Höhe von 49 Tsd. Euro beim neu einzurichtenden Titel 7350.831.03: Beteiligung der Freien und Hansestadt Hamburg an der Terminaleigentumsgesellschaft mbH & Co. KG sowie Änderungen im Haushaltsplan 2013/2014 (Senatsantrag)

– Drs 20/10898 –]

Wer folgt der Ausschussempfehlung? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das auch in zweiter Lesung einstimmig und endgültig beschlossen worden.

Punkt 39b, Drucksache 20/10944, Bericht des Haushaltsausschusses: Mehrbedarfe für die Jahre 2013 und 2014 im Einzelplan 8.1 – Produktgruppe Sport.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10336:

Mehrbedarfe für die Jahre 2013 und 2014 im Einzelplan 8.1 – Produktgruppe Sport (Senatsantrag)

– Drs 20/10944 –]

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen worden.

(Präsidentin Carola Veit)

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das auch in zweiter Lesung mehrheitlich so beschlossen worden.

Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache nachträglich an den Sportausschuss überweisen.

Wer stimmt diesem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig nachträglich an den Sportausschuss überwiesen worden.

Wir kommen zu Punkt 39c, Drucksache 20/10945, auch hier ein Bericht des Haushaltsausschusses: Mehrbedarf für das Haushaltsjahr 2014 im Einzelplan 8.1 – Produktgruppe 272.03 Sport, hier: Investitionszuschuss für den Umbau der ehemaligen Blumenhalle der igs in Wilhelmsburg zu einer inklusiven Sporthalle.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/10339:

Mehrbedarf für das Haushaltsjahr 2014 im Einzelplan 8.1 – Produktgruppe 272.03 Sport, hier: Investitionszuschuss für den Umbau der ehemaligen Blumenhalle der igs in Wilhelmsburg zu einer inklusiven Sporthalle (Senatsantrag) – Drs 20/10945 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das haben wir dann einstimmig so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Auch hier möchte die CDU die nachträgliche Überweisung an den Sportausschuss.

Wer ist damit einverstanden? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir es einstimmig an den Sportausschuss überwiesen.

Punkt 41, Drucksache 20/10841, Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses: Volksinitiative "G9-Jetzt-HH", hier: Fristverlängerung gemäß Paragraph 6 Absatz 3 Satz 2 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid.

[Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses über die Drucksache 20/10293: Volksinitiative "G9-Jetzt-HH", hier: Fristverlängerung gemäß § 6 Absatz 3 Satz 2 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft) – Drs 20/10841 –]

Hierzu ist mir mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE das Wort begehrt wird gemäß Paragraph 26 unserer Geschäftsordnung. – Frau Heyenn, Sie haben es für maximal fünf Minuten.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben in Hamburg viele Volksinitiativen in der Vergangenheit gehabt und werden auch noch viele in der Zukunft haben. Und die Initiatoren aller Initiativen haben sich immer an die Fristen gehalten und genau überlegt, wann welcher Schritt zu vollziehen ist. Wir vermögen nicht einzusehen, warum es bei dieser Volksinitiative eine Sonderregelung geben soll; deshalb werden wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem ist die Fristverlängerung vor einem Volksbegehren immer mit dem Versuch einer Einigung gekoppelt,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, genau!)

und uns ist total schleierhaft, wo die Kompromisslinie liegen soll.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, uns auch noch!)

Als die Initiative sich im Ausschuss vorgestellt hat, ist sie gefragt worden, ob sie sich vorstellen könne, generell G9 an den Gymnasien einzuführen und nicht, wie sie es vorhat, fakultativ jedes einzelne Gymnasium selbst entscheiden zu lassen, ob es G8 oder G9 macht. Das ist generell und total abgelehnt worden, sodass es da keine Verhandlungsmöglichkeiten gibt. Die SPD habe ich so verstanden, dass sie auf keinen Fall will, dass es G9 an den Gymnasien gibt. Von daher sehen wir überhaupt nicht die Notwendigkeit und auch nicht die rechtliche Grundlage für eine Fristverlängerung. Auch deswegen stimmen wir dagegen.

(Beifall bei der LINKEN)

(Dora Heyenn)

Ein weiterer Punkt: Einen Teil des Weges sind wir gemeinsam gegangen. Bisher war es so, dass auch die SPD immer gegen eine Fristverlängerung war. Dann gab es plötzlich einen Sinneswandel. Woher kommt dieser Sinneswandel? Er kommt von einer Umfrage. Bei dieser Umfrage haben 70 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger geäußert, dass sie für G9 an Gymnasien seien. Ich habe Peter Ulrich Meyer vom "Hamburger Abendblatt" gebeten, mir die Frage einmal vorzulesen. Sie lautet in etwa: In Hamburg kann man zurzeit an den Gymnasien nach zwölf Jahren das Abitur nach G8 machen. Sind Sie dafür, dass es nach dreizehn Jahren, nach G9, gemacht wird? Da kann ich nur sagen, das ist eine falsche Frage, es ist sogar eine Suggestivfrage. Die Frage hätte lauten müssen: In Hamburg kann man zurzeit an Stadtteilschulen nach dreizehn Jahren das Abitur machen – G9 – und an Gymnasien nach zwölf Jahren – G8 –. Wenn dann die Frage gestellt worden wäre: "Sind Sie dafür, dass...?", dann wäre die Antwort sicherlich völlig anders gewesen. In dieser Frage kommt auch überhaupt nicht zum Ausdruck – und das wissen viele gar nicht –, dass nicht daran gedacht wird, G9 flächendeckend an den Gymnasien einzuführen, sondern dass jede Schule das selbst entscheiden soll. Von daher finden wir den Sinneswandel aufgrund einer Umfrage mit dieser Suggestivfrage absolut absurd, und deshalb werden wir dagegen stimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Prien, bitte.

(*Jörg Hamann CDU:* Die SPD muss auch was dazu sagen! – Gegenruf von *Dr. Andreas Dressel SPD:* Gemach, gemacht!)

Karin Prien CDU:* Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Heyenn, Sie haben recht, es ist erklärungsbedürftig, warum man der Fristverlängerung zustimmt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich will einmal versuchen, es so zu erklären, dass Sie es auch verstehen können.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Wen meinen Sie jetzt?)

Ich will durchaus einräumen, dass das auch in unserer Fraktion keine ganz leichte Entscheidung war. Zum einen ist es völlig richtig, dass diese Initiative keinen Rechtsanspruch auf Fristverlängerung hat und auch keine andere Initiative. Das sollten wir auch gemeinsam zu Protokoll geben, ein Präjudiz für zukünftige Fälle wird damit nicht geschaffen. Richtig ist im Übrigen auch, dass eine solche Umfrage im "Hamburger Abendblatt" natürlich überhaupt kein Grund ist, der Fristverlängerung zuzustimmen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Das sollte auch mal die SPD zur Kenntnis nehmen!)

Und Entwicklungen in anderen Bundesländern sollte man sehr wohl sehr genau zur Kenntnis nehmen, aber ein Grund sind sie dennoch nicht. Im Übrigen bin ich auch nicht der Meinung – da stimme ich Ihnen zu –, dass es so etwas wie Welpenschutz für bestimmte Initiativen geben oder man auf Urlaubsplanungen oder Ähnliches Rücksicht nehmen müsste. Trotzdem freue ich mich, dass wir als Eltern in Hamburg die Sommerferien mit etwas anderem als mit dieser Volksinitiative verbringen dürfen. Insofern sei es auch der Volksinitiative gegönnt, in den Urlaub zu fahren.

Dennoch gibt es ein Argument für die Fristverlängerung, und zwar ein sehr wichtiges. Die anstehende Entscheidung, die wir als Hamburger Bürgerinnen und Bürger jetzt nach den Sommerferien zu treffen haben werden, ist eine Entscheidung, die alle Schülerinnen und Schüler, alle Eltern, alle Lehrer und alle Schulleitungen angeht. Eine solche Entscheidung in einem Zeitraum zur Abstimmung zu stellen, in dem genau diese Personen zu einem erheblichen Teil gar nicht in der Stadt sind, wäre kein faires Verfahren gewesen. Dieses Gebot der Fairness ist letztlich unser Argument gewesen, um der Fristverlängerung zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Das hat mit der Frage, wie man inhaltlich zu dem Anliegen der Initiative und vor allem auch zu der konkreten Ausgestaltung steht, allerdings noch nichts zu tun.

Richtig finden wir es dann, dass die SPD die gewonnenen Wochen nutzen will, um Gespräche zu führen. Warum finden wir das richtig? Weil die Chance genutzt werden muss, eine weitere jahrelange Lähmung des Hamburger Schulsystems doch noch verhindern zu können. Auch das gilt unabhängig davon, wie man das Begehren der Volksinitiative im Einzelnen sieht. Wir sollten, ich habe es heute Mittag schon einmal gesagt, diese Chance gemeinsam nutzen. Das ist weit entfernt von vorschnellem Populismus und darf auch ein solcher nicht werden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Holster das Wort.

(Zurufe von der CDU – Gegenruf von *Arno Münster SPD:* Nun bleibt mal locker, wir sind hier doch nicht im Kindergarten!)

Lars Holster SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In vielen Punkten kann ich Ihnen nur zustimmen, Frau Prien, in einem Punkt allerdings nicht: Es geht bei dieser Fristverlängerung nicht darum, ob die Volksinitiative in den Sommer-

(Lars Holster)

ferien Unterschriften sammeln kann oder nicht – das ist für uns absolut kein Grund –, sondern es geht darum, dass wir noch Verhandlungs- und Beratungsbedarf haben. Das haben wir auch immer deutlich gemacht. Wir haben vorab Gespräche mit der Initiative geführt und wollen jetzt ganz in Ruhe die Zeit nutzen, um Verhandlungen aufzunehmen. Das ist der Grund, warum wir einer Fristverlängerung zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Frau Dr. von Berg, bitte.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn sich alle Fraktionen erklären, dann werden selbstverständlich auch wir das tun.

Ich möchte ganz deutlich sagen, dass es nicht um Sonderrechte geht. Wir haben uns nicht für diese Fristverlängerung entschieden, weil wir dieser Volksinitiative Sonderrechte einräumen wollen, sondern weil der Landeswahlleiter ganz klar gesagt hat, dass das eine politische Entscheidung ist. Wir haben unsere politische Entscheidung darauf gegründet, dass wir tatsächlich noch in Verhandlungen mit der G9-Initiative sind, und wir werden ausloten, wie weit da noch Verhandlungsspielraum ist.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde, es ist unsere Verantwortung als Politikerinnen und Politiker, als Bürgerschaftsfraktion, das auszuloten und in Verhandlungen zu gehen. Das ist ergebnisoffen – es kann sein, dass die Verhandlungen scheitern, das schließe ich überhaupt nicht aus –, aber wir wollen diese Zeit nutzen. Deswegen haben auch wir uns für diese Fristverlängerung ausgesprochen. – Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann stelle ich zunächst fest, dass die vom Verfassungs- und Bezirksausschuss empfohlene Kenntnisnahme seiner Beratungen erfolgt ist.

Wir haben sodann über den Antrag der Initiatoren der Volksinitiative auf Fristverlängerung zu entscheiden.

Wer möchte beschließen, dass die Frist bis zum 30. April 2014 nicht laufen soll? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mit großer Mehrheit so beschlossen worden.

Wir können zu Punkt 42 kommen, Drucksache

20/10849, Bericht des Wissenschaftsausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Ausbildungskapazitäten an den staatlichen hamburgischen Hochschulen.

**[Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Drucksache 20/9095:
Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Ausbildungskapazitäten an den staatlichen hamburgischen Hochschulen (Ausbildungskapazitätsgesetz – AKapG) (Senatsantrag)
– Drs 20/10849 –]**

Wer möchte sich der Ausschussempfehlung anschließen und das Gesetz zur Neuordnung des Kapazitätsrechts aus Drucksache 20/9095 mit den vom Ausschuss empfohlenen Änderungen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Ist der Senat mit einer sofortigen zweiten Lesung einverstanden?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann haben wir das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen.

Punkt 50, Drucksache 20/10731, Antrag der GRÜNEN-Fraktion: Stadtteilschulen stärken. Jetzt!

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Stadtteilschulen stärken. Jetzt!
– Drs 20/10731 –]**

Diese Drucksache möchten die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte das auch? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen über den Antrag der GRÜNEN Fraktion in der Sache ab. Die Fraktionen der CDU und der FDP möchten das gerne ziffernweise tun.

Wer möchte sich also zunächst den Ziffern 1 und 3 des Antrags anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 1 und 3 abgelehnt.

Wer möchte die Ziffern 2 und 4 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist ebenfalls abgelehnt.

(Präsidentin Carola Veit)

Wer möchte den Ziffern 5, 6 und 8 zustimmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind auch diese Ziffern abgelehnt.

Wer stimmt schließlich Ziffer 7 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch Ziffer 7 abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 51, Drucksache 20/10732, Antrag der CDU-Fraktion: Zweitkorrektur bei Abiturprüfungen wieder einführen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Zweitkorrektur bei Abiturprüfungen wieder einführen
– Drs 20/10732 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Schulausschuss überweisen.

Wer möchte dem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte sich dem CDU-Antrag anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 58, Drucksache 20/10862, Antrag der CDU-Fraktion: Für eine wirksame Drogen- und Suchtpolitik – Hamburg muss den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz nutzen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Für eine wirksame Drogen- und Suchtpolitik – Hamburg muss den Vorsitz der Gesundheitsministerkonferenz nutzen
– Drs 20/10862 –]**

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wer schließt sich diesem Überweisungsbegehren an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer schließt sich dem CDU-Antrag an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 61, Drucksache 20/10865, Antrag der CDU-Fraktion: Umweltschutz durch Gasantrieb – LNG-Infrastruktur im Hamburger Hafen richtig machen.

[Antrag der CDU-Fraktion:

**Umweltschutz durch Gasantrieb – LNG-Infrastruktur im Hamburger Hafen richtig machen
– Drs 20/10865 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Umweltausschuss überweisen.

Wer schließt sich dem Überweisungsbegehren an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 63, Drucksache 20/10867, Antrag der SPD-Fraktion: Für ein gutes und leistungsfähiges S-Bahn-Netz: S4 nach Bad Oldesloe und S21 nach Kaltenkirchen kommen dazu.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Für ein gutes und leistungsfähiges S-Bahn-Netz: S4 nach Bad Oldesloe und S21 nach Kaltenkirchen kommen dazu
– Drs 20/10867 –]**

Hierzu liegt Ihnen ein als Drucksache 20/10998 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Bundeszuschüsse für die Elektrifizierung der AKN-Strecke nach Kaltenkirchen sichern und Kostenrisiken minimieren
– Drs 20/10998 –]**

Die FDP-Fraktion möchte gern beide Drucksachen an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer schließt sich dem Überweisungsbegehren an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen über beide Anträge in der Sache ab. Zunächst über den FDP-Antrag.

Wer gibt diesem seine Zustimmung? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt zum SPD-Antrag. Hier möchte die FDP-Fraktion Punkt B.2 separat abstimmen lassen.

Wer stimmt also dem Antrag mit Ausnahme von Punkt B.2 zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so beschlossen worden.

Jetzt noch Punkt B.2.

Wer stimmt diesem zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch dieser Punkt ist dann einstimmig so beschlossen.

(Präsidentin Carola Veit)

Wir können zu Punkt 67 kommen, Drucksache 20/10886, Antrag der FDP-Fraktion: Rente generationengerecht und zukunftsfest machen – keine Rentenexperimente auf Kosten der Beitrags- und Steuerzahler.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Rente generationengerecht und zukunftsfest
machen – keine Rentenexperimente auf Kosten
der Beitrags- und Steuerzahler
– Drs 20/10886 –]**

Meine Damen und Herren! Wir stimmen diesen Antrag ziffernweise ab.

(Zuruf aus dem Plenum: Wieso ziffernweise?)

– Weil das die Fraktionen der CDU und der GRÜNEN so beantragt haben, und dann machen wir das jetzt auch und fangen mit Ziffer 1 an.

Wer möchte Ziffer 1 der Erklärung folgen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit hat Ziffer 1 keine Mehrheit gefunden.

Wer schließt sich Ziffer 2 der Erklärung an? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das hat ebenfalls keine Mehrheit gefunden.

Wer möchte Ziffer 3 der Erklärung zustimmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch Ziffer 3 ist damit abgelehnt.

Wir kommen zu Ziffer 4. Wer möchte diese annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Wer möchte nun Ziffer 1 des Ersuchens beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Ersuchens abgelehnt.

Wer stimmt Ziffer 2 des Ersuchens zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 des Ersuchens annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit hat auch Ziffer 3 keine Mehrheit gefunden.

Und wer möchte schließlich Ziffer 4 des Ersuchens seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

Ende: 19.29 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Nikolaus Haufler, Dr. Melanie Leonhard, Olaf Ohlsen, Wolfhard Ploog, Dr. Martin Schäfer, Dr. Wieland Schinnenburg, Heidrun Schmitt und Anna-Elisabeth von Treuenfels

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO

für die Sitzung der Bürgerschaft am 26. und 27. Februar 2014

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
19	10798	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 12. Dezember 2013: Jagden in der Revierförsterei Alt-Erfrade – Drs. 20/10281
20	10799	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 13. Dezember 2012: Hamburg 2020: Aufgabenkritik entschieden vorantreiben (III) – Pilotversuch zur Vereinfachung der Herstellung von Gehwegüberfahrten – Drs. 20/6152
21	10721	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
22	10722	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
23	10723	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
24	10748	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
26	10755	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
28	10757	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
29	10758	Bericht des Ausschusses für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
30	10754	Bericht des Gesundheitsausschusses
33	10782	Bericht des Sportausschusses
34	10820	Bericht des Haushaltsausschusses
35	10821	Bericht des Haushaltsausschusses
37	10823	Bericht des Haushaltsausschusses
40	10840	Bericht des Verfassungs- und Bezirksausschusses
43	10854	Bericht des Ausschusses Öffentliche Unternehmen
46	10720	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
4	10309	Bilanz der Grundstücksvergabe nach Konzeptqualität	CDU, FDP	Stadtentwicklungsausschuss
5	10510	Menschen mit Behinderung – Entwicklungen seit 2011 in den Bereichen Ambulantisierung, Persönliches Budget, Erwerbstätigkeit und anderen	FDP	Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
14	10600	Sozialbericht der Freien und Hansestadt Hamburg	GRÜNEN	Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
16	10825	Jahresbericht 2014 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg mit Bemerkungen zur Haushaltsrechnung 2012	SPD, CDU, FDP	Haushaltsausschuss
17	10826	Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Rechnungshofs im Haushaltsjahr 2012	SPD, CDU, FDP	Haushaltsausschuss
52	10747	Transparenz für Handelskammer – Vorstandsgehälter offenlegen	SPD	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien
53	10850	Taubblindheit als Behinderung anerkennen	SPD	Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
56	10855	Stadtteilschulen beim von Fachlehrkräften erteilten Unterricht zu einer gleichwertigen Schulform machen	SPD, GRÜNEN, LINKEN	Schulausschuss
60	10864	Bewerbung für die Deutschen Turnmeisterschaften 2016	SPD	Sportausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
25	10749	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung	Finanzielle Situation der Rechtsreferendare verbessern
45	10860	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien	<ul style="list-style-type: none"> -Kostenloses mobiles Internet - Prüfung der Einrichtung eines Wireless Metropolitan Area Network (WMAN) in der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) -Freier und rechtmäßiger Zugang zum WLAN in Hamburg -Freies WLAN in Parks – Testfall für die IBA/igs -Kostenfreies WLAN in Bus und Bahn